

16. Heft | 15. August 1917

## AUGUST MÜLLER · DAS GRUNDGESETZ DES WIRTSCHAFTLICHEN WIEDERAUFBAUS

**W**HNE Übertreibung kann man sagen, daß das deutsche Volk im allgemeinen den eigentlichen Charakter dieses Krieges immer noch nicht erfaßt hat. Man übersieht inmitten der kriegerischen Ereignisse meistens die Hauptsache: daß es sich nämlich um einen Krieg Englands gegen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands handelt; daß England den Krieg gewonnen hat, wenn es ihm gelingt die deutsche Volkswirtschaft, die es durch den Krieg sabotiert, dauernd so niederzuhalten, daß dadurch die englische Superiorität, die durch den Aufschwung Deutschlands verloren gegangen war, wiederhergestellt und durch die britische Seeherrschaft in eine Beherrschung der Weltwirtschaft durch das vereinigte Angelsachsenium ausgeweitet wird. Die entscheidende Aufgabe des kommenden Friedens ist daher für uns der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, das heißt vor allem die Erneuerung, Vergrößerung und Intensivierung unserer Produktion. Die Politik der kommenden Friedenszeit wird eine *Produktionspolitik* sein müssen. Nur wenn man sich diese Forderung in ihrer vollen Tragweite klarmacht, wird man auch über die Art des anzustrebenden Friedens eine zutreffende Anschauung gewinnen können. Es muß ein Frieden werden, der uns eine Konzentration unserer produktiven Kräfte ermöglicht, eine Konzentration, die das deutsche Volk nur in engem Zusammenschluß mit den Völkern des europäischen Festlands gegen England sichern kann.

So entscheidend der wirtschaftliche Gesichtspunkt für den Krieg also ist, so wenig tritt er sonderbarerweise in der öffentlichen Erörterung zutage. Das Problem der Übergangswirtschaft, also die erste Aufgabe des kommenden Wiederaufbaus, ist jedenfalls ein allgemein interessierendes Diskussions-thema noch nicht geworden. Nur im Handelsteil der großen Zeitungen wird es dann und wann angeschnitten. Liest man aber nur ihren politischen Teil, so möchte man meinen, außer den Nahrungsmittelnöten beständen kaum ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten für uns.

Es ist vielleicht erklärlich, daß das Problem der Übergangswirtschaft außerhalb des Kreises der Interessenten, der volkswirtschaftlichen Sachverständigen und der mit der Vorbereitung der Übergangswirtschaft Betrauten in seiner vollen Schwere noch nicht begriffen worden ist. Die Eigenart der

Kriegswirtschaft verhindert den Einblick in die Zerstörungen, die der Krieg auch außerhalb der eigentlichen Kriegszone im Wirtschaftsleben der kriegführenden und der neutralen Völker bewirkt. Zwar die Kriegskosten und die Kriegsschulden, die kennt man; aber noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen, an dem mit der Tilgung dieser Schulden begonnen werden muß. Daß der deutschen Volkswirtschaft ein Im- und Export im Wert von 20 Milliarden zunächst fehlen wird, wenn der Krieg zu Ende ist: wer außerhalb des Kreises der Volkswirte, der Kaufleute und der Industriellen, die diese Ein- und Ausfuhr bewerkstelligen, kümmert sich im Augenblick darum? Die damit im Zusammenhang stehende Frage der Valuta ist schon gar den meisten ein Buch mit 7 Siegeln. Und vielleicht noch weniger wird empfunden, was es für unsere Verkehrs- und industriellen Anlagen bedeutet, daß in 3 Jahren Kriegsdauer eine immer intensiver werdende Ausnutzung aller Anlagen, aber keine ihr das Gleichgewicht haltende Reparatur möglich gewesen ist. Die Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie allmählich die Köpfe auf die Schwierigkeiten vorbereiten würde, vor denen sich die deutsche Volkswirtschaft befinden wird, wenn der Krieg und mit ihm die Ausnutzung aller industriellen und Verkehrsanlagen für die Zwecke der Kriegführung ihr Ende erreicht hat. Muß doch zunächst die Riesenaufgabe bewältigt werden den Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches auf die veränderte Situation umzustellen, die am Ende des Krieges vorhanden sein wird.

Ohne Opfer aller Glieder des Volkes, ohne das Aufgeben altgewohnter und liebgegener Vorstellungen, ohne die Anwendung ganz neuer Methoden wird das, was notwendig ist, nicht durchgeführt werden können. Ich glaube nicht an die Möglichkeit eines Wiederaufbaus der Volkswirtschaft, wenn der Grundsatz in den Vordergrund gestellt wird, es komme in der Hauptsache darauf an möglichst schnell wiederherzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat. Gerade darum erscheint mir eine nachhaltigere Beschäftigung der Tagespresse mit dem Problem der Übergangswirtschaft so wünschenswert, weil diese Auffassung noch immer besteht. Die 3 Jahre Krieg, aus denen ja am Ende auch noch mehr Jahre werden können, erfordern die Anwendung anderer Mittel als die einfache Rückkehr zum altgewohnten Zustand vor dem Krieg. Die Erkenntnis dieser Wahrheit wird getrübt, und die Möglichkeit einer Verständigung über die anzuwendenden Formen des Wiederaufbaus wird erschwert, wenn man das, worauf es hier ankommt, auf die Formel »Kapitalismus oder Sozialismus?« zu bringen versucht. Kapitalistische Grundsätze von ehemals werden ja zweifellos nicht die richtigen sein, die anzuwenden sind. Aber daß in der Übergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei, das ist eine Forderung, die vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt werden wird. Was man bisher so gemeinhin unter Sozialismus verstand, nahm seinen Ausgangspunkt doch von anderen Zuständen als von denen, die uns der Krieg hinterlassen wird. Alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung von ihrem Zukunftsideal machten, gingen nicht von einer zerschlagenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft aus sondern von einer Gesellschaft, die eine berauschende Fülle von Reichtum aufwies. Nicht um einer verarmten Volkswirtschaft auf die Beine zu helfen, sondern um den Ertrag gewaltiger gesellschaftlicher Produktivkräfte gerecht zu verteilen,

predigte die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Sozialismus. Das ist es aber nicht, was wir zunächst gebrauchen. In einer wahrscheinlich recht lange dauernden Übergangszeit werden wir sparsam sein müssen wie nur irgendein armer Schlucker, den der Hunger nach Besitz anspornt. Die Produkte aller Zonen stehen uns nicht so reichlich zur Verfügung wie ehemals, weil wir zunächst Schwierigkeiten haben werden, um sie zu transportieren und noch größere Schwierigkeiten sie zu bezahlen; ganz davon zu schweigen, daß am Ende sogar ein Kriegsausgang möglich ist, der uns zunächst überhaupt den Bezug von Rohstoffen und Genußmitteln aus manchen Ländern unmöglich macht. So werden wir uns auf Jahre hinaus daraufhin einrichten müssen vorwiegend von dem zu leben, was der deutsche Boden hervorsprießt und was deutsche Arbeit im Zusammenwirken mit deutschem Unternehmungsgeist in Europa und in eigenen Kolonien zu schaffen in der Lage ist. Sozialismus, glaube ich, wird der überzeugte Sozialdemokrat den Zustand, dem wir entgegengehen, nicht nennen. Und dennoch wird insofern ein sozialistisches Element eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft spielen müssen, als nicht das individuelle Interesse des Arbeiters und des Unternehmers (oder der Arbeiterklasse und der Unternehmerklasse) sondern das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel zu messen ist. So dürfte es sich notwendig machen der Eigenwirtschaft aus den Zeiten bis zum 1. August 1914 die Gemeinwirtschaft der Wiederaufbauzeit gegenüberzustellen; in der Meinung, daß diese allmählich geläufig werdende Bezeichnung das, worauf es ankommt, schärfer hervorhebt als der Terminus Sozialismus, mit dem leicht Mißverständnisse verbunden sein können.

Aber selbst wenn Gemeinwirtschaft als notwendig anerkannt würde, so wäre damit doch noch nicht gesagt, welche Mittel Anwendung finden müssen, um sie durchzuführen. Neben selbstverständlicher Sparsamkeit im Verbrauch aller notwendigen Konsumgüter und ebenso selbstverständlicher Unterdrückung geschmacklosen und überflüssigen Luxus in jeder Form und bei jeder Gesellschaftsschicht muß da vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden den Ertrag der Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten. Bis zum Ausbruch des Krieges waren wir reich genug auch unwirtschaftliche Produktionsmethoden dulden zu können, Rückständigkeiten, beispielsweise in unserer Mittelstandspolitik, zu pflegen, dem Reichtum und den Monopolisten Gewohnheiten zu gestatten, die nichts mehr mit rationeller Ausnutzung unserer Produktionsgüter zu tun hatten. In Zukunft muß das anders werden. Das erste Gesetz, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Krieg beherrscht sein müssen, wird das Gesetz der rationellsten Produktionsweise sein. Wir werden gut tun, wie bei so manchem, was wir während des Krieges erfahren haben, auch hier nach unserm Hauptfeind, nach dem britischen Weltreich, zu blicken, um zu erkennen, wie etwa dieser Gedanke seine Verwirklichung finden könnte.

Bis ins kleinste haben Lloyd George, Neville Chamberlain und der Arbeiterpartei Hodge in Großbritannien die Gedanken der Einstellung der Produktionsweise auf das ökonomische Grundgesetz: mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Erfolg zu erzielen, in die Praxis umzusetzen

versucht. Um die heimische Landwirtschaft zu heben, sind in großzügiger Weise den Landwirten Mindestpreise für ihre Erzeugnisse garantiert worden, und zwar gleich bis zum Jahr 1923, wodurch die Grundbesitzer veranlaßt werden vor allem die Anbaufläche zu vergrößern und sich instand gesetzt sehen an die Produktion selbst mehr zu wenden und sie so ertragreicher zu machen. Für die Industrie hat der Staat sich die Hefterschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte gesichert. Die Umwandlung des Rohstoffs zum Fertigfabrikat erfolgt auf die zweckmäßigste Weise, indem Betriebe des selben Industriezweigs zusammengefaßt werden, der Zwischenhandel, wo es irgendwie geht, ausgeschaltet und unnütze Lagerung von Rohstoffen und Halbfabrikaten vermieden wird. Die Produktion geschieht unter Anwendung der neuesten und besten Maschinen, systematische und weitgehende Arbeitsteilung wird durchgeführt, und so der einzelne befähigt seine Arbeitsleistung erheblich zu steigern. Die Lohnpolitik besteht in rücksichtsloser Durchführung des Grundsatzes der Stücklohnarbeit, aber unter Vermeidung aller kleinlichen Methoden die Stücklohnarbeit zu benutzen, um die Löhne zu drücken. Konsequenter und mit gewaltiger Energie steuern die leitenden Männer des kriegführenden britischen Reiches ihrem Ziel zu, in dessen Dienst sie ihre gesamte Handels- und Verkehrspolitik stellen. Sie befolgen den Grundsatz, das eigentlich wertschaffende Element in der Volkswirtschaft: die Produktion, mit allen Kräften zu fördern und zu rationalisieren und alle überflüssigen Zwischenglieder auszuschalten, alles Agententum, alles Maklerwesen zu beseitigen, soweit sie entbehrlich sind. Die Folge muß naturgemäß eine Verbilligung der Produkte auf dem heimischen Markt oder eine größere Steuerleistungsfähigkeit der Industrie sein, der es so ermöglicht wird schnell und ohne Gefährdung der Volkswirtschaft die Kriegskosten zu bezahlen. Die Arbeiter werden an diesem Gang der Dinge dadurch interessiert, daß man versucht sie durch hohe Löhne zur Beseitigung aller der Gewerkschaftsregeln zu veranlassen, die dem gesteckten Ziel hindernd im Weg stehen. Chamberlain hat sogar einen Versuch, den er schon früher auf lokaler Grundlage in seiner Heimatstadt Birmingham gemacht hat, auf nationaler Basis wiederholt: die Schaffung einer gemeinsamen Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die mit einer für die Arbeiter günstigen Lohnpolitik das Verständnis der Arbeiter zur Einschränkung ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit zu erlangen beabsichtigt. Man will Streiks und Aussperrungen unmöglich machen und an Stelle dieser Methoden zum Ausgleich von Streitigkeiten Schiedsgerichte nach australischem Muster einsetzen. Man will ferner den Widerstand der Arbeiter gegen die Beschäftigung ungelernter Arbeiter und Frauen beseitigen. Unter Anwendung aller Mittel sollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Anerkennung des Grundsatzes gebracht werden, daß für die erste Zeit nach dem Krieg auch vom Arbeiterstandpunkt aus leitender Grundsatz die rationellste Produktionsmethode sein muß, weil nur dessen restlose Durchführung dem Land zu schnellem Ausgleich der Kriegsschäden und zur Nutzbarmachung fremder Volkswirtschaften bei der Liquidation der Kriegsfolgen verhelfen kann.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter und Unternehmer die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Den aufmerksamen Leser der englischen Zeitungen werden Zweifel daran

beschleichen, ob dieses Mittel seinen Zweck erfüllen wird. Aber das ist nicht das Entscheidende. Worauf es ankommt, das ist eben die bewundernswürdige Klarheit und Energie, mit der Lloyd George und seine Mitarbeiter auf das von ihnen erstrebte Ziel lossteuern. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß man sich auch in Deutschland in allen Kreisen die Frage stelle, was bisher bei uns geschehen ist, um auch bei uns den Grundsatz von der rationellsten Produktionsweise auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchzuführen. Ich befürchte, daß noch immer Teile des deutschen Unternehmertums den Grad von Vorurteilslosigkeit gegen die Arbeiterorganisationen nicht erreicht haben, der dazu notwendig ist. Und ob die deutschen Arbeiter sämtlich begriffen haben, daß liebgewordene Vorstellungen unter Umständen vertagt werden müssen, wenn die Durchführung des hier behandelten Grundgedankens das erfordert, ist gleichfalls fraglich.

Was hier von der Industrie gesagt wird, gilt, freilich in etwas modifizierter und den Bedingungen organischer Produktion angepaßter Weise, auch für die Landwirtschaft. Auch auf diesem Gebiet kann man noch vieles rationalisieren und so den Produktionsertrag erheblich steigern. Daß die deutsche Landwirtschaft Großes geleistet hat, wird ihr heute niemand mehr abstreiten können. Sie ist aber fähig in Zukunft noch Größeres zu leisten, namentlich auch durch ein Zusammenwirken mit einer entsprechenden Kolonialwirtschaft. Auch für die Landwirtschaft wird der Gedanke der rationellsten Produktionsweise maßgebend sein. Auch hier ist Produktionsförderung die dringendste Aufgabe der Zukunft. Die Anerkennung dieses Grundsatzes bedeutet aber nicht die Anerkennung jener Kritik unserer Ernährungswirtschaft im Krieg, die da stets betonte, es komme **a u s s c h l i e ß l i c h** auf die Produktionsförderung an und gar nicht auf Rationierung und gleichmäßige Verteilung des Produzierten. Selbstverständlich muß auch im Krieg alles getan werden, was für die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion getan werden kann. Aber es hieße Illusionen nachjagen, wollte man glauben mit diesem Mittel jetzt schon die Nöte beseitigen zu können, die infolge der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit zurzeit bei uns entstanden sind. Die vorbehaltlose Anerkennung der Notwendigkeit nichts unversucht zu lassen, was die landwirtschaftliche Produktion so ertragreich wie nur möglich gestalten könnte, läßt sich durchaus mit ebenso vorbehaltloser Unterstützung des Prinzips unserer Ernährungspolitik vereinigen.

Das umfangreiche Thema der Übergangswirtschaft und der Einstellung von Industrie und Landwirtschaft, Handel und Verkehr auf die Erfordernisse der Zeit nach dem Krieg erheischt natürlich, wenn es erschöpfend behandelt werden soll, auch noch die Berücksichtigung anderer wichtiger Gesichtspunkte. Aber von allen der wichtigste ist zweifellos der hier behandelte. Wenn uns die Friedenszeit für die Aufgaben gerüstet finden soll, die der deutschen Volkswirtschaft bevorstehen, werden Parlamente und Behörden, Presse und Berufsvertretungen gut daran tun das Volk darauf vorzubereiten, wie die Kriegsschäden geheilt werden müssen. An den siegreichsten Friedensschluß könnte sich leicht eine wirtschaftliche Niederlage knüpfen, wenn das deutsche Volk sich nicht mit rastlosem Eifer bemüht zeigen wird seine schaffenden Kräfte so anzuspannen und zu verwenden, daß sie ein Höchstmaß von Leistungen hervorbringen.



## MAX COHEN · VOM 4. AUGUST BIS STOCKHOLM



FÜR immer wird dem deutschen Volk der 4. August 1914 als ein Haupttag dieses großen Krieges, der nunmehr bereits 3 Jahre durch Europa wütet, im Gedächtnis bleiben. Zwei Tatsachen sind es, die diesem Tag ihre Kennzeichen eingepreßt haben. Einmal die Reichstags-sitzung, die den festen Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes für die Verteidigung der heimischen Erde brachte. Sodann die Kriegserklärung Großbritanniens. Von allen Vorgängen des Krieges hat wohl keiner den größten Teil des deutschen Volkes mehr überrascht und weniger vorbereitet gefunden als dieser vollkommene Bruch zwischen Deutschland und England, von dem man, bis in die leitenden Kreise hinein, geglaubt hatte, daß er nicht eintreten würde. Das war der Zusammenbruch eines ganzen politischen Systems und jahrelang gehegter und genährter Hoffnungen. Und noch lange Zeit nachher fand man diesen Schritt des Inselreichs vielerorts in Deutschland geradezu unverständlich, nicht zuletzt auch in der deutschen Sozialdemokratie. Nur in den Sozialistischen Monatsheften ist von Anfang an das Entscheidende dieser Tatsache festgestellt worden. Während man sonst, und namentlich in unserer Partei, in dem Krieg nur den Krieg Rußlands und seines Verbündeten gegen die Mittelmächte sah, wurde er hier als die von England vorbereitete Auseinandersetzung mit Deutschland erkannt. Gleich im ersten Kriegsheft dieser Zeitschrift schrieb der Herausgeber:

»Jetzt glaubt es [England] die Stunde gekommen, auf die es durch seine Entente-politik so lange und so zäh hingearbeitet hatte. Und indem es die See-geltung Deutschlands zerstören will, hofft es, daß durch den Weltkrieg auch die Landmacht Deutschlands und Österreich-Ungarns, aber auch die der ihm verbündeten Staaten Frankreich und Rußland eine solche Erschütterung erfahren wird, daß die unbedingte Superiorität Großbritanniens in der Alten Welt sichergestellt ist.«<sup>1)</sup>

Hier ist auch schon der Grundgedanke ausgesprochen, dessen Inhalt dann allmählich im Lauf der Kriegsjahre durch die Gewalt der Tatsachen immer weiteren Kreisen der politisch Denkenden klar wurde: daß nämlich England an der gegenseitigen Schwächung der europäischen Festlandsstaaten (auch der ihm alliierten) interessiert ist, woraus dann für die Staaten der Wider-sinn ihres gegenseitigen Kampfes und die Notwendigkeit ihres Zusammen-schlusses folgt. Wenn die Logik dieser Tatsachen in der deutschen Politik so schwer begriffen wurde, so hat das seine besonderen Gründe. Eine Poli-tik, die den deutsch-englischen Gegensatz in seinem tiefsten Kern nicht er-faßt hatte und mit krampfhafter Mühe nach Verständigung suchte, wo kaum noch eine zu erhoffen war, konnte so schnell nicht grundsätzlich umlernen. Sie mußte vielmehr die englische Kriegserklärung als so etwas wie einen Irrtum ansehen, der sich, auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten, durch eine baldige Beendigung des Krieges wieder gutmachen ließ, wenn man nur zeigte, daß man am Ziel der deutsch-englischen Verständigung festhielt. Nur so läßt sich die Rede des deutschen Reichskanzlers am 5. April 1916 ver- stehen, in der er erklärte, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Verbündeten befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhy-nischen Sümpfen nicht mehr dem Regiment des reaktionären Rußlands aus-liefern würde. Und dann gar die Proklamation des selbständigen König-

<sup>1)</sup> Siehe Bloch Der Krieg und die Sozialdemokratie, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914 II, Seite 1026.

reichs Polen. Eine solche Politik konnte freilich den Gedanken eines von England unabhängigen festländischen Europas nicht aufkommen lassen. Denn ohne Verständigung mit dem großen russischen Reich war ein einiges Kontinentaleuropa undenkbar. Ein Rußland aber, mit dem man so verfuhr wie in den eben erwähnten Akten, mußte geradenwegs von Deutschland fort und für immer an die Seite Englands getrieben werden.

Mehr als die Erfahrungen zweier Kriegsjahre waren nötig, ehe der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches sich dazu entschloß von England so zu sprechen, wie er dies am 28. September 1916 im Reichstag tat:

»Was die Briten aus Deutschland machen wollen, darüber lassen sie keinen Zweifel: Unser Leben als Nation soll zerstört werden. Militärisch wehrlos, wirtschaftlich zerschmettert und boykottiert von aller Welt, verurteilt zu dauerndem Siechtum, so sieht das Deutschland aus, das England sich zu Füßen legen will. Wenn dann keine deutsche Konkurrenz mehr zu fürchten ist, wenn sich Frankreich verblutet hat, wenn die eigenen Kriegverbündeten wirtschaftlich und finanziell England Frondienste leisten, wenn die europäischen Neutralen jedem englischen Geheiß, jeder englischen schwarzen Liste parieren müssen, dann soll auf dem ohnmächtigen Deutschland der Traum englischer Weltherrschaft Wirklichkeit werden. Für dieses Ziel kämpft England mit einem in seiner Geschichte unerhörten Kräfteinsatz, mit Mitteln, die einen Bruch des Völkerrechts an den andern reihen. Darum ist England unter allen der selbstsüchtigste, der hartnäckigste und erbitterteste Feind.«

Indes, die deutsche Politik war damals weit entfernt die Konsequenzen einer solchen Auffassung zu ziehen. Heute, beim Beginn des 4. Kriegsjahrs, wird man wohl, wenigstens in den maßgebenden Kreisen, eingesehen haben, daß es ohne diese Konsequenzen nicht geht. Aber noch vor Jahresfrist, als hier zur Wiederkehr des 4. August die Notwendigkeit europäischer Kontinentalpolitik als Schutz gegen England dargelegt wurde<sup>2)</sup>, begegnete diese Mahnung, zwar nicht mehr lebhaftem Widerspruch, aber doch nur vereinzelter Zustimmung. Die östliche Orientierung, die die Voraussetzung solcher Kontinentalpolitik bilden muß, widerstrebte damals noch den meisten. Nur wenige hatten sich, und auch nur zögernd, zu ihr bekehrt. Erst seit der russischen Revolution, und nachdem die russische Demokratie sich zu dem Ziel eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen bekannt hatte, vollzog sich hier eine große Wandlung. Zwar machte sie sich nur recht langsam geltend, und der richtige Weg für die neue Politik ist erst nach vielen Umwegen, die viel kostbare Zeit erforderten, eingeschlagen worden. Die Sonderfriedensversuche hatten natürlich gar keinen Sinn, sie verkannten die Psyche der russischen Demokratie. Hier gab es nur einen einzigen Weg, der erfolgversprechend war. Deutschland mußte sich, nachdem die provisorische russische Regierung im April ihre Proklamation erlassen hatte, offen und klar auf deren Boden stellen, das heißt zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden ohne gewaltsame Gebietsabtretungen und Entschädigungen bereit erklären. Wir wären heute ohne Zweifel ein gutes Stück weiter, wenn das, was am 19. Juli dieses Jahres im Reichstag geschah, 3 Monate früher geschehen wäre. Sicherlich wäre damals eine weitere russische Kriegführung gegen das Deutschland, das die Friedensformel der damaligen russischen Regierung angenommen hätte, mit den größten inneren Schwierigkeiten verknüpft, ja wahrscheinlich ganz unmöglich gewesen. Hätte Rußland mit einem annexionistischen England (denn England nimmt die russische Friedensformel schon um des Besitzes von Mesopotamien willen nicht

<sup>2)</sup> Siehe Cohen Zur Wiederkehr des 4. August, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 781 ff.

an) gegen ein unzweideutig antiannexionistisches Deutschland weiter kämpfen können? Aber ein Vierteljahr verstrich politisch tatenlos. Dann freilich kam die Friedensresolution des Reichstags, die mit der russischen Manifestation in der Hauptsache übereinstimmt.<sup>3)</sup> Aber inzwischen haben England und Amerika ihre schweren Hände auf Rußland gelegt. Wenn nun hier auch schwere Versäumnisse deutscher Politik vorliegen: es ist immer noch nicht zu spät deutsches und russisches Wollen zu verbinden und klar und unbeirrt den von beiden Ländern gewünschten Verständigungsfrieden durchzusetzen. Nur müssen wir in Deutschland auf der Hut sein und uns nicht durch die an der Themse sitzenden Künstler der politischen Regie verwirren lassen. Welchen Einfluß England und Amerika auf die letzte russische Offensive gehabt haben, ist bekannt, und die zögernde Haltung Deutschlands in der Kriegszielfrage ist ihnen zustatten gekommen. Jetzt wiederum dürfen wir uns in unseren politischen Zielen durch die Erfolge der deutschen Gegenoffensive über die russischen Heere nicht irremachen lassen. So erwünscht uns auch, solange wir mit Rußland Krieg führen, seine militärische Schwächung sein muß: wir sollten uns hüten darüber hinaus irgend etwas zu seiner innern Zersetzung und Auflösung beitragen zu wollen; das hieße Rußland England endgültig überliefern. Ebensowenig dürfen wir uns durch die inzwischen bekannt gegebenen Geheimverträge, die die französische Regierung mit dem zarischen Rußland zur Eroberung deutschen Landes bis zum Rhein geschlossen hatte, vom richtigen politischen Weg abdrängen lassen. Daß das französische Volk von diesen Plänen nichts wissen will, ist ja durch die Haltung der französischen Sozialisten inzwischen augenfällig geworden. Daher hat gerade auch Genosse Branting, dessen Zuneigung bekanntlich Frankreich gilt, jene hinter dem Rücken der französischen Voksvertretung vollzogenen Abmachungen als Machenschaften einer französischen Imperialistenclique aufs schärfste verurteilt. Wir dürfen aber nicht die entscheidende Rolle Englands bei diesem Handel übersehen. Auch wenn Carson nicht kurz vorher in Dublin eine Rede gehalten hätte, die erst durch die Enthüllung der Geheimverträge ihre volle Bedeutung erhielt, so mußten dennoch deutsche Politiker wissen, welchen großen Anteil das sich geschickt im Hintergrund haltende England an ihnen hatte. Man kennt das doch aus dem Beginn des Krieges. Auf formal bindende Verträge läßt sich Großbritannien so leicht nicht ein. Um so besser und unauffälliger kann es dann als geistiger Urheber dieser Zwecke fungieren. Es ist daher kein allzu günstiges Zeichen für das endlich erwachte politische Verständnis der Kriegszusammenhänge in Deutschland, wenn, soweit ich das übersehe, von den größeren politischen Tageszeitungen im Reich nur 3, die Vossische Zeitung, die Kreuzzeitung (Hoetzsch) und die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme<sup>4)</sup>, auf den englischen Hauptbeteiligten an den gegen Deutschland gerichteten Eroberungsplänen hingewiesen haben.

Jenseits des Kanals weiß man sehr genau, daß eine von der englischen Vorherrschaft freie europäische Politik nicht möglich ist, solange sich die europäischen Festlandsstaaten mit gegenseitigen Annexionsplänen bedrohen, noch weniger aber, wenn sie gar ausgeführt werden. Wenn die europäischen

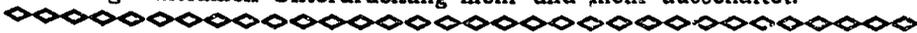
<sup>3)</sup> Siehe *Quessel* Die auswärtige Politik und der deutsche Parlamentarismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 763 ff.

<sup>4)</sup> Siehe namentlich den ausgezeichneten Artikel Das kontinentale Europa in der Chemnitzer Volksstimme vom 31. Juli 1917.

Festlandsmächte ihre sehr wohl ausgleichbaren Interessengegensätze, die seit Jahrhunderten von England durcheinandergewirbelt, verstärkt und für seine eigenen Zwecke (insonderheit für seine kolonialen Ziele) ausgenutzt worden sind, endlich ins reine bringen wollen, so müssen sie alle auf gewaltsame Gebietsabtrennungen verzichten. Solche Abtrennungen darf man auch nicht unter dem Schlagwort der *Befreiung* anderer Nationen erstreben. Leider haben sich durch dieses Schlagwort auch manche Genossen irreführen lassen und eine Abtrennung der russischen Randländer verlangt. Ein unheilvoller Irrtum, der jetzt hoffentlich endgültig überwunden ist, nachdem die Völker Rußlands gezeigt haben, daß sie sich das nationale Eigenleben selber wahren und nichts weniger wünschen als von uns *befreit* zu werden. Die Entwicklung der Dinge in Polen wird uns hoffentlich von weiteren Versuchen abschrecken.

Die hier dauernd erstrebte Kontinentalpolitik, die ein Gegengewicht gegen die übermächtige Stellung der beiden angelsächsischen Weltreiche bilden soll, darf natürlich nicht im Sinn der prinzipiellen Feindschaft gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten verstanden werden. Es handelt sich vielmehr darum das ewig schwankende, unglückselige europäische Gleichgewicht durch ein Weltgleichgewicht abzulösen. Mit der Entwicklung der Wirtschaft, die wir in ganz ungeahnten Dimensionen vor uns erstehen sehen, müssen sich auch die politischen Zustände zwischen den Nationen weiter entwickeln, und die alten Begriffe müssen neuen und anderen Platz machen. Nur auf dem Boden eines auf diese Weise heranwachsenden Weltgleichgewichts können internationale Rechtsorganisationen wirklich gedeihen und lebendige Kraft entfalten. Mit der Methode des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die nur dem Angelsachsentum zugute käme, geht das nicht. Die Friedensresolution des Reichstags, die sich für solche Institutionen ausspricht, hat in diesem Passus nur dann einen realen politischen Sinn, wenn sie als Vorbedingung die Zusammenfassung Kontinentaleuropas zu einem Wirtschaftsimperium ins Auge faßt. Nur solche Imperien können die Träger eines neuen Rechts sein, ohne Vorherrschaft einer oder einiger Mächte.

Einer derartigen friedenverheißenden Kontinentalpolitik die Wege zu ebnen und damit einen Zustand vorbereiten zu helfen, der die freie Entwicklung der Völker ermöglicht, ist die Hauptaufgabe der Stockholmer internationalen sozialistischen Konferenz. Die dauernde Propagierung der hier dargelegten Politik ist nicht ohne Erfolg geblieben. Innerhalb und außerhalb des Sozialismus arbeiten heute politische Kreise in allen Ländern für das gleiche Ziel. In der deutschen Sozialdemokratie, die die Sache ihres Volkes führt, bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Sicherung des deutschen Volkes durch die Vereinigung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Kontinents gewährleistet ist. Und so führt der Weg, den sie am 4. August 1914 beschritten hat, auch nach Stockholm. Denn es ist der Weg zur Verständigung unter den Völkern: nicht auf der Grundlage eines gestaltlosen und vorläufig jedenfalls irrealen allgemeinen Pazifismus, sondern auf der Grundlage einer Organisation, die unter den Völkern differenziert, die Völker mit gleichlaufenden Interessen zu größeren Komplexen vereinigt und so den Ausgleich schafft, der die produktiven Kräfte eines jeden Volkes zur Entfaltung bringt und damit den Anreiz zur gewaltsamen Unterdrückung mehr und mehr ausschaltet.



## MAX SCHIPPEL · SIR HARRY JOHNSTON UND DIE DEUTSCHE KOLONIAL- UND WELTPOLITIK

**W**IR scheinen damit rechnen zu müssen, daß der hervorragende koloniale Verwaltungsbeamte und namhafte Kolonialschriftsteller von Zeit zu Zeit als schärfster englischer Vertreter der Deutschenbekämpfung auftritt: wenigstens soweit es sich um den überseeischen Einfluß Deutschlands handelt. Wo der Deutsche in ferneren Ländern auftritt, tut er es mit unabänderlicher Naturnotwendigkeit als Verderber der kolonialen Erziehung und Entwicklung, als deren aufgeklärter Wortführer Sir Harry, der *Morelist*, seit jeher sich gefiel. Ein unentbehrliches Hauptziel dieses Krieges ist es deshalb den unverbesserlichen Schädling und Störenfried aus jeder kolonialen Laufbahn herauszudrängen. Bis zu welchen Folgerungen und Aufteilungsplänen es Sir Harry daraufhin fortriß, wissen die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus den Artikeln Blochs und Quessels.<sup>1)</sup> Für die englische Presse ist daher, was die Kolonialpolitik anlangt, Johnston mehr und mehr zu einer Autorität für die Deutschenbeurteilung geworden: um so beachteter, weil ihm nahe Beziehungen nicht nur zum Londoner Auswärtigen Amt sondern als ehemaligem kolonialen Gouverneur und Forschungsreisenden auch zu den amtlichen und nichtamtlichen Kreisen Deutschlands nachgerühmt wurden, das er gleichfalls durch Aufenthalt und Aussprache näher kennt.

Aber schon K. Dove (Freiburg) hat im Tag einmal aus eigener persönlicher Erfahrung darauf aufmerksam gemacht, daß diese Autorität seinerzeit ganz anders zu urteilen und zu sprechen wußte:

Demgegenüber möchte ich feststellen, was ein Sir Johnston auf einer gemeinsamen Fahrt nach Sansibar schon vor mehr als 20 Jahren (er war damals noch ehrlich) von Deutsch Ostafrika sagte: »Sie werden«, waren seine Worte, »da wirklich etwas sehen, was die Bewunderung auch eines jeden Engländers verdient, und auf das Geleistete kann Ihr Volk stolz sein.«<sup>2)</sup>

Dies allein könnte genügen die heutige Rolle des vor Entrüstung überschäumenden Anklägers in gebührender Beleuchtung erscheinen zu lassen. Aber da wir es hier mit einem wahren Schulfall für die pharisäische Herauskehr der Überlegenheit eines Westkulturvertreters gegenüber deutscher Barbarei zu tun haben und da soeben wieder eine längere Auslassung Johnstons in der deutschen Presse vermerkt wurde, so sei die Echtheit dieses ganzen Gebarens noch einigen weiteren Nachprüfungen unterworfen.

**I**M Jahr 1898 schrieb Sir Harry Johnston eine (sehr beachtenswerte, auch ins Deutsche übersetzte) Geschichte der Kolonisation Afrikas. Er widmete sie den seiner Meinung nach verdienstvollsten 4 Vertretern der jüngsten afrikanischen Kulturerschließung: Sir Goldie, dem Schöpfer und Förderer Britisch Westafrikas, Viscount Kitchener, der Verkörperung der östlichen ägyptisch-sudanesischen Politik Englands, René Millet, dem französischen Nordafrikaner, und — Hermann von Wißmann, dem »brillanten Major von Wißmann«, wie er an anderer Stelle nochmals gefeiert wird, »der Deutsch Ostafrika staatlich gründete und der mehr als sonst ein noch lebender Deutscher getan hat,

<sup>1)</sup> Siehe Bloch Wo stehen wir jetzt?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 II, Seite 793 ff., und Quessel Die britischen Annexionspläne, ebenda, Seite 867 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Dove England und unsere Kolonien, im Tag vom 22. November 1916.

um das Ansehen dieser großen Nation in den dunkelsten Teilen des dunklen Kontinents aufzurichten und aufrechtzuerhalten.«<sup>7)</sup>

Der ganze deutsche Abschnitt ist hier, noch in der Ausgabe von 1913, eitel Anerkennung für das, was Deutschland, trotz allen Schwierigkeiten der ersten Besetzung und Herrschaftssicherung, für die Hebung der Eingeborenen und der Produktionsweise bereits erzielen konnte; das französische Verfahren wird meist viel kühler und kritischer gewertet:

»An der Sansibar zugekehrten Küste sprangen neue Stadtviertel in den alten Araberplätzen wie durch Zauber empor; die Straßen wurden weit angelegt, sauber gehalten und gut beleuchtet. Blühende Pflanzungen bedeckten weithin das ehemalige wüste Land. Selbst im entferntesten Innern war die Sicherheit von Leben und Eigentum verbürgt. Die Araber söhnten sich mit der deutschen Verwaltung aus, während andererseits die deutschen Beamten allmählich die unterworfenen Völkerschaften angemessen [tactfully] behandeln lernten. . . Kameruns spätere Geschichte verläuft ähnlich wie die Ostafrikas: Im Anfang Aufstand und *scharfe Lektionen*. . . aber im großen und ganzen zunehmend Frieden und Ordnung über das ganze Land hinweg und eine große [great] Entfaltung des Handels. . . Der unvermischte Teutone, ob Holländer oder Reichsdeutscher, mag bei der ersten Berührung mit Eingeborenen zu Strenge und selbst zu Brutalität neigen, aber er ist kein Tor und gewinnt Respekt bei den Negern und Asiaten, die derbe Kraft bewundern, und andererseits bringt ihn seine eigene Gutartigkeit [his own good nature] mit der Zeit zu mildern Auftreten, wenn die Eingeborenen nicht mehr rebellieren und sich zu fügen beginnen. Die Deutschen erkennen rasch ihre Fehler, und sie korrigieren sie nicht minder rasch. Im Handel, dann auch in der Regierungsweise beobachten, lernen und üben sie die bewährtesten Methoden. Der Politiker wäre sehr kurzichtig, der die Größe der deutschen Eigenart unterschätzte [who underrated the greatness of the German character] oder mit dem Wiederverschwinden der deutschen Herrschaft in fremden Ländern rechnete.«

Noch 1913 empfahl der ehemalige Gouverneur von Britisch Zentralafrika die Abtretung der Walfischbai zugunsten Deutschlands und Deutsch Südwestafrikas, das zwar durch die Entfremdung der Bucht nicht verkrüppelt, aber doch unnötig belastet werde, um Swakopmund als Ersatzlandeplatz für Güter und Personen hinreichend in Aufschwung zu bringen. Daß die Bai von Großbritannien beschlagnahmt wurde, charakterisierte er damals als »nichts als Neidhampelpolitik [is of the dog-in-the-manger type of policy]«.

So Sir Harry als Geschichtsschreiber für das angesehene Cambridge-sammelwerk.

**U**BER die engere Kolonialzuhörerschaft hinaus war jedoch Sir Harry Johnston ferner stets ein rühriger Mitarbeiter von Zeitschriften und Zeitungen aller Art, wie er sich überhaupt, unterstützt durch eine feuilletonistisch bewegliche Feder, jederzeit ganz gut auf die Aufmachung und Inszenesetzung vor weiteren Kreisen verstand. Er ließ sich dabei gern über allgemeine Fragen der Weltpolitik aus, lange Zeit in ausgesprochenstem deutschfreundlichen Sinn. In der Werdezeit der englischen Einkreisungspolitik bildete er deshalb gar nicht selten die Zielscheibe für Angriffe seitens der radikalen Deutschfeinde, vor allem nach einem Aufsatz in der Revue *The Nineteenth Century*, der zwar vorsichtigerweise mehr nur den Deutschen seine Gründe gegen das Weltverteilungssyndikat (wie wir heute sagen würden) darlegen ließ, der jedoch überall, noch dazu nach einigen in Erinnerung gebliebenen früheren ähnlichen Anläufen des Verfassers, lediglich als durchsichtige Verhüllung eigener

<sup>7)</sup> Siehe Johnston *A History of the Colonization of Africa*, neue Auflage (Cambridge 1913), Seite VIII; die späteren Zitate Seite 412, 414, 420.

Johnstonscher Gedankengänge aufgefaßt und deshalb eben zum Teil um so bitterer bedauert und befehdet wurde.<sup>4)</sup> In seinen Erwidern wies Sir Johnston zwar nochmals auf seine rein referierende Absicht hin, aber er verzichtete dabei auf die Zweideutigkeit selber mehr und mehr und gab zu, daß er in der Tat den vermeintlich rein deutschen Einwänden gegen die englische Monopols- und Ausschaltungspolitik innerlich zustimme:

»Daß ich mit ihnen zum großen Teile sympathisierte, ergab sich klar, nicht nur aus meinem Bestreben sie überhaupt vorzubringen, sondern auch aus meinen erläuternden Zusatzbemerkungen.«

Diese Sympathie entspränge hauptsächlich aus der »tiefempfundenen Bewunderung [heartfelt admiration]« für den von Deutschland erreichten Reifegrad in den Wissenschaften und Künsten, in der Sozialverfassung, in der Produktion und sonst in der Lebensbetätigung. Verweilen wir also auch bei diesem beredten Plädoyer für größere Gerechtigkeit gegen nicht unbedingte deutsche Ansprüche etwas länger.

An manchen Stellen wird dieses Plädoyer geradezu zu einer kaum zu übertreffenden Kritik der englischen Abschneidungspolitik gegen Deutschland: »Die Bevölkerung des Deutschen Reiches ist der Meinung, daß sie in den letzten Jahren von der britischen und der ihr verbündeten Diplomatie höchst unbillig behandelt worden ist. Warum, fragt man, werden die Expansionsinteressen Deutschlands ignoriert, während andere Großmächte immer wieder zu Beratungen zusammenkommen und unter sich die schwächeren und unentwickelteren Teile des Erdballs verteilen? Warum wird alles, was sich auf den amerikanischen Erdteil bezieht, tatsächlich durch gegenseitige Vereinbarungen zwischen England und den Vereinigten Staaten geregelt? Warum verbot man vor einiger Zeit Dänemark eine oder die andere westindische Insel an die Deutschen, für eine Schiffahrtsstation in ihrem Neuwelthandel, zu verkaufen? Frankreich, Holland, Dänemark haben so gut wie England oder die Vereinigten Staaten Häfen, Kohlenstationen und Kolonien in der Neuen Welt, die, vor allem in den tropischen Erdstrichen, ihrem Handel als wertvolle Sammelstellen dienen. Warum besteht so etwas wie ein geheimes Übereinkommen: falls Deutschland in ähnlicher Weise durch Ankauf eine Kohlenstation oder einen Unterkunftsafen zu erwerben beabsichtige, so sei dies ein Kriegsfall im Verhältnis zur angelsächsischen Welt? In Asien haben sich wohl Frankreich und England eine Zeitlang wegen Siams in den Haaren gelegen. Aber wenn sie einmal zu einem Privatabkommen gelangt sind, dann können sie beide, ohne nur mit den Wimpern zu zucken, weite Provinzen des ehemals siamesischen Reichsgebiets sich aneignen, während Deutschland ein gemeinsames Ultimatum herausfordern würde, falls es daran dächte für seinen fernöstlichen Handel auch nur eine Kohlenstation zu erlangen. Die Deutschen denken mit Empörung daran zurück, wie man ihrem Kaiser wegen seiner Chinapolitik begegnete, während England und Frankreich ruhig ihre Hände auf alle greifbaren Ländereien längs der Küste des Blumenreiches legen konnten und Rußland seine Vorstöße gegen die Mandschurei unternahm. . . Seit 60 und mehr Jahren hatten die Hansestädte Deutschlands einen hervorragenden Handel in den Inselgebieten der Südsee aufgebaut (das Haus Godefroy ist in die Gedenktafeln der Geschichte eingetragen). Aber deutsche Anläufe auf ein paar Inseln, die von Spanien, England und Frankreich noch nicht beschlagnahmt waren, Stützpunkte auch nur im geringsten Ausmaß zu erwerben wurden von Englands Regierung und Presse stets als Feindseligkeit gegen die englischen Interessen beurteilt. Die deutsche Empörung erreichte vielleicht ihren Siedegrad, als England und Frankreich, ohne sich weiter um Dritte zu kümmern, unter sich erledigten, was tatsächlich die letzte Aufteilung Afrikas bildete: die Anerkennung ausschließlicher britischer Ansprüche in Ägypten und die Auslieferung Marokkos an Frankreich, woran sich sehr bald eine englisch-französisch-italienische Verständigung über Abyssinien und Somaliland anschloß, und als andererseits der Warnruf »Hände weg!« an Deutschland wegen Liberias erging. (Ich trage hier jedoch nur deutsche

<sup>4)</sup> Siehe Johnston *German Views of an Anglo-German understanding* und *The Need for an Anglo-German understanding*, im *Nineteenth Century*, 1910, LXVIII, Seite 978 ff., und 1911, LXIX, Seite 82 ff.

Anschauungen vor, ohne sagen zu wollen, daß sie voll begründet seien.) Die Stellung, die daraufhin der deutsche Kaiser einnahm, die ihm aber bis zu einem gewissen Grad durch die öffentliche Meinung Deutschlands aufgezwungen war, ging dahin, daß die Welt künftig nicht mehr nach Einflußsphären, Protektoraten oder Kolonien zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Rußland und Italien vergeben werden solle, ohne auch nur zu denken an den Faktor Deutschland und an die 108 Millionen tatkräftiger, hochgeschulter [highly-educated] weißer Einwohner der verbündeten Reiche Deutschland und Österreich-Ungarn.«

Das ist allerdings mehr E. D. Morel als Sir Edward Grey. Deutschland ist für Johnston damals noch, von den britischen Dominien und den Vereinigten Staaten abgesehen, das »England geistig und sozial nächststehende« Land. »Jedem intelligenten Reisenden« müsse in Deutschland sofort der »enorme Fortschritt« auffallen, den dieses Volk »in Wissenschaft, Kunst, sozialer Gesetzgebung, im Verkehrswesen, in der Wirtschaft und sonst« aufzuweisen habe. Es sei mehr als naiv unter Hinweis auf das Mißverhältnis zwischen Opfern und Erträgen einem solchen Volk ständig von dem Betreten der kolonialen Laufbahn abzuraten, wenn man selber so wenig Neigung zum Verzicht und so viel gesunden Appetit verrate und »Austern größten Kalibers verschlinge, während man Tränen über ihre Unbekömmlichkeit vergieße«. Die englische Presse jammere gern über deutschen Länderhunger, aber wo ein Beutebissen winke, spähe der britische Geier genau so scharfäugig aus wie der deutsche und fange an in immer engeren Bogen herabzufliegen, um für alle Fälle vorbereitet zu sein. Er, Sir Harry, müsse seinen Landsleuten zurufen, sie könnten nicht jedes Ding in dieser Welt haben, wenn »dieses kleine Vereinigte Königreich« nicht Flotten und Heereslasten tragen solle, die ganz und gar nicht im Verhältnis zu seiner Bevölkerung und seinen Finanzkräften ständen. Vor allem die Berlin-Bagdad-Politik findet der damalige Warner begreiflich und für Großbritanien gar nicht so beängstigend, und sonderbarerweise beruft er sich hierbei auf einen (angeblich von der englischen Presse nach Möglichkeit totgeschwiegenen) Ausspruch Roosevelts: »Die Stellung Englands am Nil wäre viel mehr gefestigt durch Deutschlands Gegenwart am Euphrat.« Kurzum:

»Bringt man sich die Gemeinsamkeit des Denkens und Fühlens und die gemeinsamen Interessen zum Bewußtsein, die zwischen England und Deutschland emporgewachsen sind, und vergegenwärtigt man sich die glänzenden Leistungen von modern deutscher Wissenschaft und Technik, so muß der britische Beobachter, wenn er noch innern Schwunges fähig ist, sich nach einer Neuanpassung der politischen Beziehungen zwischen England und Deutschland geradezu sehnen.«

Ein paar Jahre vorher hatte der gleiche Sir Johnston unumwunden auf die Erbschaft des Congostaats hingewiesen, falls die alte dortige Verwaltung weiter so wenig ihrer kulturellen Aufgabe gerecht zu werden vermöge. Frankreich werde wahrscheinlich bereit sein sein Vorkaufsrecht auf jenen Erdstrich abzutreten, »der, zusammen mit Deutsch Ostafrika, einen prächtigen Anteil am schwarzen Erdteil darstellen würde.«<sup>5)</sup>

**H**EUTE nun von alledem das genaue Gegenteil: in der Würdigung des deutschen Rechts auf Leben und Entwicklung so gut wie jede andere nicht verfallende Nation, in der Beurteilung der deutschen kolonialen Leistungen, in der Stellungnahme zu den deutschen Ansprüchen auf internationale weltpolitische Gleichachtung. Heute ein vollständiges, höchstens noch in der Maßlosigkeit der

<sup>5)</sup> Siehe Johnston's The legitimate Expansion of Germany, in der Fortnightly Review, New Series, 1915, LXXVIII, Seite 427 ff.

Übertreibungen abweichendes Einschwenken zu jener Politik der Abschnürung und Einkreisung, vor deren Folgen der gleiche Verfasser einst trotz allen persönlichen Unbequemlichkeiten warnen zu müssen glaubte. Kann man ein solches Gebaren noch für echt und aufrichtig halten, selbst wenn man noch so vieles den unlenkbaren und unberechenbaren Stimmungen der Kriegszeit entschuldigend zuschreiben mag?

Wer war, geschichtlich, nicht rein diplomatisch-tagesgeschichtlich, nach dem alten Sir Johnston in Wahrheit der angreifende Teil? Der Staat, der, um nach allem Geschehenen und täglich weiter Geschehenden sich auf das Schlimmste vorzubereiten, (angeblich allein) rüstete und sich zur Abschüttelung des drückenden Alps anschickte, oder die Mächtegruppe, die, unter Führung Englands, Mißachtung innerlich als berechtigt anerkannter Interessen auf Mißachtung häufte und so schließlich, früher oder später, eine Explosion unabänderlich vorbereitete und herausforderte? Selbst wenn Deutschland den Zeitpunkt seiner notgedrungenen letzten Abwehr in freier Entscheidung selbst gewählt hätte, gegen wen fiel schließlich (abermals: entwicklungsgeschichtlich im wahren Sinn des Wortes, nicht rein formalistisch-tagesgeschichtlich) die Beantwortung der Schuldfrage aus: gegen jene Politik, die lange Jahre hindurch in angeblich *friedlicher* Arbeit die Glieder einer lebenskräftigen Staatenbildung Masche um Masche mit einem unerträglichen Lähmungsnetz umspann, oder gegen den davon betroffenen Staat, der noch zu rechter Zeit vor der letzten Knotenschürzung das lebensgefährdende Netz abzuwerfen und zu zerreißen suchte? Wenn man, um mit den heutigen Friedenswortführern der Entente zu reden, für die Zukunft in erster Linie der Wiederkehr solcher katastrophalen Konfliktausbrüche vorzubeugen will: tut man besser sich gegen bestimmte, im Grunde sehr demokratisch-friedliche Wehrverfassungen zu wenden, oder gegen die weltpolitischen Monopolsübergriffe, an denen selbst die friedlichste Entwicklung, unter jedem Wehrsystem früher oder später einmal hätte scheitern müssen?

Was der englische Kolonial- und Weltpolitiker in der Zeit größerer Unbefangenheit und Aufrichtigkeit klar erkannte und offen zugestand, das können wir bei jeder gegenwärtigen und künftigen Untersuchung der *Schuldfrage* als deutschen und zugleich wahrhaft internationalen Standpunkt, mit bestem Gewissen heute und später vertreten.

## HERMAN KRANOLD · DEUTSCHLAND UND DIE FREMDVÖLKER RUSSLANDS

**A**LS die neue russische Offensive begann, erhoben auch die Befürworter einer grundsätzlich gegen Rußland orientierten deutschen Außenpolitik wieder ihr Haupt. Sie wiesen zudringlich mit lästigem Zeigefinger auf die militärischen Ereignisse in Galizien und Wolhynien hin und fragten triumphierend: Haben wir es nicht immer gesagt? So mußte es kommen, eher wart ihr Russophilen nicht zufrieden. Und dann wurde das ganze Arsenal der russophoben Argumentation wieder in unberührter Frische vorgeführt, als wären die wissenschaftlichen Autoritäten (oder was man so zu nennen pflegt) niemals

widerlegt worden, die dem russischen Reich die Notwendigkeit bezeugten seine Politik ständig auf den Erwerb der Meerengen und auf eine Expansion des Küsten der Ostsee entlang einzustellen. Natürlich beweist diese russische Offensive absolut nichts gegen die Notwendigkeit der östlichen Orientierung. Ebensowenig ist es gerechtfertigt aus dem erfolgreichen deutschen Gegenstoß in Galizien und der Bukowina Eroberungsabsichten im Osten abzuleiten.

Aber wir wollen uns nicht zu lange mit solchen Selbstverständlichkeiten aufhalten. Wichtiger ist es, daß wir uns einer andern Strömung erwehren, die aus der Offensive Mut und Kraft für ihre Propaganda gewonnen hat. Ihre Verfechter haben sich wieder einmal des russischen Nationalitätenproblems für ihre Zwecke bemächtigt. Sie überlegen etwa so: Rußland wird, einerlei, ob es zaristisch oder fortschrittlich regiert wird, immer wieder Deutschland und seinen Verbündeten feindlich sein. Es wird eben stets eine rein großrussisch orientierte, den Fremdstämmigen feindliche Politik machen. Darin liegt seine Gefährlichkeit für uns, darin aber auch seine weltpolitische Schwäche. Wenn wir uns diese zunutze machen, so können wir zwar zu einer dauernden Verständigung mit Rußland nicht kommen; wir können aber die fremden Nationalitäten in Rußland als Schutzmauer und Sturmböcke gegen den russischen Expansionsdrang gebrauchen. Einer der Vorkämpfer dieser Theorie ist der Geschichtspräsident Johannes Haller in Tübingen. Ich habe mich ja aus Anlaß seiner Schrift *Die russische Gefahr im deutschen Hause* bereits einmal mit den seltsamen Ideen dieses Vorkämpfers der antirussischen Garde befaßt.<sup>1)</sup> Kürzlich hat er nun zu einem neuen Schlag ausgeholt. Er hat in mehreren Artikeln im *Tag* seine ganzen russenfeindlichen Ansichten wieder vertreten.<sup>2)</sup> Mit diesem neuerlichen Generalangriff uns auseinanderzusetzen erscheint dringend geboten.

Hallers Gedankengang ist etwa der folgende: Es ist richtig, daß zwischen England und Rußland gewisse Reibungsflächen bestehen. Konstantinopel zum Beispiel ist eine solche Frage, auch Mittelasien. Aber über Konstantinopel ist eine ehrliche Verständigung zwischen beiden Mächten zustande gekommen, und so ist auch eine solche über die übrigen Streitfragen ganz gut möglich. Denn bei allen diesen Fragen liegt immer nur für den einen Teil ein Lebensinteresse vor, dem der andere, wenn auch freilich nicht ohne alle Opfer, ganz gut nachgeben kann:

»Wenn England Konstantinopel preisgeben konnte, weil ihm andere Interessen wichtiger wurden, so kann Rußland auf Ausbreitung in Mittelasien verzichten, sobald es seine Rechnung anderswo findet. Die russische Expansion in der Richtung auf Indien ist ja in keiner Hinsicht eine Notwendigkeit, und was man uns von dem natürlichen Drang nach dem *warmen Wasser* so gern erzählt, der am Persischen Golf seine Befriedigung suchen soll, so ist das eines der Beispiele dafür, daß unsere Politiker ihre Ansicht von der Landkarte ablesen, ohne die Länder selbst zu studieren. Ein Hafen am Persischen Meerbusen wäre für Rußland ein kostspieliges Luxusgut, sicher niemals eine Notwendigkeit. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es auf Persien und Ostindien für immer verzichten wird, aber es kann sie jederzeit zurückstellen und sich auf andere Punkte ablenken lassen, die ihm sowohl näher liegen als auch wichtiger und leichter zu erreichen sind. Das sind die Karpathen, die Ostsee und die Nordsee; oder, anders ausgedrückt, Galizien, Preußen, Posen und Skandinavien.«

<sup>1)</sup> Siehe Kranold *Vorfragen einer östlichen Orientierung*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 409 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Haller *Das falsche Entweder-oder*, im *Tag* vom 3. und 4. Juli 1917.

Die Grundlage dieses ganzen Gedankengangs ist dogmatisch und steht mit den Tatsachen in Widerspruch. Zunächst ist es sehr fraglich, ob die Verständigung zwischen England und dem Zarentum über Konstantinopel von Großbritannien ehrlich gemeint ist. Es bleibt ein fataler Gedanke für England, daß der Seeweg nach Indien einmal von den Dardanellen aus unterbrochen werden könnte. Solange man mit Rußland gut steht, kann man ein vorläufiges Arrangement treffen. Das bedeutet aber noch keine dauernde Verständigung, die Rußland den Besitz von Konstantinopel gewährleistet (wenngleich nicht verkannt werden soll, daß England, wenn es im Besitz Mesopotamiens bliebe, also die ununterbrochene Verbindung Kap-Kairo-Calcutta hätte, sich auch mit einer solchen abfinden könnte). Dann aber: Der Besitz Konstantinopels war ein Ziel der zarischen Außenpolitik, die dadurch das Interesse der Massen von den inneren Zuständen ablenken wollte. In Wirklichkeit ist Rußland gar nicht daran interessiert auf dem Weg über Konstantinopel in ein von England beherrschtes, geschlossenes Meer zu gelangen, sondern es braucht einen Ausgang an das freie Meer. Diesen Ausgang kann es aber gerade auf dem Weg über Persien und Beludschistan gewinnen. An dieser Tatsache ändert aller Spott über die Politiker, die von den Karten ablesen, gar nichts. Dieser Spott ist doppelt unzeitgemäß im Mund eines Geschichtslehrers, der aus der Geschichte des Kampfes um Konstantinopel nicht einmal so viel gelernt hat, daß Rußland lediglich ein Interesse daran hat die Meerengen benutzen zu können, nicht aber sie zu besitzen, und daß diese Benutzung ihm gerade durch uns am besten gewährleistet werden könnte.<sup>3)</sup> Indes, wenn die Tatsachen der Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Rußlands, die seinerzeit hier ausführlich dargelegt wurden<sup>4)</sup>, unsern Historiker nicht von dem Gedanken abbringen konnten, daß Rußland der ewige Feind Deutschlands sei, so ist doch das Mittel, das er gegen die von ihm angenommene Gefahr in Bereitschaft hält, erst recht unzulänglich. Denn dieses Mittel erblickt er, wie andere Autoren auch, darin, daß die Deutschen und ihre Bundesgenossen die Aufgabe und auch die Möglichkeit haben die Fremdstämmigen Rußlands gegen den Bestand des Reichs aufzuputzen.

In Deutschland herrscht gegenwärtig eine unglaubliche Überschätzung der Bedeutung der Nationalitätenfrage für Rußland. Sie schöpft ihre Nahrung aus 3 Umständen. Einmal und vor allen Dingen daraus, daß die Reichsdeutschen jetzt zum erstenmal die Stärke slawischer Nationalbewegungen so recht am eigenen Leib zu spüren haben, weil die Nationalitätenschwierigkeiten, die unserm österreichischen Bundesgenossen so viel zu schaffen machen, infolge der engen Interessensolidarität, die sich zwischen Deutschland und dem Donaureich während des Krieges herausgebildet hat, nun auch uns selbst treffen. Der zweite dieser Umstände liegt darin, daß in Finnland und Polen sich weitgehende Loslösungstendenzen während des Krieges gezeigt haben. Von da aus wird durch einen Analogieschluß auch für die Nationalitäten in Rußland ein Streben nach Loslösung behauptet. Als drittes Element dieser politischen Falscheinsetzung sind vor allen Dingen auch die Wünsche der Leute nach der Art Hallers oder Rohrbachs anzusehen.

<sup>3)</sup> Siehe, abgesehen von zahlreichen früheren Aufsätzen anderer Autoren in dieser Zeitschrift, K r a n o l d Die Dardanellen und Die Türkei, Rußland und Europa, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 511 ff. und 575 ff..

<sup>4)</sup> Siehe K r a n o l d Rußlands Drang zum Meer, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 477 ff.

Was man wünscht, das glaubt man gern. Erscheinungen, die der eigenen Tendenz entgegenkommen, werden nur allzu leicht für Äußerungen der Grundkräfte gehalten, während sie doch in Wirklichkeit nichts anderes als Erscheinungen an der äußersten Oberfläche sind. Auch in der deutschen Sozialdemokratie hat man sich von diesen Gedankengängen beeinflussen lassen; ja, selbst solche Genossen, die sich allmählich zu einer östlichen Orientierung durchgerungen haben, verfallen ihnen von Zeit zu Zeit.

Bei den Kongressen der Ukrainer und ähnlichen Unternehmungen, wie sie jetzt in Rußland hagelweise kamen, handelt es sich im allgemeinen um Bewegungen, die wohl bewußt auf die Errichtung einer nationalen Gemeinschaft gehen, aber unbedingt im gesamtstaatlichen Zusammenhang mit Rußland zu bleiben wünschen. So heißt es in dem Universalakt, der am 11. Juli von dem allukrainischen Soldatenkongreß angenommen wurde, nach der Prawda folgendermaßen:

»Ohne sich von Rußland abzutrennen, ohne mit dem russischen Staat zu brechen, soll das ukrainische Volk das Recht besitzen auf seiner Erde selbst über sein Leben zu entscheiden. Alle Gesetze, die hier in Ukraina die Ordnung sichern sollen, ist nur unsere ukrainische Versammlung zu erlassen berechtigt. Die Gesetze über die Ordnung in dem ganzen russischen Staat soll das allrussische Parlament erlassen.«

Sehr eingehend setzt sich mit der ukrainischen Bewegung der außenpolitische Rundschauber der Kreuzzeitung Otto Hoetzsch auseinander. Er hebt hervor, daß die Ukrainer eine Trennung vom ganzen Rußland nicht erstreben, und führt aus, daß das auch ganz begreiflich sei, denn die Richtungen, die auf eine vollständige Lösung der Ukraine von Rußland hinstreben, stoßen auf sehr große Schwierigkeiten:

»Zunächst die nationale Abgrenzung. Der erste ukrainische Kongreß in Kiew nahm als ukrainisches Gebiet die 8 Gouvernements Kiew, Poltawa, Cherson, Wolhynien, Podolien, Jekaterinoslaw, Tschernigow (mit Ausnahme von 4 Bezirken) vollständig, dazu Teile der Gouvernements Lublin, Sjedlez, Grodno, Kursk, Wronesch, Bessarabien und das Don- und Kubangebiet in Anspruch: im ganzen 53 000 Quadratwerst mit 30 Millionen Einwohnern. Scharf abzugrenzen von dem großrussischen und dem polnischen Gebiete (Juden sitzen auch in Menge darin) ist es nicht. Bemüht sich der Zentralrat um eine solche Abgrenzung, so muß er entweder Teile preisgeben, was den Widerspruch der Radikalen erregen würde, oder nichtkleinrussische Gebiete mithereinnehmen, aus denen schon heute scharfer Widerspruch gegen die ukrainische Bestrebung ertönt und an denen die Regierung in Petersburg Rückhalt fände. . . Dazu kommen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Gorkijs Nowaja Schisn (28. Juni) fragt: »Wo fängt die Ukraine an, und wo hört sie auf? Es steht wohl einzig in der Geschichte da, daß eine Regierungsgewalt für einen Staat organisiert wird, der nach Bevölkerung und Grenzen völlig unbestimmt ist. Wirtschaftlich hängt das Gebiet eng mit uns zusammen. Die Bauern in Poltawa und Tschernigow, die zu wenig Land haben, werden aus dem Landfonds des südöstlichen Rußlands und Sibiriens befriedigt, die russischen Fabriken können die Donezkohle nicht entbehren usw. Weder die Land- noch die Industriepolitik der Ukraine kann ihren eigenen nationalukrainischen Weg einschlagen. Sie muß mit der wirtschaftlichen Umgestaltung Rußlands parallel gehen.«<sup>5)</sup>

Auf einen ganz ähnlichen Standpunkt hat sich auch die provisorische Regierung Rußlands gestellt. In ihrer Resolution über die ukrainische Frage lauten die wichtigsten Stellen folgendermaßen:

»Nachdem die provisorische Regierung den Bericht über die ukrainische Frage gehört hat, beschloß sie: der Ukraine ein spezielles Organ, das Generalsekretariat, als höchstes Verwaltungsorgan in den Landesangelegenheiten zu ernennen, in dem

<sup>5)</sup> Siehe Hoetzsch Der Krieg und die große Politik, in der Kreuzzeitung vom 25. Juli 1917

die beiden Völker, die in der Ukraine leben, gerecht vertreten werden. Durch dieses Organ werden alle Maßregeln verwirklicht, die sich auf das Leben und die Verwaltung Ukrainas beziehen. Die provisorische Regierung ist der Meinung, daß die Frage der nationalpolitischen Einrichtungen in der Ukraine wie auch die Lösung der Agrarfrage in dem Rahmen der allgemeinen Lösung der Agrarfrage in Rußland durch die konstituierende Versammlung bestimmt werden muß. Aber gleichzeitig sympathisiert sie mit der Ausarbeitung eines Vorschlags der nationalpolitischen Einrichtungen in der Ukraine, mit der Ausarbeitung eines Projekts der Lösung der Agrarfrage und mit der Vorlegung der beiden Vorschläge an die konstituierende Versammlung. Die provisorische Regierung hält die Aufrechterhaltung der Kampfesfähigkeit der Armee für absolut notwendig, und sie lehnt deswegen alle Maßregeln ab, die die Einheit des Kommandos und der Organisation der Armee aufheben könnten, zum Beispiel im jetzigen Moment die Änderung des Mobilisationsplans durch den Übergang zum Territorialsystem bei der Komplettierung einzelner Armeeteile oder durch die Überweisung der Kommandorechte an nichtmilitärische Organisationen. Gleichzeitig aber hält es die Regierung für möglich die nahe Vereinigung der Ukraine in der Armee selbst zu unterstützen, die Komplettierung der einzelnen Armeeteile ausschließlich durch Ukrainer, soweit dies nach Meinung des Kriegsministers technisch möglich ist und die Kampfeskraft der Armee nicht mindert.«

Die deutschen Politiker sollten sich das recht sehr gesagt sein lassen. Wir haben in der Tat nicht das geringste Interesse daran uns unsere weltpolitische Situation dadurch noch besonders zu erschweren, daß wir als Vorkämpfer für die Rechte und angeblichen Wünsche von Völkern eintreten, die uns keineswegs zu ihrer Befreiung aufrufen. Wir haben gerade auch vom rein deutschen Standpunkt aus nicht das mindeste Interesse daran auf eine Loslösung der Ukraine von Rußland (selbst wenn eine solche ebenso möglich wäre wie sie auf die Dauer unmöglich ist) hinzuwirken. Wir würden ja nur Englands Spiel damit spielen. Eine der größten Schwächen der englischen Außenpolitik ist bisher die, daß sie sich immer nur von Fall zu Fall und stets nur sehr dürftig mit den Russen verständigen konnte. Eine dauernde Verständigung wäre nur möglich, wenn das Großrussentum nicht mehr bis an das Mittelmeer und seine Nebenmeere heranreicht. Das könnte nur durch völlige Loslösung der Ukraine vom übrigen Rußland geschehen. Die Engländer müssen diese Entwicklung naturgemäß wünschen. Aber wir haben wahrhaftig nicht den geringsten Anlaß sie ihnen zu schaffen.

Etwas anders als in der Ukraine liegen die Dinge in Finnland und in Polen. Hier haben wir ein deutliches Streben nach Eigenstaatlichkeit. Doch auch hier steht die Sache keineswegs so, daß diese Völker ihren Zusammenhang mit Rußland gänzlich zu lösen trachten. Und noch weniger kann behauptet werden, daß etwa ein deutsches Interesse vorhanden wäre eine solche Entwicklung zu fördern. Was uns nützt, ist nicht ein Bündnis mit kleinen, machtlosen Staaten (die uns zudem, wie Polen, im letzten Grund niemals Freunde sein werden) gegen Rußland sondern eine Verständigung mit Rußland. An einer Schwächung Rußlands durch Loslösung seiner Randgebiete ist nicht Deutschland, wohl aber England interessiert, das durch die Verewigung des deutsch-russischen Gegensatzes von seinen asiatischen Zukunftssorgen großenteils befreit wird. Für uns ist es das beste, wenn wir es im Osten mit einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zu tun haben. Für Rußland gehört die Wirtschaftseinheit zu den Lebensbedingungen. Daher sind dort gerade die Elemente, auf die wir für die deutsch-russischen Beziehungen in Zukunft uns einrichten müssen, gegenüber den Fremdvölkern Anhänger eines gemäßigten Zentralismus, unter Wahrung ihres Selbstbe-

stimmungsrechts, das aber bei der Mehrzahl sich nur in dem Verlangen nach nationalkultureller Autonomie äußert.

Aber auch wo es weiter geht, wie in Finnland, ist eine glatte Trennung keineswegs zu erwarten. Hoetzsch charakterisiert die Lage wie folgt:

»Die sozialistischen Minister und der Arbeiterrat erkennen das Selbstbestimmungsrecht Finnlands bis an die staatliche Unabhängigkeit, aber nur nach Zustimmung der konstituierenden Versammlung an. Die Bolschewiki dagegen erkennen Finnland unbedingt das Recht der Selbstbestimmung bis zur Loslösung vom Reiche, bis zur vollen Unabhängigkeit prinzipiell zu. Das ist im Augenblick die Lage, die zu einer Lösung und zum offenen Konflikt noch nicht geführt hat. In ihr spricht mit, daß Finnland Hunger leidet, und, da von anderer Seite nichts zu erhalten ist, auf Zufuhr aus Rußland angewiesen ist.«

Auch die radikalen Elemente in Finnland sind offenbar von Bedenken nicht frei. Denn in dem mit 136 gegen 55 Stimmen (also beiläufig nicht mit der vorgeschriebenen Fünftelmehrheit) angenommenen Gesetz über die Selbstverwaltung Finnlands wird dem Landtag zwar das Recht gegeben über alle finnländischen Angelegenheiten endgültig zu entscheiden, »die früher durch den Kaiser und Großfürsten kraft der bestehenden Gesetze entschieden wurden«; aber es wird gleichzeitig ausdrücklich festgestellt, daß das Gesetz sich »nicht auf die Angelegenheiten der äußeren Politik, der militärischen Gesetzgebung und der militärischen Verwaltung« beziehe. Übrigens ist noch dann nachträglich in einer gemeinsamen Tagung des Arbeiter- und Soldatenrats und der Flotten- und Regimentsausschüsse in Anwesenheit des Generalgouverneurs, des Flottenkommandanten, des Vizepräsidenten des Senats und des Führers der finnländischen Sozialdemokratie beschlossen worden die Lösung des Konflikts einem aus Vertretern der russischen und der finnländischen Demokratie in gleicher Zahl zusammengesetzten Ausschuss zu übertragen. So viel scheint also sicher zu sein, daß es sich für Finnland um eine Erklärung der völligen Unabhängigkeit von Rußland nicht handelt.

Auch in Polen sind die separatistischen Tendenzen lange nicht so stark wie von deutscher Seite in Verteidigung des Erlasses vom 5. November 1916 vielfach behauptet wird. Ist erst die Selbständigkeit Polens gesichert (und diese ist den Polen ja auch von Rußland zugesagt worden), so werden nahe und gute Beziehungen zu dem demokratisierten Rußland die natürliche Folge sein. Keinesfalls aber könnten wir in Polen einen wirklichen Bundesgenossen gegen ein uns feindliches Rußland sehen. Das sollte das bisherige Verhalten der Polen gerade seit unserer Polenproklamation endlich auch denen zeigen, die sich bisher allerhand Illusionen hingaben. Wir dürfen den Polen vom nationalen Standpunkt aus keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich in ihren Ansprüchen nicht bescheiden wollen. Aber vom selben Standpunkt aus müssen nun auch wir die Konsequenzen ziehen, die die Sorge um unsere Zukunft erheischt.

Was nun aber so schon, wenn auch in eingeschränktem Maß, von Polen und Finnland gilt, das gilt erst recht von den übrigen Fremdvölkern Rußlands. Daß die baltischen Provinzen, von Rußland losgelöst und Deutschland angefügt, wirtschaftlich erledigt sind, sei hier nicht besonders ausgeführt. Ihre Zukunft liegt vorwiegend in der Holzindustrie und im Schiffsbau, mit dem, was dazu gehört, also in allerschärfster Konkurrenz mit den anliegenden Gebieten Preußens. Es muß aber immer wieder besonders betont werden, daß

in allererster Linie die Ukraine, wirtschaftlich gesehen, nicht das geringste Interesse an einer Loslösung vom russischen Wirtschafts- und Staatskörper hat. In Wirklichkeit ist die Ukraine ohne Großrußland ein ebenso unmögliches Ding wie Großrußland ohne die Ukraine. Rußland kann ohne die Gebiete der Schwarzen Erde seine aufblühende Industrie nicht ernähren. Der Weg von Petersburg nach Transkaspien führt, wirtschaftlich gesehen, mitten durch das kleinrussische Gebiet hindurch. Die Hauptverfechter der *Befreiung* der Fremdstämmigen in Rußland aus angeblichem deutschen Interesse rechnen uns immer vor, wie riesengroß seiner Menschenzahl nach der russische Staat sein würde ohne diese Loslösung. Sie vergessen aber ganz, daß sich das nach dieser Loslösung noch immer 100 Millionen starke russische Volk nicht einfach einsperren läßt. Zudem ist nichts falscher als die Rechnung, daß die von Rußland abzuziehenden Ukrainer uns zuzuzählen wären. Sie stehen auf alle Fälle den Großrussen, von denen sie sich ethnisch weniger unterscheiden als Süddeutsche von Norddeutschen, unendlich viel näher als uns. Daher hat auch jetzt der ukrainische Kriegsminister Petljura die ukrainischen Truppen aufgerufen »an der russischen Front für die Freiheit der Ukraine«, die angeblich durch den deutsch-österreichischen Vormarsch bedroht sei, zu kämpfen. Aber selbst den Fall vorausgesetzt, daß sich die Ukrainer je von Rußland trennen könnten, würden sie sich schon wegen der Herrschaftsaspirationen der österreichischen Polen doch immer wieder an Rußland anlehnen. Man täuscht eben niemanden als sich selbst, wenn man solche Subtraktions- und Additionsexempel vornimmt, wie sie bei unseren Russophoben beliebt sind.

Weiter ist noch zu beachten, daß die russischen Fremdstämmigen zum Teil kleine Volkssplitter sind, zum Teil, wie die baltischen Völker, die Polen in Weißrußland und Wolhynien und die Ukrainer, zwar in größeren Mengen geschlossen wohnen, aber von anderen Fremdvölkern durchsetzt sind, mit denen sie sich sehr schlecht vertragen. Man denke nur an die Polen und Weißrussen in der Ukraine, an die tatarische Bevölkerung ebenda und an die starken großrussischen Inseln, die gerade dieses Gebiet reichlich bevölkern, man denke nur an die Juden. Ihre Intellektuellen sind sich nur darin einig, daß sie freie Entwicklung ihres Volkstums verlangen und gerade deshalb jeden Gedanken an einen Anschluß an Deutschland mit Energie weit von sich weisen. Uneinig aber sind sie sich ganz und gar über ihr künftiges Verhältnis zu einander. Da liegen sie in schroffstem Streit, da kämpfen sie so heftig gegen einander, wie auch die verschiedenen slawischen Nationen auf dem Balkan oder die Polen und Ruthenen in Galizien mit einander ringen. Ein Ausgleich dieser Zwistigkeiten durch Auflösung Süd- und Westrußlands in Nationalitätenstaaten ist ein reines Phantasieprodukt. Eine reale Unterlage in der Erfahrung hat jedenfalls nur die gegenteilige Meinung. Und diese geht dahin, daß die widerstreitenden Strebungen nur in einem russischen Nationalitätenstaat ausgeglichen werden können. Wie in Österreich-Ungarn und auf dem Balkan liegen auch hier die Dinge, wenn auch freilich alles in viel größerem Maßstab.<sup>9)</sup>

Man kommt also zu dem Ergebnis, daß die *russische Gefahr*, wie man sie

<sup>9)</sup> Über Einzelheiten unterrichten Weiß Die baltische Frage im Weltkrieg und in der russischen Revolution /Bern ohne Jahr/, Zeelen (Zin)s Der Krieg und die baltische Frage /Bern 1917/; auch die von der Liga der Fremdvölker Rußlands herausgegebene Manifestsammlung Kennen Sie Rußland? /Berlin 1916/ ist heranzuziehen; doch ist kritische Benutzung natürlich vonnöten.

uns immer wieder vorzaubern möchte, ein Phantom ist, und daß jedenfalls die Abwehr dieser Gefahr durch Mobilisierung der Fremdvölker gegen Rußland nichts ist als ein Produkt mangelhafter Logik, ungenügender Tatsachenerkenntnis und frommer Wünsche. Um so wichtiger ist es, daß solche Gedankengänge nicht doch nachträglich noch Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen. Die östliche Orientierung ist eine so grundlegende Lebensnotwendigkeit für die deutsche Zukunft, daß man nicht zusehen darf, wenn sie von Wohlmeinenden, aber Engsichtigen unterhöhlt wird. Die Gefahr eines solchen Erfolgs liegt nahe genug. Äußerungen, wie die, die hier bekämpft werden, werden von der unermüdlichen Propaganda der Entente in Rußland systematisch ausgenutzt, um gegen Deutschland und seine Verbündeten Stimmung zu machen. Rußland soll in das angelsächsische Netz, aus dem es sich durch die kühne Tat seiner Demokratisierung halb befreit hatte, wieder eng verstrickt werden. Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, daß falsche Befürchtungen und Wünsche wieder die Leitung der deutschen Politik verwirren und noch mehr Leute wie Kerenskij zu Anhängern der militärischen Bekämpfung Deutschlands und Österreich-Ungarns machen. Die russischen Fremdvölker aber werden ihr Schicksal sich selbst bestimmen, und sie sind auf dem besten Weg dazu. Sie werden sich ihre freie nationale Entwicklung sichern, im Rahmen eines großen demokratischen Reiches.

## MARIE JUCHACZ · BERUFSARBEIT UND POLITISCHES INTERESSE DER FRAU

**T**ÄGLICHE Wahrnehmungen zeigen jedermann die gewaltige Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges. Eine sorgfältige Berufs- und Gewerbezahlung würde uns über ihren ganzen Umfang genaue Aufschlüsse bringen; einstweilen muß man mit Schätzungen vorlieb nehmen, die zum Teil durch amtliche Ziffern (Berichte der Krankenkassen an das reichsstatistische Amt) unterstützt werden. Die Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften ist eine Folge der Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte in den einzelnen Berufen. Sie kann durch planmäßige und intensive Aufklärungsarbeit, durch schnelles Ergreifen besonderer Gelegenheiten, wie plötzliche Streiks, Gärung und Unzufriedenheit unter den Arbeiterinnen, verstärkt werden. Wie ein starkes Erfassen der Arbeiter in unseren wirtschaftlichen Organisationen in der Regel auch ein Anschwellen der politischen Organisation zur Folge hatte, so würde bei den Frauen ein ähnliches Ergebnis gezeitigt werden, wenn der gegenwärtige Zustand länger andauerte. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese Entwicklung hier nicht so ohne weiteres vor sich gehen wird, weil wohl kaum genügend Zeit vorhanden sein dürfte, um bei der Masse der neu in die Erwerbsarbeit eintretenden Frauen die für diesen Prozeß notwendigen psychologischen Folgeerscheinungen vollständig auszulösen. Bis diese geistige Umwandlung sich in größerem Maßstab vollzogen hat, kann der Arbeitsmarkt durch den nahenden Frieden eine neue Umgestaltung erfahren.

Um den Gedanken der wirtschaftlichen Organisation als Notwendigkeit und innere Pflicht zu empfinden, dazu gehört bei der Frau (wie beim Mann) eine gewisse psychische Reife. Die einen sind, je nach Abstammung, Veranlagung

und sonstigen äußeren Einflüssen, früher dafür reif als die anderen. Bei der Werbearbeit für die politische Organisation unter den Frauen wurde der Faktor der Zeit, den jede Entwicklung braucht, auch stets mit in die Rechnung gestellt. Wir hatten stets am meisten Erfolg unter den Frauen, die selbst Arbeiterinnen waren, die ihre Töchter in die Erwerbsarbeit schicken mußten, die als Frauen moderner Arbeiter von deren Denkweise beeinflußt waren. Der Krieg muß nun notwendigerweise die Denkweise der Frau nach der eben angedeuteten Richtung hin beeinflussen und ihre Entwicklung beschleunigen. Man stelle sich die große Umwälzung, die sich im Leben der Frau vollzogen hat, einmal vor. Was vorher nur für eine gewisse, wenn auch schon verhältnismäßig große Anzahl selbständiger Frauen galt, erhielt nun für die Masse der Frauen Gültigkeit. Mit Eintritt des Krieges wurden sie mit einer bestimmten Selbständigkeit betraut; die schwere Verantwortung für Kind, Haus und für die Existenz, die in den meisten Fällen bisher der Mann allein auf sich genommen hatte, wurde nun plötzlich auf ihre Schultern gelegt. In bewunderungswürdiger Weise hat die Frau sich an ihre neue Lage gewöhnt und sich den neuen Verhältnissen angepaßt. Zwar trat sie nicht gänzlich unvorbereitet, nicht ganz ohne Hilfe in die neuen Lebensbedingungen ein. Davon zeugen die vielen Fürsorgeeinrichtungen, die sich zu Anfang und während des Krieges unter Mitwirkung und Führung politisch tätiger, auch sozialdemokratischer Frauen gebildet haben. Die hilfe- und ratsuchenden Frauen kamen in der Minderzahl der Fälle, um pekuniäre Unterstützung zu erbitten, den meisten war es um bezahlte Arbeit oder um die Beseitigung von Arbeitshemmnissen häuslicher Art, wie Unterbringung der Kinder in Horten und dergleichen, zu tun. Viele Frauen waren auch schon vor dem Krieg für den Gedanken reif: bezahlte Arbeit leisten zu sollen. Aber nicht alle. Es kamen Frauen, die es für eine Unmöglichkeit erklärten von ihren Kindern und dem Haushalt wegzugehen. Sie hofften auf regelmäßige Zuwendungen, die sie in die Lage setzen sollten, wenn auch mit Einschränkungen, ihren Haushalt in gewohnter Weise zu versehen. Bot man ihnen an ihre Kinder tagsüber in Obhut zu geben und eine bezahlte Arbeit anzunehmen, so waren sie entrüstet. Manche dieser Frauen haben sich in längerer Zeit zu anderen Anschauungen durchringen müssen. Die Mehrzahl aber erklärte von vornherein, es wäre ihnen nicht um Almosen zu tun sondern um Berufsarbeit irgendwelcher Art, die ihrer Befähigung und ihren Kräften angemessen sei. Damit soll hier noch gar nicht gesagt sein, daß es unter allen Umständen erwünschter ist, wenn Frauen und Mütter für ihre Kinder Unterkunft und für sich bezahlte Arbeit suchen. Wohl aber kann man darin einen Beweis geistigen Fortschritts bei den Frauen sehen, daß bei der vermeintlichen Wahl zwischen bezahlter Arbeitsleistung und dem Empfang von Unterstützungen die Entscheidung sofort und ohne Bedenken zugunsten der Arbeit fällt. Von dieser Einsicht bis zur Organisationsfähigkeit ist dann allerdings noch ein gewaltiger Schritt. Manche machen ihn wohl nie.

Wie alles Neue so bringt auch die jetzige gewaltige Steigerung der Frauenerwerbsarbeit so manche unangenehme Begleiterscheinung mit sich. Aber solche Dinge, wie der etwas freiere Ton in den Fabriken im Verkehr der Arbeiter und Arbeiterinnen, werden doch bald überwunden; die Menschen wachsen alle mit der Zeit in die neuen Verhältnisse hinein. Das Solidaritätsgefühl, die Grundlage alles kameradschaftlichen Verkehrs,

schlummert zuerst; es muß geweckt und erzogen werden. Da ist es von großem Wert, wenn klassenbewußte Männer und Frauen einen Betrieb durchsetzen und dort durch ihr Beispiel weiterwirken. Das Verfügungsrecht über eigenes Einkommen gibt dem Menschen eine gewisse Selbständigkeit. Sehr viele Frauen der Arbeiterklasse haben wohl schon früher über das Familieneinkommen oder wenigstens über einen großen Teil verfügt. Aber doch immer in einer eingeschränkten Form. Die Frauen fühlten sich jedereit dem *Verdiener* gegenüber verantwortlich, und wenn dieser ohne Einsicht war, so konnten ihre oft klugen und wohlgemeinten Dispositionen jederzeit umgestoßen werden; oft wurden sie es auch, und manchmal nicht zum Vorteil der Familie und des Haushalts. Unter der Einwirkung des Krieges mußten die Frauen die Verwaltung des Einkommens selbständig in die Hand nehmen, noch dazu unter äußerst ungünstigen Umständen, bei großer Knappheit, Teuerung und Schwierigkeit die Lebensmittel zu beschaffen, oftmals unter der dreifachen Last der Erwerbsarbeit, der Mutter- und der Hausfrauenpflicht. Alle diese Umstände tragen zweifellos dazu bei die Frau für die Erkenntnis ihrer Klassenlage zu schulen, sie für Lohnkämpfe und für die gewerkschaftliche Organisation reifer zu machen. Diese Reife ist dann aber gleichzeitig ein Schritt zur Politisierung der Frau. Sehr bald muß sie einsehen, daß nicht alles für sie Wünschenswerte durch die Gewerkschaften allein errungen, daß sehr vieles in ihrer Lage nur durch die Gesetzgebung, also die Politik, geändert werden kann. Sehr bald muß sie dann merken, daß auch die Frauen zum Mitreden in dieser Politik berufen sind.

Diesen voraussichtlichen geistigen Entwicklungsgang der Frau wirksam zu unterstützen ist Sache der Organisationen. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Frau zur Frau am wirksamsten spricht (wenn auch keine Regel ohne Ausnahme ist). Es muß, sowohl in unserer Agitationsmethode wie in unserm innern Organisationsleben, die Praxis mehr auf die weibliche Psyche eingestellt werden. Die Arbeit der Frau im öffentlichen Leben vor und während der Kriegszeit gibt uns manchen Fingerzeig. In der Frau wohnt ein starker Drang zu praktischer, hilfsbereiter Gegenwartsarbeit. Dieser Betätigungsdrang findet, sobald er sich in guter Form äußern kann, auch Anerkennung bei den noch abseits stehenden Frauen. Diese Eigenschaft der Frau sollten die Organisationen klug nützen. Unsere proletarischen, politisch organisierten Frauen arbeiteten vor dem Krieg in Kinderschutz- und Ferienwanderungskommissionen. Mit hellem Blick erkannten sie die Mängel der Zeit; wo die behördlichen Einrichtungen versagten, griffen sie mutig und tatbereit zur Selbsthilfe. Während des Krieges arbeiten sie allein und auch mit bürgerlichen Frauen aller Klassen und Schattierungen zusammen für das öffentliche Wohl. Mancher Fehlgriff wurde gemacht, oft war der gute Wille wertvoller als die Tat. Aber auch sehr viel anerkannt Gutes und Nützliches ist geschaffen worden. Aus den Kriegseinrichtungen der Vereine sind die Frauen in die Kriegseinrichtungen der Behörden hinübergekommen, wo sie gleichfalls tüchtig mitwirken. Zu mancher behördlichen Einrichtung hat die Frau durch praktisches Vorgehen in Vereinen Weg und Richtung gezeigt. In der Organisation der Frauenarbeitszentrale im Kriegsamt hat das Streben der Frau Ausdruck und Anerkennung gefunden. In den den Frauenarbeitsmeldestellen angegliederten Fürsorgevermittlungsstellen ist die Gelegenheit zu nützlichem Wirken im Interesse weiter Kreise erwerbstätiger Frauen gegeben.

Das Wort Fürsorge darf keinen unangenehmen Beiklang mehr haben, so als handle es sich hier um nicht ganz vollwertige Elemente, die, wenn sie schon arbeiten wollen, in ihrer Schwäche erst einer besonderen Fürsorge bedürfen. Tatsächlich muß die Frau als Arbeiterin einen besonders Schutz genießen: vollbringt sie doch als Mutter im Dienst der Menschheit auch besondere Leistungen. Darum muß manche gute Einrichtung, die während der Kriegszeit durch Frauen und mit Hilfe der Frauen geschaffen worden ist, erhalten und ausgebaut, darum muß unsere Sozialpolitik im Interesse der Frauen und unter Mitwirkung der heute schon dazu bereiten Frauen weiter ausgestaltet werden. Wir bedürfen einer Mutterschaftsversicherung, die die werdende Mutter schützt und dem Säugling die Mutter läßt. Das Problem Beruf und Mutterschaft ist auch in der Theorie noch lange nicht gelöst. So groß aber die Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit nach dem Krieg sein mag, das Streben muß darauf gerichtet sein die Mutter zum Wohl des Kindes eine ganz bestimmte, nicht zu kurze Zeit dem Erwerbsleben zu entziehen. Ich unterschreibe da vollkommen, was Edmund Fischer hier über die Erfahrungen in Säuglingsheimen sagt<sup>1)</sup>; nur mache ich die Einschränkung, daß nicht jede Mutter die geborene und erzogene Säuglingspflegerin ist. Unsere Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen bedürfen der Vermehrung und des Ausbaus; eine Pflicht für jede Mutter sich der dort geübten Kontrolle zu unterstellen wäre zu begrüßen. Es müßte ein theoretischer und praktischer Unterricht in der Säuglingspflege schon in der Jugend angestrebt werden. Die Mitarbeit der Frau bei allen diesen bereits vorhandenen und erst zu schaffenden Einrichtungen wird auf die öffentlich tätige Frau erzieherisch wirken und sie reifer, klüger und gewandter machen.

Ganz folgerichtig müssen Partei und Gewerkschaften darauf bedacht sein Frauen für die sozial- und kommunalpolitische Tätigkeit zu gewinnen und zu schulen. Hierfür dürfen Mühe und Opfer nicht gescheut werden. Sie werden nicht umsonst gebracht. Hat sich doch schon jetzt gezeigt, daß die Zahl der auf diesen Gebieten arbeitenden Frauen aus unseren Organisationen verdoppelt und verdreifacht werden könnte, sofern wir nur die genügende Zahl fähiger Genossinnen stellen können. Hierbei soll nicht verschwiegen werden, daß ja gerade das angespannte Arbeiten für den Erwerb gegenwärtig viele unserer Genossinnen an sozialer Mitarbeit hindert. Deshalb bleibt doch die Tatsache bestehen, daß uns nicht genügend vorgebildete Genossinnen zur Verfügung standen. Kurse, die die Frauen in unserm Sinn belehren und vorbereiten, wären hier am Platz. Aus der sozialen Tätigkeit unserer Genossinnen in Gemeinschaft mit der Organisation ergibt sich ein immerwährender Verkehr mit der Allgemeinheit der arbeitenden Frauen. Die einen arbeiten sich immer weiter hinein in die gewählten Pflichten und Aufgaben, die anderen lernen diese Arbeit würdigen, auch darüber nachdenken und sie beurteilen, weil diese von ihnen beobachtete Tätigkeit ja in unmittelbarer Verbindung mit ihren Bedürfnissen steht. Dieser Verkehr der sozial tätigen Genossinnen mit den Frauen, die wir für die Organisation gewonnen haben und gewinnen wollen, muß nun sehr gepflegt werden. Wir müssen hier für besondere Veranstaltungen, zu bestimmten Zwecken oder auch nur zur Geselligkeit, Sorge tragen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die sonstigen Bestrebungen der Organisationen darüber nicht vernach-

<sup>1)</sup> Siehe Fischer Tendenzen der Frauenarbeit, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 539 f.

lässigt werden. Unter kluger und taktvoller Leitung werden diese besonderen Veranstaltungen niemals zu Sonderbestrebungen werden, die dem Geist und Wesen der Organisation zuwider sind. Ihre Doppelnatur als weiblicher Mensch und als Arbeiterin schafft für die Frau eine besondere Lage im Wirtschaftsleben, ihr Denken, ihr Gefühlsleben unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von dem des Mannes. Diese geistigen Gegebenheiten muß man in der organisatorischen Behandlung der Frau berücksichtigen.

Setzt sich das Verständnis für die Vollwertigkeit der Frau als Mensch und Arbeiterin, für die Notwendigkeit ihrer Organisation und ihrer Mitarbeit bis in die kleinsten Verästelungen der Arbeiterorganisationen durch, dann findet man auch stets Mittel und Wege für eine den Bedürfnissen angepaßte und erforderliche Art der Aufklärung unter den durch die Erwerbsarbeit vorbereiteten Frauen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Max Quarck

Nacharbeit und  
Großbetrieb

Infolge der Kriegsverhältnisse und der allgemeinen Regelung der Getreide- und Brotversorgung ist man bekanntlich (nicht bloß in Deutschland sondern auch in Österreich und in der Schweiz) zur Vereinfachung der Bäckereibetriebe durch obligatorische Einführung der Tagesarbeit und gänzliches Verbot der Nacharbeit gekommen. Die Schwierigkeit, die daraus für die durchgehenden Großbetriebe (Brotfabriken und Konsumvereine) entstand, wurden nach langen Verhandlungen, die für Deutschland die Generalkommission der Gewerkschaften vermittelte, zwischen dem Zentralverband der Bäckerhilfen und dem Zentralverband der Konsumvereine beglichen. Man einigte sich im wesentlichen auf ein Verbot der Nacharbeit für 8 Stunden sowie auf eine 16stündige Arbeitszeit, so daß für die Großbetriebe die Möglichkeit einer zweimaligen Achtstundenschicht gewahrt blieb. Dabei ging der Wunsch des Gehilfenverbands besonders noch dahin, daß der Beginn der täglichen Arbeitszeit nicht auf eine allzu frühe Stunde festgesetzt werden möge. Ende Dezember 1916 einigte man sich auf 6 Uhr morgens. Diese Einigung wird jetzt wieder durch Vorgänge gefährdet, die sich bei der Zusammenlegung der Bäckereibetriebe im Anschluß an die Durchführung des deutschen Hilfsdienstgesetzes abspielen. Das Bestreben der Kriegssämer geht begreiflicherweise dahin zur Ersparung von Arbeitskräften und zur Erzielung höhe-

rer technischer Leistungen möglichst viele kleine Betriebe zu einem größern zu vereinigen. Diesen Zusammenlegungsbestrebungen stellt sich aber das Interesse der Gehilfen an möglichst kurzer Arbeitszeit und möglichst ausgiebiger Nachruhe entgegen. In den Kleinbetrieben der Bäckerei scheint sich nämlich während des Krieges außer völliger Nachruhe von mehr als 12 Stunden unter dem Einfluß des Personal mangels bei gesteigerter Bezahlung eine 9- bis 10stündige Arbeitszeit eingebürgert zu haben. Und die Gesellen des Kleinhandwerks fürchten, daß bei der Zusammenlegung der Betriebe die kleineren mit so günstigen Arbeitsverhältnissen verschwinden und dafür größere an die Stelle treten, in denen die Nachruhe auf 8 Stunden beschränkt bleibt und die Möglichkeit geschaffen wird 2 Achtstundenschichten einzuführen. Zusammen mit den Meistern der kleinen Betriebe, die ebenfalls eine stärkere Betriebszusammenlegung scheuen, weil sie in ihr eine Bedrohung ihrer selbständigen Kleinexistenz und eine Begünstigung des Groxpitals in der Bäckerei sehen, protestieren die Gehilfen landauf landab gegen eine stärkere Zusammenlegung der Bäckereibetriebe. Die außerordentliche Kraft und Zähigkeit, mit der man dabei die gewonnene Nachruhe verteidigt, auch seitens der Meister und der bisher unorganisierten Gehilfen, berührt an sich erfreulich. Man sieht, daß sich hier endlich eine soziale Erkenntnis vom kulturellen Nutzen dieses Fortschritts durchsetzte, gegen die man sich früher zu lange gesträubt hatte. Auch dagegen ist nichts einzuwenden, daß Meister und

Gesellen bei der Zusammenlegung der Betriebe von den Kriegsämtern gefragt und gehört zu werden verlangen. Bedenklicher aber wirkt es schon, daß bei allen diesen Kundgebungen eine entwicklungsfeindliche Spitze gegen den Großbetrieb mit seinem Schichtensystem und seinen fortgeschritteneren Arbeitsverhältnissen hervortritt, und daß allgemein eine längere Nachtruhe als 8 Stunden sowie ein Verbot des Arbeitsanfangs am Morgen vor 7 Uhr verlangt wird. Es scheint, daß hier die Organisationen der Beteiligten noch manche Gegensätze zwischen den Interessen der Groß- und der Kleinbetriebe und ihren Arbeitern werden ausgleichen müssen.

**Lohnzwangsregelung** Durch eine Bekanntmachung vom Mai 1917, die an Stelle derjenigen vom 4. April 1916 tritt, hat der Oberbefehlshaber in den Marken für die Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg die Lohnverhältnisse in der Kleidungs- und Wäschekonfektion dieser Bezirke neu geregelt. Er geht von der Vorschrift aus, daß die Zeitlohn- und Stücklohnsätze für die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht geringer sein dürfen als die am 1. Februar 1916 gezahlten. Zu dem danach erzielten Verdienst haben die Betriebsunternehmer respektive die Inhaber von Arbeitsstuben oder sonstige die Ausgabe der Arbeit vermittelnden Personen den Arbeitsverdienst durch Zuschüsse um ein Zehntel zu erhöhen. Die Betriebsunternehmer haben den Inhabern der Arbeitsstuben usw. als Ersatz für die verauslagten Zuschüsse einen Zuschlag von 7% zur Lohnsumme zu zahlen. Im übrigen enthält die Bekanntmachung die notwendigen Kontrollvorschriften (Lohnverzeichnisse an den Gewerbeinspektor, Aushang in den Betriebsstätten). Besondere Strafvorschriften sind nicht vorgesehen. Vielleicht erfährt man bald durch die beteiligten Arbeiterorganisationen Sichereres über die Wirkung dieser Regelung.

**Arbeiterversicherung** Die ersten kurzen Angaben über die deutsche Arbeiterversicherung im Jahr 1916 macht, wie üblich, der Ende März dieses Jahres veröffentlichte Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts. Die Unfallversicherung umfaßte rund 26 Millionen Personen in 6¼ Millionen Betrieben. Die gemeldeten Unfälle betragen 601 104, die erstmals ent- schädigten 103 367, die Gesamtausgaben

für Entschädigungen 177 Millionen Mark. Bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wurden im Berichtsjahr 414 885 Renten, fast das Doppelte des Vorjahrs, festgesetzt. Die Zahl der einmaligen Leistungen (für Heiratsfälle, Todesfälle, Unfälle, Witwen- und Waisengeld) betrug 39 136 und war nicht viel höher als im Vorjahr. Für Kriegswohlfahrtszwecke gaben die Versicherungsanstalten im Jahr 1915 20 und im Berichtsjahr 18 Millionen Mark aus. Über Umfang und Leistungen der Krankenversicherung können ziffernmäßige Angaben noch nicht gemacht werden. Nach dem Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Beitragseinnahme von 110 Millionen Mark. Beiträge wurden für insgesamt 13,5 Millionen Versicherte verbucht. Der Anteil des weiblichen Geschlechts am Neuzugang stieg im letzten Vierteljahr des Berichtsabschnitts auf 56,8% und ist mit geringen Schwankungen auf durchschnittlich 55,2% stehengeblieben. Das berechnete Durchschnittsgehalt nach den Aufnahmekarten Nummer 1, die im Jahr 1916 rund 86% aller Aufnahmekarten betragen, war im Dezember für männliche Angestellte 1559, für weibliche 825 Mark, das heißt für diese 10 Mark niedriger als im November. Die Hauptleistung ist vorläufig nur das Heilverfahren. Es wurden 24 179 Anträge gestellt und 16 804 Personen einer Heilbehandlung unterzogen, wodurch 8½ Millionen Mark Kosten entstanden. Für Beihilfe zur *Berufsumlernung* wurden nur 87 Anträge gestellt. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Angestelltenversicherung ein Vermögen von rund ½ Milliarde Mark angesammelt. Sie klagt über mangelhaften Eingang der Beiträge durch die Unternehmer und will schärfere Maßnahmen anwenden. Durch eine Bundesratsverordnung vom 6. Juli 1917 ist die Wochenhilfe der Krankenkassen auf solche Wöchnerinnen ausgedehnt worden, deren Ehemann eine Beschäftigung im Sinn des Hilfsdienstgesetzes ausübt und im letzten Jahr mindestens 6 Monate ausgeübt hat; auch für das uneheliche Kind eines im Hilfsdienst Beschäftigten ist die Fürsorge zu leisten, wenn die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist. Leider sind sehr dehnbare weitere Voraussetzungen zu erfüllen. Die Beschäftigungsart oder der Beschäftigungsort muß gewechselt worden sein, und die Einnahmen des Be-

schäftigten müssen sich infolge des Hilfsdienstes vermindert oder seine notwendigen Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Ferner darf das Jahreseinkommen des Ehepaars den Betrag von 2500 Mark, bei unverheirateten Wöchnerinnen 1500 und für jedes schon vorhandene Kind weitere 250 Mark, zusammen aber 2500 Mark nicht übersteigen. Die Entscheidung treffen die Kommissionen endgültig, die über die Familienunterstützungen im Bereich jedes Lieferungsverbands zu bestimmen haben.

Aus dem Bericht des schweizerischen Bundesamts für Sozialversicherung geht hervor, daß Ende 1916 711 anerkannte Kassen bestanden, von denen 34 % ihre Mitglieder nur für Krankengeld versicherten. Obligatorisch ist die Krankenversicherung vorläufig nur in den Kantonen Appenzell, Waadt, Zürich und Zug eingeführt, in Vorbereitung war sie in Sankt Gallen und Uri. Die Mitgliederbeiträge betragen rund 8 Millionen, die der Unternehmer  $\frac{1}{2}$  Million. An Krankengeldern wurden 7 Millionen, an Arztkosten 1 Million, an Arzneikosten  $\frac{1}{2}$  Million, an Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten  $\frac{3}{4}$  Million, an Stilggeldern nur 42 000 Franken, an Verwaltungskosten dagegen 876 000 Franken ausgegeben. Es wird über zu hohe Belastung durch die Wochenhilfe der weiblichen Mitglieder geklagt und vorgeschlagen entweder die weiblichen Beiträge oder aber die Zuschüsse des Bundes zu erhöhen, der sich bis jetzt mit 20 Franken an den Aufwendungen für Wochenhilfe beteiligt. Das Gesamtvermögen wird auf  $12\frac{1}{4}$  Millionen beziffert. Der Bericht erörtert den Plan Mittel für den Ausbau der Versicherung aus den Erträgen der Jagdgerechtigkeiten flüssig zu machen.

**Kriegspublikationen** Der Präsident des Reichsversicherungsamts Paul Kaufmann hat einen in Warschau gehaltenen Vortrag Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge? als Broschüre herausgegeben (Berlin, Vahlen). Mit der ihm eigenen Geschicklichkeit in der Darstellung der guten Seiten unserer Sozialversicherung entrollt er ein fesselndes Bild von der weitgreifenden KriegsFürsorge, die die verschiedenen Arten der Versicherung während des Krieges entfalten konnten. Die Mängel sind dabei nicht berührt, und die Lücken, die der Krieg der Sozialversicherung schlug,

nicht besonders hervorgehoben. Auch zur allgemeinen Sozialpolitik äußert sich der Verfasser sehr optimistisch; so, wenn er schonend mitteilt, der Druck der Kriegsnotwendigkeit habe es mit sich gebracht, daß die Schranken des Arbeiterschutzes für jene Personengruppen, die jetzt unsere Volkswirtschaft mittragen, in steigendem Maß von Fall zu Fall vorübergehend niedergelegt werden mußten. Dieser Feststellung läßt er einen nachdrücklichen Hinweis auf die Errungenschaften des Hilfsdienstgesetzes folgen. Er teilt mit, daß schon über 80 Beratungsstellen für Geschlechtskranke durch die Sozialversicherung errichtet worden seien, mit denen man einer planmäßigen Dauerüberwachung für einen großen Teil der Nation näher zu kommen hoffe. Dabei bleibt aber die Frage ganz unerörtert, wie dieses Ziel ohne die allgemeine Meldepflicht für Geschlechtskrankheiten und ohne eine erhebliche Einschränkung des Berufsgeheimnisses der Ärzte erreicht werden soll. Ganz zustimmen kann man dem Wunsch nach einer »weitschauenden und beharrlichen Staatskunst« für Deutschland, »die der Zeit vorangehen und kommende Notwendigkeiten rechtzeitig meistern muß; sich aber nicht erst durch den Gang der Ereignisse zwingen oder von der Zeit schleppen lassen darf«.

Anton Höfle bezeichnet in seiner Schrift Die Privatangestellten und die Kriegsbeschädigtenfürsorge (Bonn, Marcus & Weber/ die Kriegsinvalidenfürsorge als einen Teil der allgemeinen Sozialpolitik und macht die besonderen Ansprüche der Privatangestellten bei der Gehalts- und Rentenfrage geltend. Maßgebend für die Entlohnung solcher Kriegsinvaliden soll nur deren Leistung im Beruf sein; eine Anrechnung der Renten darf nicht stattfinden; bei Bemessung der Renten ist nicht nur der militärische Grad sondern auch das frühere Berufseinkommen zu berücksichtigen; die Organisationen der Angestellten sind an allen Instanzen der Fürsorge zu beteiligen. In der Frauenfrage kommt der Verfasser zu keiner gründlichen Erörterung. Er lehnt zwar die Forderung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands ab eine weitere Heranbildung der weiblichen Angestellten zu untersagen, solange der Bedarf durch bereits tätige Kräfte gedeckt werden kann, wobei er auf jede Untersuchung der Qualifikation dieser Kräfte verzichtet, kommt aber im übrigen doch nur

zur Forderung strengerer Auswahl unter den Bewerberinnen und zur Stellungnahme gegen die bekannte geschäftsmäßige Schnellausbildung weiblicher Angestellter. Gründlicher muten die vom Deutschen Technikerverband 1914 aufgestellten und in der Schrift mitgeteilten, aber nicht besprochenen Forderungen an, die auf eine völlige Gleichstellung beider Geschlechter in Vorbildung und Bezahlung hinausgehen.

**Kurze Chronik** Zwei Preisausschreiben über soziale Themata werden bekannt. Die Gesellschaft für soziale Reform schreibt Preise von 1000 bis 2000 Mark für Abhandlungen über Geschichte, Organisationen, Aufgaben, Rechte und Pflichten der Angestelltenausschüsse aus (Ablieferungstermin 31. Dezember 1917). Ferner setzt die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge einen Preis von 1000 Mark für die beste Arbeit über die Neugestaltung des deutschen Jugendrechts aus (Ablieferungstermin 1. April 1918).  $\diamond$  Der preußische Handelsminister hat unter dem 6. Juni 1917 bestimmt, daß der 3jährige Vorbereitungsdienst für Anwärter zur Gewerbeinspektion (Gewerbereferendare) für Kriegsteilnehmer um die Zeit des Kriegsdienstes, jedoch höchstens um 1 Jahr, abgekürzt werden kann. Diese Bestimmung gilt auch für Offiziere, Studenten und Schüler, die später die Laufbahn des Gewerbeaufsichtsbeamten einschlagen, und gleichgültig, ob der Vorbereitungsdienst beim Eintritt in den Kriegsdienst schon begonnen hat oder nicht. Diese Maßnahme bringt leider wieder keinerlei Erleichterung für den Eintritt praktischer Arbeiter in die preußische Gewerbeinspektion.  $\diamond$  Der Große Rat der Stadt Zürich hat am 2. Juni der Rechtsauskunftsstelle der Züricher Arbeiterschaft für 1916 und 1917 einen Beitrag von je 4000 Franken bewilligt, wobei aus den bürgerlichen Parteien der Wunsch nach Schaffung eines städtischen unentgeltlichen Rechtsbureaus für Unbemittelte, eventuell durch Übernahme der gewerkschaftlichen Rechtsauskunftsstelle durch die Stadt, geäußert wurde.  $\diamond$  Die Gewerkschaftszentralen Frankreichs und Spaniens haben Ende Oktober 1916 ein Abkommen, das erst jetzt bekannt wird, zur Kontrolle der spanischen Einwanderung in Frankreich getroffen. Die Union der spanischen Arbeiter soll als Vermittler für die Anwerbung von Arbeitern in Spanien dienen. Die französische

Regierung will den einwandernden Arbeitern alle Sicherheiten für den Schutz ihrer gewerkschaftlichen Freiheit, ihrer öffentlichen und privaten Ansprüche geben und dafür bürgen, daß sie die selben Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten wie die französischen Arbeiter. Zu diesem Zweck werden 2 Bureaus, das eine in San Sebastian und das andere im Hafen Bou errichtet. Voraussetzung ist, daß sich jeder Einwanderer einer gewerkschaftlichen Organisation anschließt.  $\diamond$  Die Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten sind durch die Kriegskonjunktur enorm gestiegen. So beträgt nach den Engineering News in Detroit der niedrigste Tageslohn 2,50 bis 3 Dollar, was etwa 14 bis 15 Mark entspricht, und die Fordautomobilwerke zahlen sogar als Mindesttagelohn für Arbeiterinnen und ungelernete jugendliche Arbeiter 5 Dollar, was einem Monatseinkommen von 720 Mark entspricht. Selbst in Anbetracht der Kosten für den Lebensunterhalt, die viel höher geworden sind, ist diese Lohnsteigerung noch ganz gewaltig.

#### Literatur

In seiner Schrift Beseitigung der Angestelltenversicherung /Berlin, A. Winter/ glaubt Hans Blankenstein vor den Plänen warnen zu müssen, die seiner Meinung nach sehr unzeitgemäß mitten im Krieg auf eine Zusammenlegung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung gehen. Er meint, damit solle lediglich die finanzielle Notlage der Invalidenversicherung aufgebessert werden, behauptet, für die Reichsfinanzen ließen sich dadurch keinerlei Ersparnisse erzielen und den Angestellten würden gesetzlich erworbene Rechte genommen werden. Man kann dem Verfasser zugeben, daß die besondere Einrichtung der Angestelltenversicherung einstweilen gewissen sozialen Eigentümlichkeiten der deutschen Angestelltenverhältnisse entspricht und daß die Sorge um eine Vereinheitlichung der deutschen Versicherungsgesetzgebung nicht einmal eine solche der Übergangszeit aus dem Krieg zum Frieden sondern wahrscheinlich erst späterer Tage sein werde.

#### Nationale Bewegung / Ludwig Quessel

Deutsch-österreichischer Von den 51 Millionen Einwohnern der österreichisch-ungarischen Monarchie entfallen auf das deutschsprachige Element

nach der Zählung von 1910 rund 12 Millionen. Nicht ganz 10 Millionen von ihnen haben ihre Heimat in Österreich. Schon aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich, daß die Deutschen, die von der Bevölkerung der Gesamtmonarchie nur etwas mehr als ein Fünftel und von der Bevölkerung Österreichs auch nur etwas mehr als ein Drittel ausmachen, nicht den Anspruch erheben können die Donaumonarchie zu einem vorwiegend deutschen Staatswesen zu gestalten. Dazu reicht ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nicht aus. Gleichwohl können die Deutschen eine Reihe von Gründen anführen, die sie unter den anderen Völkern zu einer Führerrolle berufen erscheinen lassen. Abgesehen davon, daß die Deutschen die numerisch stärkste Nation der Gesamtmonarchie sind, ist es ein Faktum, daß die deutschen Gebiete zu den wirtschaftlich und kulturell entwickeltesten Österreichs gehören und deshalb auch zu den gemeinsamen Leistungen des Staates relativ am meisten beitragen. Auch militärisch haben die Deutschen in diesem Krieg sehr viel leisten müssen, so daß ihr Anspruch nicht als Anmaßung erscheinen kann sondern auch abgesehen von der historischen Stellung des Deutschtums in Österreich als Gründer des Reichs, als Städtebauer und Rechtsschöpfer schon in den tatsächlich bestehenden Verhältnissen begründet erscheint. Dagegen fehlte es bei den Deutschen bisher an einem einheitlichen nationalen Willen, da es unmöglich war die verschiedenen deutschen Parteien für Nationalitätsfragen auf ein einheitliches Programm zu einigen. Der Krieg, der die Gefahr heraufbeschwor, daß die deutsche Nation schließlich jeden Einfluß auf die Geschichte des Gesamtstaates verlieren könnte, hat hierin einen Wandel geschaffen. Nach langen Beratungen haben sich im Januar 1917 die bürgerlichen Deutschen im gemeinsamen Vollzugsausschuß des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung ein nationales Organ geschaffen, das den anderen Nationalitäten gegenüber die Rechte und Forderungen der Deutschen zur Geltung bringen soll.

Dem neu geschaffenen Vollzugsausschuß haben die bürgerlichen Deutschen Richtlinien für die nationale Aktion angedeben. Er soll dafür sorgen, daß die deutschen Landesteile (Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol und das deutsche Sprachgebiet in Böhmen) dem Deutschtum er-

halten bleiben. Die deutschen Minderheiten in allen anderen Kronländern sollen in ihrer nationalkulturellen Eigenart geschützt werden. Für den Verkehr der österreichischen Behörden unter einander soll Deutsch als Amtssprache bestehen bleiben. In der Hauptsache ist das nationale Programm der bürgerlichen Deutschen defensiver Natur, mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft gerichtet. Nicht zum wenigsten resultiert die schwierige Stellung der Deutschen in Österreich auch daraus, daß sie sich keinen zuverlässigen Bundesgenossen unter den Nationen zu werben verstanden haben. Wie die Dinge in der Gesamtmonarchie liegen, kann die deutsche Nation von den anderen Nationen wohl als Führer, aber nicht als alleiniger Führer des Gesamtstaats auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet anerkannt werden. Als zuverlässige innere Bundesgenossen der Deutschen können aber diejenigen Nationen, deren nationale Aspirationen über das Territorium der Gesamtmonarchie hinausgreifen, schwerlich angesehen werden. Am wenigsten eignen sich hierzu wohl die Polen, einmal wegen ihrer geringen Zahl, die sich in der Gesamtmonarchie auf noch nicht 5 Millionen beläuft, und ferner deshalb, weil sie als Angehörige eines großen Volkes ihre Blicke naturgemäß nach Warschau, der historischen Hauptstadt des Polentums, gerichtet halten. Da sie seit kaum 4 Generationen zum Reich gehören, kann das Zusammengehörigkeitsgefühl bei ihnen immer nur in Zweckmäßigkeitgedanken wurzeln. Ähnlich wie bei den Polen liegen die Dinge bei den Südslawen. Auch wenn die Deutschen für den Trialismus, das heißt für eine Zusammenfassung der südslawischen Gebiete zu einem eigenen Staatskörper innerhalb der Monarchie, der als dritter an Österreich und Ungarn angeschlossen würde, sich einsetzen sollten, könnten sie damit immer nur ein Großserbien gegenüber dem Kleinserbien auf dem Balkan schaffen, die beide mit Naturgewalt zur Einheit auf diesem oder jenem Weg streben müßten. Ebenso können die Ruthenen, deren Zahl sich auf rund 4 Millionen beläuft, nicht als diejenige Nationalität bezeichnet werden, die als Bundesgenosse des Deutschtums in Frage kommen könnte. Es genügt daran zu erinnern, daß ein Teil der Deutschen in Österreich es sogar im Interesse eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland sehr gern sehen würde, wenn man, natürlich gegen Kompensationen, die

österreichischen Polen und Ruthenen (Ukrainer), territorial also Galizien, den Russen überlassen könnte, weil die nationalen Aspirationen beider Nationen nach dem großen Reich des Ostens hinweisen. Am wenigsten können für eine Bundesgenossenschaft natürlich die 3 Millionen Rumänen in Ungarn in Frage kommen, die dem magyarischen Staat eingegliedert sind. Von allen Nationen der Gesamtmonarchie kommen als dauernde Bundesgenossen für das Deutschtum im Sinn einer gemeinsamen Führung der Gesamtmonarchie deshalb nur die Magyaren und die Tschechen in Frage, deren nationale Forderungen restlos im Rahmen der Gesamtmonarchie erfüllt werden können, weil alle Angehörigen beider Nationen in Österreich-Ungarn leben. Als innere Bundesgenossen der Deutschen für Österreich im engeren Sinn kommen die Magyaren aber nicht in Betracht, weil sie sich in Ungarn einen eigenen Staat gegründet haben. Mithin bleiben nur die Tschechen übrig. Unglücklicherweise ist aber der nationale Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen, obwohl sie sich kulturell sehr nahe stehen, besonders groß; allerdings, wie es dem Außenstehenden scheinen könnte, lediglich wegen schwerer politischer Fehler auf beiden Seiten, aus denen bisher aber nur die Polen Nutzen gezogen haben. Freilich, wie die Ansprüche der Südslawen (Kroaten, Serben, Slowenen), so können auch die der Slawen des Nordens (Tschechen und Slowaken) nur durch eine innere Umgestaltung der Gesamtmonarchie von Grund aus erfüllt werden. Ob hierzu bei den in erster Linie beteiligten Nationen die ausreichende Kraft und Einsicht vorhanden ist, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist sicher, daß nichts so sehr zur innern und äußern Konsolidierung Österreichs beitragen könnte wie ein tschechisch-deutscher Ausgleich zu dem Zweck der gemeinsamen Führung der im Reichsrat vereinigten Nationalitäten, die allen Völkern die nationalkulturelle Gleichberechtigung und dem Staat die demokratische Entwicklung sichern könnte; wozu auf beiden Seiten im Grunde nur die Bereitwilligkeit vorhanden sein müßte im Interesse des hohen Ziels in nationalen Nebendingen der andern Nation Zugeständnisse zu machen.

die nationale Bewegung von Wichtigkeit zu registrieren: In der Erklärung des Tschechischen Verbandes wird Klage darüber geführt, daß die dualistische Form der österreichisch-ungarischen Monarchie »herrschende und unterdrückte Völker geschaffen« habe und deshalb »im Interesse des ganzen Reiches sowie der Dynastie die Umgestaltung der Habsburg-Lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten Nationalstaaten unbedingt notwendig sei«. Die Umgestaltung der Monarchie in einen national gegliederten Bundesstaat wünscht sich der Tschechische Verband in der Weise, daß alle Stämme des tschechisch-slawischen Volkes, also nicht nur die in Böhmen und Mähren wohnenden 6,4 Millionen Tschechen, sondern auch die im Norden Ungarns ansässigen 2 Millionen Slowaken, ein den Tschechen nahe verwandter Volksstamm, in einem Nationalstaat vereinigt werden. Begründet wird die Forderung mit dem »natürlichen Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung«, das auch noch »historisch durch Staatsakte« bekräftigt sei. Was die historisch-staatsrechtliche Begründung der tschechischen Forderungen betrifft, so ist zu bemerken, daß bisher in den nationalpolitischen Kämpfen wie in der wissenschaftlichen Literatur von den Tschechen die Auffassung vertreten worden ist, die gegenwärtige Gestaltung des böhmischen Reichs als Provinzen Österreichs sei rechtswidrig. Die Kronländer Böhmen und Mähren müßten vielmehr als selbständiger böhmischer Staat angesehen werden, der 1526, als die böhmische Königskrone an das Haus Habsburg kam, lediglich in Personalunion zu Österreich getreten sei. Es ist hervorzuheben, daß die Forderung der Vereinigung Böhmens und Mährens mit den slowakischen Gebieten Ungarns zum erstmaligen von den Tschechen in der Volksvertretung erhoben worden ist. Der nationale Kampf der Tschechen hat also insoweit eine bedeutungsvolle Änderung erfahren, als er sich jetzt mit Nachdruck gegen das dualistische Gefüge der Monarchie wendet und die Realunion zwischen Österreich und Ungarn durch einen Bundesstaat beseitigt sehen will, der sich aus gleichberechtigten Nationalstaaten zusammensetzen soll. Im Grunde geben die Tschechen damit ihre frühere Forderung, nach der Böhmen und Mähren ein selbständiger, nur durch die Person des Monarchen ganz lose mit Österreich und Ungarn verbundener Staat werden sollte, auf und erklären in

**Tschechen** Von den Vorgängen in Österreich, die mit der Eröffnung des Reichsrats in Beziehung stehen, sind folgende als für

enger bundesstaatlicher Gemeinschaft mit den übrigen Völkern Österreich-Ungarns leben zu wollen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der slowakische Norden Ungarns mit Böhmen und Mähren vereinigt wird. Das neue nationale Aktionsprogramm der Tschechen stellt demnach teils eine Einschränkung teils eine Erweiterung ihrer nationalen Ansprüche dar.

Über die Verwirklichung der tschechisch-slowakischen Ansprüche ist zu sagen, daß, wenn die politischen Hindernisse überwunden werden könnten, die Vereinigung aller von Tschechen und Slowaken bewohnten Gebiete Österreichs und Ungarns an und für sich möglich wäre. Böhmen ist zwar von Tschechen und Deutschen besiedelt. Doch handelt es sich hier um territorial gesonderte, fast völlig von einander abgeschlossene Sprachgebiete, da im tschechischen Sprachgebiet nach der Volkszählung von 1910 nur 38 000 Deutsche und andererseits im deutschen Sprachgebiet nur 56 000 Tschechen zu finden sind. Auch in Mähren und Nordungarn weisen die tschechisch-slowakischen Sprachgebiete eine ziemliche Geschlossenheit auf, so daß die territoriale Abgrenzung der Tschechen und Slowaken einerseits von den Deutschen und andererseits von den Magyaren auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen würde. Um so größer sind freilich die Schwierigkeiten politischer Natur, auf die hier jedoch nicht eingegangen werden kann.

Kurz zu registrieren ist jedoch, daß der überraschende Amnestieerlaß vom 2. Juli den Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen weiter verschärft hat. Er gab einer außerordentlichen Vollversammlung des Deutschen Volksrats, die am 15. Juli in Prag stattfand, Veranlassung der gegenwärtigen Regierung wegen ihrer Haltung gegenüber den Tschechen, insbesondere wegen des Gnadenerlasses, schärfstes Mißtrauen entgegenzubringen und ein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht Deutsch Böhmens im Rahmen des österreichischen Einheitsstaats unter Festlegung der deutschen Staatsprache und demgemäß Schaffung eines national abgegrenzten Verwaltungsgebiets als Provinz Deutsch Böhmen mit eigenem Landtag zu verlangen. Einem wie immer gearteten tschechischen Staatswesen würden die Deutschen sich niemals unterordnen. »Wir sind«, endet die Resolution, »entschlossen unsere Forderungen mit allen Mitteln zu erkämpfen.« Auf der andern Seite haben

die Tschechen der gegenwärtigen Regierung trotz der Begnadigung ihrer Führer ihr Mißtrauen dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie sich gegen die Verfassungsreform, die dem parlamentarischen Regime in Österreich freie Bahn schaffen soll, im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt aussprachen und die innere Umgestaltung Österreichs von der Friedenskonferenz erwarten. Die Haltung der Tschechen (und Polen) hat die Parlamentarisierung in Österreich vorläufig unmöglich gemacht, da diese Nationalitäten die innere Umgestaltung Österreichs im Sinn der Entente erwarten. Nichtsdestoweniger bleibt das, was Genosse Otto Bauer über die Stellung der Tschechen zum österreichischen Staat geschrieben hat, zu Recht bestehen: daß nämlich ein selbständiger tschechischer Staat zu schwach wäre, um den Tschechen »ihr nationales Dasein und ihre materiellen Interessen wirksam sichern zu können; sie wären in jedem andern Staatswesen schwächer als sie in dem völkerreichen Österreich sind, in dem keine Nation über die andere herrschen kann; sie brauchen daher den Bestand der Monarchie.«

**Südslawen** Wie die Tschechen und Slowaken so erheben auch die südslawischen Stämme Österreichs und Ungarns den Ruf nach Errichtung eines Nationalstaats. Der Südslawische Klub, der am Vorabend der Eröffnung des Reichsrats entstanden ist, fordert in seiner »staatsrechtlichen Verwahrung« nichts geringeres als »die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen . . . Staatskörper unter dem Zepter der Habsburg-Lothringischen Dynastie«. Im Gegensatz zu den Tschechen und Slowaken bringen die Südslawen nicht den Wunsch zum Ausdruck, daß sich die österreichisch-ungarische Realunion in einen national gegliederten Bundesstaat umwandeln möge, sie vertreten vielmehr das Prinzip des Trialismus. Zu Österreich und Ungarn soll als dritter gleichberechtigter Staat ein neues südslawisches Staatswesen, gebildet aus den Gebieten Istrien, Krain, Kroatien und Slavonien, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina, treten. Der Bevölkerungszahl nach würde dieses aus österreichischen und ungarischen Gebieten zu bildende Staatswesen 5,5 Millionen Kroaten und Serben und 1,3 Millionen Slowenen umfassen, die territorial ziemlich von den

anderen Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie abgesehen, die angegebenen Gebiete bewohnen. Die Eigenart aller politischen Probleme Österreich-Ungarns, daß fast alle innenpolitischen Fragen auch außenpolitische sind, tritt uns in der staatsrechtlichen Verwahrung der Südslawen greifbar entgegen. Denn einem solchen habsburgischen Großserbien mit rund 7 Millionen Einwohnern, von der Größe Süddeutschlands und des Königreichs Sachsen, wie es der Südslawische Klub erstrebt, würde auf dem Balkan ein Kleinserbien von der Größe Bayerns mit zirka 4 Millionen Einwohnern gegenüberstehen. Daß das Nebeneinanderbestehen zweier selbständiger Serbenstaaten, die vereinigt für südeuropäische Verhältnisse als Großmacht auftreten könnten, ein Dauerzustand sein könnte, ist wohl angesichts der starken panserbischen Bewegung, die nach dem Krieg gewiß nicht aufhören wird, kaum anzunehmen. Zweifellos wird der Südslawische Klub, als er sein Aktionsprogramm formulierte, sich auch vollkommen bewußt gewesen sein, daß seine staatsrechtliche Verwahrung nicht nur eine innenpolitische Kundgebung sondern auch ein Kriegsdokument ist, das er bei den Friedensverhandlungen wahrscheinlich zur Geltung bringen will.

**Polen und Ruthenen** Wie die Tschechen und die Südslawen so laufen auch die Polen Sturm gegen die heutige Staatsform Österreich-Ungarns. Sie verlangen die Vereinigung aller Polen, wobei sie es offenlassen, ob dies im Rahmen der habsburgischen Monarchie geschehen kann. Zu beachten ist, daß die in Krakau am 27. Mai formulierten Ansprüche der Polen vor allem den internationalen Charakter der polnischen Frage hervorheben. Von 3 Seiten her (Tschechen, Polen, Südslawen) ist im Reichsrat also der Kampf gegen den Dualismus zum Programm erhoben worden. Man kann sich des Eindrucks nicht entziehen, daß der Krieg die Polen der Donaumonarchie nicht näher gebracht sondern eher geistig entfremdet hat. In offenem Kampf gegen die Polen in Galizien stehen die Ruthenen, die, fast die Hälfte der galizischen Bevölkerung bildend, mit Juden und Deutschen untermischt, Ostgalizien bewohnen. Sie widerstreben durchaus der Vereinigung mit Polen. Für die Ruthenen kommt der Nachteil, daß das von ihnen bewohnte Galizien keinen besondern Verwaltungskörper bildet, gerade jetzt erst recht zur Geltung. Durch die Unduldsamkeit der

herrschenden Polenkreise hat sich die Lage der Ruthenen während des Krieges besonders schwierig gestaltet. Die Kluft zwischen Polen und Ruthenen ist durch den Krieg unüberbrückbar geworden, da die ruthenischen Ansprüche auf nationale Autonomie für die Polen den Verlust Ostgaliziens nach sich ziehen müßten. Andererseits begreift man sehr wohl die ruthenischen Proteste gegen eine erweiterte Autonomie Galiziens, zumal ohne Schutz ihrer nationalen Minorität.

**Magyaren** Von allen Völkern der Donaumonarchie waren im letzten halben Jahrhundert die Magyaren am meisten vom Glück begünstigt. Obwohl noch nicht 10 Millionen Seelen zählend, herrschten sie fast unbeschränkt über die 11 Millionen Slawen, Rumänen, Deutsche und Juden, die in Ungarn zu finden sind. Nachdem der Versuch Rumäniens das zum Teil von Rumänen besiedelte ungarische Gebiet bis zur Theißlinie zu erobern im vorigen Jahr so kläglich scheiterte, schien es, als ob die Herrschaft der Magyaren in Ungarn auf unabsehbare Zeit gesichert sei. Jetzt aber melden sich die Gegner der magyarischen Herrschaft sowohl innerhalb wie außerhalb Ungarns zu Wort. Wie die Tschechen von den Magyaren die Herausgabe des slowakischen Nordens so fordern von ihnen die Südslawen die Zurückgabe des slawischen Südens. Im Innern aber macht sich das Begehren nach nationalkultureller Geltung bei den ungarländischen Slawen, Rumänen, Deutschen und Juden als Wahlrechtsforderung geltend. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Ungarn ist nämlich seinem Wesen nach etwas ganz anderes als der Kampf um das Wahlrecht in Preußen. Hier handelt es sich nicht nur um die politische Gleichberechtigung der Klassen sondern auch um die öffentlichrechtliche Gleichstellung der Nationen. Gerade dieser Umstand ist es, der der ungarischen Wahlrechtsfrage eine so schicksalsschwere Bedeutung gibt, und zwar nicht nur für die Magyaren selbst sondern auch für die mit Ungarn verbündeten Völker. Während Tschechen und Serben von außen sich gegen den Staat der Magyaren wenden, bedeutet der Versuch das allgemeine Wahlrecht in Ungarn zur Geltung zu bringen die Einführung der nichtmagyarischen Nationalitäten in das politische Leben, was notwendigerweise eine Erschütterung der Alleinherrschaft der magyarischen Nation im Staat nach sich ziehen muß.

Von dem Augenblick an, wo die nicht-magyarischen Nationalitäten politische Geltung erlangen, muß Ungarn auch äußerlich sichtbar das werden, was es im Grunde immer schon war: nämlich ein Nationalitätenstaat mit all den innen- und außenpolitischen Problemen, mit denen Österreich so schwer zu ringen hat, seitdem die Tschechen und Südslawen zum nationalen Bewußtsein erwacht sind.

#### Zionismus

Wie hier in der Rundschau Sozialistische Bewegung (in diesem Band, Seite 700) bereits kurz mitgeteilt wurde, ist das Verbandsbureau der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei Poale Zion zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz aufgefordert worden. Es klingt seltsam, ist aber nichtsdestoweniger wahr, daß die sozialistische Internationale, die Letten, Finnländer und andere kleine, nur wenige Millionen zählende Volksstämme bereitwillig als Nationen anerkannte, die 10 Millionen Ostjuden immer nur als Anhängsel anderer Völker gelten lassen wollte, obwohl gerade sie die stärkste nationale Eigenart aufweisen. Erklärlich wird diese Haltung der Internationale freilich durch die Stellungnahme der Sozialisten jüdischer Nationalität, die, in Nationalitätsfragen noch ganz unter dem Einfluß der allerdings von hohen humanitären Idealen erfüllten Aufklärung stehend, in der Anerkennung ihrer Nationalität so etwas wie einen Rückfall in überwundenen Aberglauben sahen. Unter der Einwirkung der russischen Revolution, an der die jüdische Jugend kühn und selbstsicher, ihres Wertes sich bewußt, als Nation teilnahm, und aus der sie die Anerkennung als gleichberechtigte Nation heimtrug, war die alte Fiktion der Aufklärung, daß der Jude ein Allerweltsbürger ohne eigene nationale Physiognomie sei, freilich nicht mehr aufrechtzuerhalten. Sie mußte auch aus dem Grunde fallen, weil Amerika und die Entente, allerdings zu selbstsichtigen Zwecken, den Zionismus offiziell als den Ausdruck der nationalen Bestrebungen des Judentums anerkannt haben. Es ging daher wirklich nicht mehr an, daß die Internationale ein von fast allen Regierungen als Nation anerkanntes Volk, dessen Geschichte und Kultur auf Jahrtausende zurückblicken, einfach als national nicht existierend ansah.

In diesem Zusammenhang sei übrigens auch auf die sehr verständigen Äußerungen des französischen sozialistischen

Munitionsministers Albert Thomas verwiesen, der einem Korrespondenten der New Yorker Wahrheit gegenüber erklärte, daß er »die Schaffung eines jüdischen Zentrums in Palästina für das jüdische Volk als eine zwingende Notwendigkeit« ansehe, obwohl er nicht glaube, daß »die Gründung eines Judenstaates in Palästina in sich die gesamte Lösung der Judenfrage trägt«. Es mag bemerkt werden, daß natürlich auch die Zionisten in der Errichtung eines nationalen Zentrums der Judenheit in Palästina nur die Lösung eines Teils der vielgestaltigen Judenfrage sehen; allerdings gerade desjenigen, der für sie die größte ideelle Bedeutung und Tragweite hat.

**Kurze Chronik** In der Antwort der Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf die vom Stockholmer Ausschuß gestellten Fragen wird für diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen, bemerkt: »Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei anderen fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren... Autonomie der Nationalitäten: Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren weitherzigste Einräumung eintreten.«  $\diamond$  Der ukrainische Nationalkongreß, der Ende April unter Vorsitz Hruschewskijs in Kiew stattfand, fordert für das ukrainische Volk nationale kulturelle Autonomie, den Aufbau des neuen Rußlands als Bundesstaat und verspricht seinerseits die volle Sicherstellung der nationalen Rechte der in der Ukraine wohnenden Minoritäten. Die Beziehungen der Ukrainer zu den anderen Nationen gestalteten sich auf dem Kongreß sehr herzlich. Die Zeitschrift Polen berichtet darüber: »Die Vertreter der Russen und Juden wurden von Hruschewskij auf beide Wangen geküßt, dem Repräsentanten des polnischen Komitees blieb diese Zeremonie erspart.«  $\diamond$  In Kiew fand auch ein jüdischer Kongreß statt, auf dem 8 russische Provinzen mit einer Bevölkerung von 2 Millionen Juden durch

369 Delegierte vertreten waren. Mit 333 gegen 36 Stimmen wurde beschlossen einen Kongreß aller Juden Rußlands einzuberufen, der folgende Forderungen für die Friedenskonferenz stellen soll: bürgerliche und politische Rechtsgleichheit der Juden in allen Ländern und Stiftung eines autonomen Zentrums für das jüdische Volk in Palästina. ◊ In Odessa wurde Mitte Juni der in deutscher Sprache geführte allrussische Kongreß der russischen Staatsbürger deutscher Nationalität abgehalten. 15 000 Teilnehmer aus Südrußland, der Krim, dem Wolgagebiet und anderen Gegenden des Reiches waren anwesend. Unter den Teilnehmern bemerkte man zahlreiche Pfarrer, deutsche Dumaabgeordnete und Soldaten. Im ganzen repräsentierte der Kongreß mehr als 3 Millionen Deutschen. Der Kongreß nahm eine Resolution an, worin die Deutschen aufgefordert werden der provisorischen Regierung zu gehorchen und sie zu unterstützen. An die Regierung und an die russischen sozialistischen Organisationen wurden Sympathiekundgebungen übermittelt.

## WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seligmann

**Erkenntnis-  
theorie**

Die Frage nach den Grenzen der Erkenntnis lautet der Titel einer kleinen Schrift Max Verworns /Jena, Gustav Fischer/. Diese Frage, die den philosophischen Forscher vor eine der verantwortlichsten und verwickeltesten Aufgaben der Erkenntnistheorie stellt, wird hier von einem hervorragenden Naturwissenschaftler behandelt, der an die Erforschung seines Gegenstands mit den präzisen Methoden des naturwissenschaftlichen Denkens herantritt und nichts gelten lassen will, was sich faktisch nicht feststellen läßt und über den Bereich konstatierbarer Tatsachen hinausgeht. Die Schrift gewinnt auf diese Weise ein doppeltes Interesse. Welches ist das Ergebnis, zu dem der Forscher am Schluß seiner Betrachtungen gelangt, und welches sind die Wege, die diesen Forscher zu dem erzielten Ergebnis geführt haben? Der Verfasser steht ganz auf dem psychologistischen Boden jener positivistischen und auch empiriekritischen Denker, die, von der Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit aller Erfahrung ausgehend, im Akt des Erkennens nur einen solchen der Beziehung erblicken: einen Akt der Beziehung zwi-

schen dem erkennenden Subjekt, und den Bestandteilen seiner Umgebung: »Die Welt ist einheitlich, nicht doppelt, und wir sind ein Bestandteil derselben wie andere auch. Infolgedessen können wir auch mit allen anderen Bestandteilen in Beziehung treten, wie die anderen Bestandteile unter sich in Beziehung treten, nach gleicher Gesetzmäßigkeit. Unsere Empfindungen sind das Ergebnis solcher Beziehungen zwischen uns und anderen Dingen, ebenso wie andere Vorgänge das Ergebnis von Beziehungen zwischen Dingen der Außenwelt unter einander sind, und so besteht hier auch keine Grenze für unser Erkennen.« Und an einer andern Stelle: »Ich erkenne ein Ding heißt . . . es stellt sich zwischen meinem Ich und dem betreffenden Ding ein solcher Beziehungskomplex her, daß Empfindungen, Vorstellungen, Gedankengänge entstehen.« Durch diese Ausführungen ist der Standpunkt des Verfassers in der Frage des Erkennens eindeutig bestimmt und vollständig erschöpft. Es ist dies ein Standpunkt, der jedem einigermaßen philosophisch orientierten Leser sattsam bekannt sein dürfte (Mach, Avenarius, Ziehen, Schubert-Soldern und andere). Von weit größerem Interesse sind die Wege, die Verworn zu seinen philosophischen Anschauungen, insbesondere zu der Annahme einer grundsätzlichen Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Erfahrung führen; denn sie können in der Tat als ein bemerkenswerter Beitrag zur Psychologie des naturwissenschaftlichen Denkens dienen. Der Verfasser, der, wie gesagt, auf einem streng monistischen Standpunkt steht, sucht mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln einen Einwand zu entkräften, der in hohem Grad dazu angetan ist die ganze Unhaltbarkeit der monistischen Auffassung an den Tag zu legen: »Man denkt immer, man müßte die Empfindung, die der andere hat, etwa die Empfindung des Schmerzes bei einem Nadelstich, selbst haben, wenn man, während sie bei ihm besteht, in seine Ganglienzellen hineinschauen könnte. Da man aber überzeugt ist, daß man unter solchen Umständen den Schmerz des andern nicht selbst empfinden würde, so schließt man daraus: seine Empfindung ist sinnlich nicht wahrnehmbar. Welche groteske Idee! Man läßt dabei . . . völlig den Fundamentalsatz des wissenschaftlichen Konditionismus außer acht, der in seiner lapidaren Einfachheit lautet: Ein Vorgang

oder Zustand ist eindeutig bestimmt durch die Summe seiner sämtlichen Bedingungen. Also doch nur, wo gleiche Bedingungen sind, kann Gleiches resultieren, wo ungleiche Bedingungen sind, ergibt sich auch Ungleiches. Wie kann ich also die selbe Schmerzempfindung haben, die ein anderer hat, wenn er sich mit einer Nadel sticht, obwohl doch bei mir ein ganz anderer Bedingungskomplex realisiert ist, während ich sein Gehirn ansehe! Selbstverständlich muß ich eine ganz andere Empfindung haben als er. Ich könnte ja nur die selbe Schmerzempfindung haben, wenn bei mir der gleiche Bedingungskomplex hergestellt wäre wie bei ihm, das heißt wenn ich mich selbst mit einer Nadel stäche. So aber kann ich, während ich sein Gehirn betrachte, doch nur die Gesichtsempfindung seines Gehirns erhalten.« Diese Ausführungen scheinen mir von hohem Interesse zu sein, weil sie uns klar zeigen, wie leicht das naturwissenschaftliche Denken in philosophischen und erkenntnistheoretischen Fragen geneigt ist die Aufzeigung und Konstatierung der ein Problem ausmachenden Elemente bereits für die Lösung des Problems und das faktisch Gegebene für den Erklärungsgrund zu halten: Ich kann also selbstverständlich nicht die mit diesem Nadelstich verbundene Schmerzempfindung haben, weil ich selber doch nicht mit der Nadel gestochen werde. Warum werde ich aber aller jener nervösen Prozesse habhaft, die mit der Empfindung des Nadelstichs unlöslich verknüpft sind, und die mit dieser Empfindung einen einzigen einheitlichen Vorgang bilden, obgleich ich dabei von der Nadel unberührt bleibe? Weil bei mir ein die Gesichtsempfindung ermöglichender Bedingungskomplex realisiert ist, antwortet Verworn. Daß ich, der ich die Vorgänge im Gehirn meines Nachbarn beobachte, unter einem ganz andern Bedingungskomplex stehe als er, der Nadelgestochene, ist vollkommen richtig. Aber gerade darin steckt ja das Problem. In meinem Gehirn, das sich unter ganz andern Umständen als das meines nadelgestochenen Nachbarn befindet, spielen sich natürlich auch die durch den Nadelstich verursachten Bewegungserscheinungen ebensowenig wie die durch diesen Nadelstich hervorgerufene Erscheinung des Schmerzes ab. Aber während ich die einen in der Gestalt der Gesichtsempfindung gewissermaßen miterlebe, erhalte und erfahre ich von

der andern absolut nichts. Der im Gehirn meines Nachbarn durch den Nadelstich verursachten nervösen Vorgänge werde ich auf eine gewisse, wenn auch vielleicht symbolische Weise inne, des durch den Nadelstich verursachten Vorgangs des Schmerzes nicht. Und wenn Verworn sagt: »Ich könnte ja nur die selbe Schmerzempfindung haben, wie er [der mit der Nadel sich Stechende] . . . wenn ich mich selbst mit einer Nadel stäche; so aber kann ich, wenn ich sein Gehirn betrachte, doch nur die Gesichtsempfindung seines Gehirns erhalten«, so formuliert er nur, ohne es selber zu ahnen, das in Frage kommende Moment, denn er gibt zu, daß, während es einerseits vollständig genügt sich in einer bestimmten Entfernung von dem andern zu befinden und unter einer gewissen Beleuchtung zu stehen, um aller der Erscheinungen gewissermaßen inne werden zu können, die sich bei einem Nadelstich an seinem Leib in seinem Gehirn abspielen, diese Bedingungen keineswegs ausreichen, um auch die Erscheinung des Schmerzes in einer gewissen, der Gesichtsempfindung entsprechenden Gestalt zu erhalten. Und gerade der philosophische oder naturwissenschaftliche Monist wird sich bei einiger Aufmerksamkeit dem Problematischen dieser Situation kaum entziehen können. Dem philosophischen Monisten ist das materielle Partikelchen in seiner Bewegung nichts anderes als eine Tast- und Gesichtsempfindung, oder auch ein Tast- und Gesichtselement. Dem naturwissenschaftlichen Monisten ist die Empfindung im Gegenteil nichts anderes als ein materielles Gehirnpartikelchen in seiner Bewegung. Beide haben es mit einander gleichwertigen Elementen und Komplexen von solchen zu tun, und für beide stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Ich, der ich nur einen Komplex von organisierten materiellen Elementen bilde, befinde mich an einer bestimmten Stelle im Raum, die durch A bezeichnet sei, und habe einen andern mir gleichartigen Komplex von organisierten materiellen Elementen vor mir, der sich an einer andern Stelle des Raumes befindet, die durch B bezeichnet sei. Diesem andern Komplex nun wird ein Nadelstich beigebracht, der eine gewisse Veränderung innerhalb des ersten nach sich zieht: gewisse Verschiebungen in den Partikelchen der Ganglienzellen, verbunden mit einer Empfindung des Schmerzes. Diese nervösen Verschiebungen innerhalb der Ganglien-

zellen treten durch die Vermittlung der Lichtwellen in Beziehung zu meinem Gesichtorgan, das sich an der bestimmten Stelle *B* im Raum befindet, und lösen in ihm Bewegungen aus, die nichts anderes als eben meine »Gesichtsempfindung« des Gehirns des andern sind. Die Schmerzempfindung des andern jedoch, die vorausgesetztermaßen, der Theorie zufolge, von der gleichen Natur wie die verschobenen Partikelchen in den Ganglienzellen sein soll, erweist sich als vollständig unfähig mitgeteilt und bis an die Stelle *B* im Raum fortgepflanzt zu werden, wo sich mein Organismus befindet. Weshalb denn? Dem philosophischen Begründer des empirio-kritischen Monismus, Avenarius, mochten derartige Bedenken vorgeschwebt haben, als er »Gefühl« im Gegensatz zur »Empfindung« nicht als »Element« sondern als »Charakter« bezeichnet wissen wollte. Eine Änderung des Ausdrucks ändert freilich nichts an der Sachlage. Wie sehr das naturwissenschaftliche Denken in Fragen der Erkenntnis das naive streift, zeigen folgende Ausführungen Verworns: »Als subjektiven Vorgang selbst erleben kann ich natürlich eine Empfindung nur dann, wenn bei mir als Subjekt der Bedingungskomplex für das Zustandekommen realisiert wird. Ich kann also nicht verlangen die subjektive Empfindung eines andern als solche subjektiv selbst zu erleben. Das wäre eine durch und durch widersinnige Forderung. Die Empfindung eines andern kann für mich selbst immer nur Gegenstand einer objektiven Untersuchung sein.« Hier wimmelt es förmlich von Voraussetzungen, die als bewiesene Tatsachen hingestellt werden. »Wenn bei mir als Subjekt der Bedingungskomplex für das Zustandekommen realisiert wird. . .« Warum bin ich mit einemmal Subjekt, wo ich doch nach der Voraussetzung nur Ding unter Dingen, Element unter Elementen sein soll? Und als Ding unter Dingen kann ich zu all den in diesen geschehenden Vorgängen in Beziehungen treten. Oder meint Verworn unter Subjekt etwas anderes, also etwas, das in sich und für sich ist? »Ich kann also nicht verlangen die subjektive Empfindung eines andern als solche subjektiv selbst zu erleben.« Warum denn nicht, wenn die subjektive Empfindung eines andern von der selben Natur wie seine Gehirnprozesse ist, und wenn mein Selbst aus nichts anderm als analogen Prozessen

besteht? »Die Empfindung eines andern kann für mich selbst immer nur Gegenstand einer objektiven Untersuchung sein.« Mit anderen Worten, der beim andern infolge des Nadelstichs sich abspielende Vorgang hat zwei Seiten, von denen die eine sich auf direktem Weg mitteilen läßt, die andere jedoch in sich beruht und eingeschlossen ist, oder der Organismus hat keine monistische sondern eine dualistische Grundlage. Dies hätte Verworn schon längst sagen können. Schließen wir also diese kritische Betrachtung mit den oben bereits erwähnten Worten Verworns, die ein Bekenntnis zum Dualismus in sich enthalten: »Ich kann . . . nicht verlangen die subjektive Empfindung eines andern als solche subjektiv selbst zu erleben.« Denn die subjektive Empfindung eines andern bleibt dessen ausschließliches Eigentum, in durchgängigem Gegensatz zur organisierten Materie seines Leibes, die zu den verschiedensten Bestandteilen der Umgebung wohl in Beziehung zu treten vermag.

**Recht und Leben** In seiner Kritik der abendländischen Kultur hat Nietzsche dem Kampf gegen den Asketismus auf allen Gebieten der geistigen Betätigung eine der wichtigsten Stellen eingeräumt; und man muß gestehen, daß er es verstanden hat den Geist der Askese bis in seine feinsten Verästelungen hinein zu verfolgen und ihn aus seinen tiefsten und geheimsten Verstecken herauszuholen. Es war dies ein Kampf gegen eine systematisch betriebene Aushöhlung des Lebens und Abtötung aller persönlichen Impulse, die sich philosophische und wissenschaftliche Bonzen aller Gattungen und Schattierungen zur Aufgabe machten, ein Kampf gegen eine gewisse Art sublimierten Bureaukratismus und vergeistigter Subordination. Eine kleine Schrift Carl Schmitts Vom Werte des Staates /Dresden, Hellerauer Verlag/, die kürzlich erschien, ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend. Was der Verfasser speziell vom Staat sagt, kann man hier auf sich beruhen lassen, da der Schwerpunkt seiner Betrachtungen nicht darin enthalten ist, und diese Ausführungen obendrein keinen genügenden Anlaß zu philosophischen Erörterungen bieten. Aber der Verfasser läßt seinen Erwägungen über den Staat ein besonderes rechtsphilosophisches Kapitel vorangehen, das von Recht und Macht handelt und grundlegende Be-

deutung für die ganze Abhandlung besitzt. Er sucht darin das Wesen des Rechts rein philosophisch zu begründen. Daran sei hier nun angeknüpft. Das Recht hat nach Carl Schmitt mit den realen Beziehungen der Menschen zu einander nicht das geringste zu schaffen und bildet ein Reich für sich, ein Reich von normativen Voraussetzungen und Bestimmungen, die ihren Geltungsgrund in sich selber tragen, ihn keineswegs etwa diesen oder jenen konkreten Willensimpulsen eines auf Reize reagierenden Subjekts des Handelns entlehnen. Das Subjekt des Handelns erhält wohl ein Bewußtsein, ein Gefühl dessen, was Recht und Unrecht ist. Aber man darf dieses Bewußtsein, dieses Gefühl keineswegs als den eigentlichen Träger der Rechtsidee ansehen, die vielmehr ein vom Subjekt unabhängiges Dasein führt und auch dann da wäre, wenn es überhaupt keine handelnden Menschen gäbe. Es muß eben ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Rechtsgefühl und dem Recht als solchem gemacht werden. Das letztgenannte ist ein Inbegriff von Normen, die für sich bestehen und in sich gründen, das erste hingegen nur das Innewerden dieser Normen, das auf diesen oder jenen Anlaß im Geist des Subjekts erwacht. Den Grundgedanken des Verfassers wird man vielleicht am richtigsten treffen, wenn man ihm die negative Wendung gibt. Die rechtlichen Normen sind keineswegs der ideale Ausdruck für irgendwelche Erhaltungstendenzen wollender und handelnder Subjekte, das Recht im allgemeinen ist keineswegs der ideale Reflex, die ideale Widerspiegelung irgendwelcher Erhaltungswerte der Person. Also, Wahrheit, Moral, Recht usw. sind von der Lebenspraxis vollständig unabhängig, oder mit anderen Worten: die Lebenspraxis hat mit Wahrheit, Moral, Recht usw. nicht das geringste zu schaffen. Da sieht man doch, daß manche Philosophen in einem Staat nicht immer eine überflüssige Figur machen. Indes, wenn die Beschaffenheit dieser über alles Wollen erhabenen Wesenheit, die sich in meinem Empfinden von Recht und Unrecht auf eine unbegreifliche Weise widerspiegeln soll, zu den privaten Geheimnissen Carl Schmitts gehören mag, so ist doch dieses rechtliche Empfinden, das Innewerden der genannten Wesenheit ein der retrospektiven Betrachtung zugänglicher psychologischer Prozeß, den wir sehr gut beobachten und verfolgen können. Was zeigt

mir nun diese Widerspiegelung, die in gewisser Weise das Prototyp darstellt? Wenn auf irgendwelche Weise die Vorstellung einer Rechtsverletzung in meinem Bewußtsein erwacht, so ist darin vor allem die Beziehung zu irgendeiner andern Person enthalten; die Vorstellung einer Rechtsverletzung schließt notwendig die einer andern Person in sich, deren Rechte verletzt worden sind. Merken wir uns dies zunächst. Ferner: Das Empfinden der Rechtsverletzung, das ist das Gefühl dessen, daß irgendeine Person in ihren Rechten verletzt worden ist, beruht auf dem stillschweigenden Zugeständnis meinerseits, daß diese bestimmte Person innerhalb gewisser Grenzen die gleichen Ansprüche wie ich besitzt, mögen diese Grenzen noch so eng gezogen sein. Bleibt diese Anerkennung der gleichen Ansprüche der fremden Person meinerseits aus, so muß auch notwendig mein Empfinden der Rechtsverletzung bei dieser Person ausbleiben. Wir empfinden heute viele Dinge als Rechtsverletzungen, die in früheren Zeiten als vollkommen berechtigt angesehen zu werden pflegten. Der Sklavenbesitzer fand es vollständig in der Ordnung, wenn er seine Sklaven verschachtete und mißhandelte, weil er den Sklaven nicht als eine ihm gleichwertige Person anerkannte. Und doch gab es auch in diesem Fall gewisse, wenn auch eng begrenzte Gebiete, wo eine Verletzung des Subjekts als Verstoß gegen irgendein Recht dieses Subjekts empfunden wurde, weil es auch in diesem Fall noch ein schmales Terrain gab, innerhalb dessen auch die versklavte Person gleiche Ansprüche stellen durfte. Meine Anerkennung der Ansprüche einer andern Person in gewissen Beziehungen ist die notwendige Voraussetzung meines Rechtsempfindens. Welches sind aber diese Ansprüche, die von mir anerkannt werden müssen, damit ich ein rechtliches Empfinden erhalte? Es sind dies Ansprüche auf Leben, auf Freiheit usw.: lauter Dinge, die in Willensimpulsen verankert sind. Recht hat also mit Realität etwas zu schaffen, und wissenschaftliche Spechte können mit ihren Schnäbeln arbeiten, soviel sie wollen: den Baum des Lebens werden sie mit all ihrem Mühen doch nicht aushöhlen.

Kurze Chronik Auf dem Schlachtfeld fiel der Privatdozent für Mathematik an der Göttinger Universität Wilhelm Behrens.

im 32. Lebensjahr. ◊ In Stockholm starb der schwedische Philosoph C. Yngve Sahlén im Alter von 93 Jahren. Er hat eine Reihe von Arbeiten über Logik, Erkenntnistheorie und Moralphilosophie verfaßt. ◊ Die Philosophische Fakultät der Universität Göttingen wiederholt folgende, bereits 1913 aus der Benekeschen Stiftung gestellte Preisaufgabe, auf die eine Bearbeitung nicht eingelaufen war: »Entwicklung der neupythagoreischen Literatur und Verhältnis der einzelnen Schriften zu einander.« Bewerbungsschriften müssen bis zum 31. August 1919 eingereicht sein. ◊ Der Mathematiker Emile Picard wurde als Nachfolger Gaston Darboux' zum Sekretär der französischen Akademie der Wissenschaften gewählt. ◊ Der 74jährige Mathematiker der Universität Berlin Hermann Amandus Schwarz, einer der hervorragendsten Erscheinungen der deutschen Gelehrtenrepublik, gibt seine Lehrtätigkeit auf, die er nunmehr 50 Jahre ausgeübt hat. Er hat namentlich die Theorie von der Anwendung der höheren algebraischen Funktionen auf geometrische Probleme durch grundlegende Arbeiten gefördert; seine Arbeiten sind teilweise im Jahr 1890, kurz vor seiner Berufung nach Berlin, unter dem Titel *Gesammelte mathematische Abhandlungen* in 2 Bänden vereinigt worden. Verdienstvoll war auch seine Herausgabe von Weierstraß' Formeln und Lehrsätzen zum Gebrauch der elliptischen Funktionen. ◊ Sein Nachfolger wird Erhard Schmidt, der in Göttingen promovierte, dann in Bonn, Zürich, Erlangen (dort als Nachfolger Paul Gordan's) und Breslau gewirkt hat. ◊ Der Straßburger Privatdozent Andreas Speiser ist als außerordentlicher Professor der Mathematik an die Universität Zürich berufen worden. Er ist ein Schüler Minkowskis und Hilberts. ◊ An der Universität Frankfurt habilitierten sich Heinrich Hasse und Georg Burckhardt für Philosophie und Philosophiegeschichte.

#### Literatur

An geschichtlichen Darstellungen der philosophischen Entwicklung herrscht in der allgemeinen philosophischen Literatur wahrlich kein Mangel. Gleichwohl muß man August Messers kurze Geschichte der Philosophie im 19. Jahrhundert / Leipzig, Quelle & Meyer/, die mit Fichte beginnt und mit Nietzsche abschließt, lebhaft begrüßen. Der Ver-

fasser versteht es das Wesentliche eines jeden der von ihm behandelten Systeme in knappen Zügen und sehr objektiv wiederzugeben. Seine Stellung zu den verschiedenen Weltanschauungen der behandelten Philosophen bringt er in besonderen, jeder Systemdarlegung angehängten kritischen Notizen zum Ausdruck: um den Gang der Darstellung nicht durch eingeflochtene Bemerkungen zu stören. Wie aus seiner Kritik der idealistischen Systeme zu ersehen ist, huldigt Messer einem kritischen Realismus, dem die Erfahrung Ausgangspunkt ist, der aber darin nicht völlig aufgeht. Freilich fällt die Würdigung der metaphysischen Systeme von diesem vorgefaßten Gesichtspunkt etwas einseitig aus. So ruft der Verfasser in seiner Kritik dieser Systeme den Eindruck hervor, als seien die metaphysischen Konstruktionen eines Fichte, eines Schelling, eines Hegel nichts weiter als Hinausprojizierungen und Verabsolutierungen von subjektiven Denkerlebnissen. Man wird aber mit größerem Recht sagen dürfen, daß der Prozeß des metaphysischen Schaffens der genannten Denker einen entgegengesetzten Charakter trägt, den Charakter eines Sichhineinlebens in das Wesen des Alls, in den Kernpunkt des Weltganzen, den der Metaphysiker überhaupt durch eine besondere Art intellektueller Intuition erfassen zu können glaubt.

#### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Schmoller † Mit Gustav Schmoller, der in der Nacht vom 26. zum 27. Juli in Berlin starb, ging eine für die deutsche Universitätsnationalökonomie der letzten 4 Jahrzehnte typisch repräsentative und führende Persönlichkeit dahin. Aus einer schwäbischen Beamtenfamilie stammend, für Verwaltungsfragen seit jeher lebhaft interessiert und später ein besonderer Lobredner altpreußischen Beamtentums, begann er seine akademische Karriere, erst 25jährig, mit einer Professur in Halle, dozierte dann in Straßburg und seit 1882 in Berlin, wo er rasch zu einer herrschenden Stellung aufstieg. Der Manchesterdoktrin gegenüber, die gründlich abgewirtschaftet hatte, vertrat er, einer der Gründer des Vereins für Sozialpolitik, jene kathedersozialistische Richtung, die, ohne gegen die Gewaltpolitik des Bismarckschen Sozialistengesetzes ent-

geschlossenen Widerspruch zu wagen, Sozialreform von oben her, Arbeiterversicherungsgesetze, wie sie die preussische Regierung plante, und dergleichen mehr verlangte. Er war der Mann, von dem viele Tausende Studenten und spätere Beamte ihre sozialpolitischen Ansichten, die wohl antimanchesterlich, jedoch beileibe nicht demokratisch-sozialistisch sein durften, fertig bezogen. Oft als Mitberater der Regierung tätig, vermehrte sich seine Macht noch durch den Einfluß, den er auf die Besetzung der ökonomischen Professuren durch Vermittlung Althoffs ausübte. Die Abwendung von der mit ein paar billigen Schlagworten und Formeln arbeitenden Vulgärökonomie, die nach der epigrammatischen Charakteristik Marxens nur die selbstgefälligen Vorstellungen des Bourgeois von seiner ökonomischen Welt pedantisch systematisierend wiederholte, vollzog sich unter Schmollers Mitwirkung und Leitung Hand in Hand mit einer prinzipiellen Abkehr von jedem Streben nach theoretischer Verarbeitung. Sein polyhistorisch ausgebreiteter Wissenstrieb schloß freilich auch gewisse philosophische Interessen ein. Spencer hat auf ihn eingewirkt. Und immer suchte er nach Fäden, die das ökonomische Studium mit allgemeineren Gesichtspunkten einer soziologischen Betrachtungsweise irgendwie verknüpften. Das zeigten seine programmatische Abhandlung im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, sein Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, der den Hauptinhalt seiner Universitätsvorlesungen resümiert, aber auch eine Fülle wertvoller historischer Detailuntersuchungen, von denen die über die gewerblichen Verhältnisse des mittelalterlichen Straßburgs und die brandenburgische Verwaltungs- und Finanzgeschichte die meistgenannten sind. Auch seine in den Charakterbildern /1913/ gesammelten Porträtskizzen hervorragender Zeitgenossen dokumentieren Sinn und Blick für die Erfassung typischer Züge und vielseitige Beweglichkeit. Aber alles im engeren Sinn des Worts Theoretische, der Trieb im bunten Wechsel der Erscheinungen Gesetzen nachzuspüren lag ihm ganz fern. Ihm und der großen Masse seiner Schüler fehlte so jedes Augenmaß für die in solchem Streben wurzelnden wissenschaftlichen Leistungen der ökonomischen Klassiker und Marx'. Die Beschränkung auf Schilderung und Beschreibung, eine Tendenz,

die bei den Schülern vielfach zur geistlosesten Stoffhuberei führte, erschien ihm in dem Licht einer höhern Erkenntnisstufe. Der Verzicht auf theoretisches Denken sollte ein Dokument für den Fortschritt realistischer Forschung sein. Das erinnert an den gelehrten, mit Knies und Hildebrand als Vorläufer der Schmollerschen Schule geltenden Roscher, der, von Marx selber ob seiner »Kinderbegriffe« verspottet, die Entdeckung machte, daß es dem Verfasser des Kapitals an »Scharfsinn« mangle.

Wie in mancher andern Hinsicht hat Schmoller selbst auch noch eine Reaktion in dieser erleben müssen. Jene Selbstgefälligkeit des reinen Historismus hat ihren Kurswert mehr und mehr verloren, und wenn die akademische ökonomische Wissenschaft auch keine neuen theoretischen Leistungen buchen kann: das Bewußtsein, daß es solcher bedarf, wenn man vom Fleck kommen will, hat sich, nach vielen Zeichen zu schließen, schon recht weit verbreitet.

Methoden der Nationalökonomie Der Freiburger Professor Karl Diehl, insbesondere durch seine eingehenden Arbeiten über Ricardo bekannt, veröffentlicht den 1. Band einer auf 4 Bände berechneten Theoretischen Nationalökonomie /Jena, Gustav Fischer/. Dieser soll »eine Einleitung in das gesamte Wissensgebiet der Nationalökonomie« und einen »Gesamtüberblick über die wichtigsten methodologischen Grundfragen« bieten; der 2. Band werde sich mit der Produktion, der 3. mit der Zirkulation und der abschließende 4. mit der Distribution zu beschäftigen haben. Ein Programm, das bei dem recht beschränkten Umfang feststehender ökonomisch-theoretischer Einsichten durch die geplante Raumausdehnung Verwunderung erregt. Das theoretische Wissen, über das die Volkswirtschaftslehre verfügt, steht zur Masse der zutage geförderten Volkswirtschaftsliteratur in denkbar schärfstem Mißverhältnis. Ob deren ausführliche Heranziehung ertragreich sein wird, kann zweifelhaft erscheinen. Für die zentrale Erscheinung, mit der sich ein Überblick über die wichtigsten methodologischen Grundfragen vor allem auseinandersetzen haben würde, für das Marxsche Kapital, hat dieser, ein halbes Tausend Seiten starke Band dabei seltsamerweise kaum ein Plätzchen übrig. Und das, obwohl der allgemeine Standpunkt, den Diehl in seiner Kritik der Klassiker wie der sogenannten

Grenznutzlehre einnimmt (er bezeichnet ihn als »sozialrechtliche« Betrachtungsweise), Marx' ökonomisch-historischem Relativismus in vieler Hinsicht nahesteht. Auch ihm gilt jeder Versuch: aus Spekulationen über die menschliche Natur Gesetze für das gesellschaftliche Wirtschaftsleben überhaupt, in allen seinen Formen herzuleiten, von vornherein als verfehlt. Auch ihm ist eine ökonomische Theorie immer nur als Theorie einer so und so näher bestimmten, historisch gewordenen Gesellschaftsordnung denkbar, deren Struktur und Verhältnisse die Grundlage bilden, im Zusammenhang mit der eine systematisch fortschreitende Analyse des ökonomischen, die Gesellschaftsglieder mit den materiellen Gegenständen ihres Bedarfs versorgenden Prozesses allererst vorgenommen werden kann. Die Herausarbeitung und nähere Begründung dieses Standpunkts, dem jede ökonomische Theorie notwendig Rechnung tragen muß, bildet aber einen der Grundgedanken des Marxschen Kapitals. Was Diehl im Anschluß an Stammers einst vielbesprochenes Buch *Recht und Wirtschaft als »sozialrechtliche«* Auffassung der ökonomischen Theorie bezeichnet, wäre mit größerem Recht marxistische Auffassung zu nennen. Um so mehr, da Stammer in seiner Betonung der Rechtsordnung als eines von jeder sozialwirtschaftlichen Strukturbestimmtheit in der wunderlichsten Unklarheiten hineingerät, die jede Grenze zwischen juristischen und ökonomischen Bestimmungen nebulos verwischen, und die Diehl selber ganz ausdrücklich ablehnt. Unklarheiten, die dann in Stammers Forderung einer durchgängig teleologischen Betrachtungsweise an Stelle der kausal erklärenden auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften gipfeln.

In dem 2., System und Methoden der nationalökonomischen Forschung betitelten Hauptteil der Diehlschen Arbeit stößt man nach einer kritischen Besprechung der Klassiker, der historischen Richtung in der neuern Nationalökonomie und der österreichischen Grenznutzlehre unter dem Stichwort Die evolutionistische Richtung auch auf einen 8 Seiten langen Abschnitt, der der Geschichtsauffassung Marx' gewidmet ist. Jene grundlegend wichtige, in dieser Rundschau oft hervorgehobene Unterscheidung zwischen der Geschichtsauffassung, die Marx im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie mit

dem Anspruch einen aller geschichtlich sozialen Bewegung gemeinsamen Rhythmus nachzuweisen in dogmatischen Thesen formuliert, und der hiervon ganz unabhängigen Bedeutung dessen, was man mit Engels als heuristische Methode seiner Geschichtsbeachtung nennen kann, wird überhaupt nicht berührt. Kein Wort über die geniale Art, wie Marx im Schlußkapitel des 1. Bandes seines Kapitals die Hauptgesichtspunkte entwickelt, unter denen der ineinandergreifende Zusammenhang der bei der Genesis des modernen Kapitalismus wirksamen Kräfte und Verhältnisse sich fassen läßt.

Auch das alte Inventarstück solcher Widerlegungen der materialistischen Geschichtsauffassung tritt hier abermals auf: der Einwurf, daß Marx die Bildung neuer Gesellschaftsformationen als sozusagen naturgesetzlich notwendigen Vorgang auffasse, den die Entwicklung der produktiven Kräfte ohne die Vermittlung bewußten menschlichen Zweckwollens und Zweckhandelns aus sich erzeugt. Diehl hält allen Ernstes Marx entgegen, daß die Entfaltung der Technik und der Produktivität doch immer nur im Rahmen einer jeweils bestimmten Gesellschafts- und Rechtsordnung möglich sei, deren Umänderung selbst wieder eine »rechtliche Normierung« einschließt, eine Normierung, die nur möglich ist, »wofern die Gesetzgeber bestimmte Ideen und Zweckmäßigkeitserwägungen haben, von denen sie bei der Statuierung dieser Ordnung ausgehen«. Bei dem entschiedenen Bemühen um objektiv und tendenzlos abwägende Darstellung, die das Diehlsche Buch charakterisiert, befremdet die Erhebung eines solchen Einwands doppelt. Was für ein seltsamer Konfusionarius hätte Marx, der große Denker, sein müssen, wenn er bei seiner Konzeption, daß die Veränderungen der gesellschaftlichen Eigentums- und Rechtsordnung in ihrem innern Zusammenhang mit der Entfaltung der produktiven Kräfte im Schoß der Gesellschaft betrachtet werden müssen, vergessen haben sollte, daß dieser Zusammenhang sich selbstverständlich nur durch Zwischenglieder herstellen kann. Hat nicht gerade Marx mit größter Schärfe auf die Rolle, die den Klassenkämpfen dabei zufällt, hingewiesen; den Klassenkämpfen, die in ihrer entwickelten Gestalt doch regelmäßig auf planmäßige Eingriffe in die bestehende Eigentums- und Rechtsordnung abzielen? Nur sofern die technische Entfal-

tung zugleich irgendwie dirigierend auf die Klassenkämpfe und deren politisch-soziale Zielsetzungen hinwirkt, vermag sie nach seiner eigener Ansicht jene revolutionär forttreibende Kraft, die er ihr zuschreibt, auszuüben. Oder wozu hätte er denn sonst das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht und zur Durchsetzung bestimmter gesetzgeberischer Programmforderungen im kommunistischen Manifest aufgerufen, wenn er der Meinung gewesen wäre, die ökonomische Bewegung erzeuge auch ohne planmäßig organisierte politische Zweckmäßigkeit der Menschen aus sich selber mit Naturnotwendigkeit ein neues und besseres soziales Gehäuse?

Wenn der Erörterung und Widerlegung der Marxschen Geschichtsauffassung 8 Seiten gewidmet sind, wird dessen theoretische Analyse des modernen Kapitalismus und die Methode, nach der er dabei verfährt, mit ungefähr ebensoviel Zeilen abgefertigt. Über das Verhältnis, in dem die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie zu den bei Smith und Ricardo schon vorhandenen Ansätzen steht: die Arbeitsgrößen der Waren zur Erklärung ihrer Preisgrößen heranzuziehen, heißt es da einfach: »Mag auch Marx sein Wertgesetz im Gegensatz zur klassischen Ökonomie nur als Gesetz der Warenproduktion auffassen, mag er auch Ricardos Wertgesetz noch so sehr abweisen, die ganze Methode, wie Marx zu sogenannten ökonomischen Gesetzen gelangt, ist im wesentlichen identisch mit der Methode, wie sie auch in der klassischen Ökonomie angewandt wird.« Daher, meint Diehl, bedürfte es nicht erst des nähern Eingehens darauf, es genüge zur kritischen Widerlegung den Leser auf die Einwände zu verweisen, die in früheren Kapiteln seines Buches gegen die isolierende Abstraktionsmethode Smiths und Ricardos erhoben seien. Sie träfen Marx in gleichem Maß.

In Wahrheit trägt die Ableitung des Wertgesetzes und die Art, wie Marx es im Kapital als Ausgangspunkt und Leitfad für eine deduktiv verfahrenende Erklärung der kapitalistischen Volkswirtschaft verwendet, ein völlig anderes Gepräge. Jener Trieb nach systematischem Begreifen des gesellschaftlichen, aber durch keine oberste gesellschaftliche Instanz planvoll geregelten wirtschaftlichen Gesamtprozesses (bei den Klassikern nur erst sporadisch in Ansatz vorhanden) tritt hier bei Marx in unvergleichlich reinerer und konsequen-

terer Entfaltung auf. Erst er ist sich vollkommen klar darüber, daß die Lösung der einer Theorie moderner Volkswirtschaft gestellten Aufgabe nur von einem streng methodischen Verfahren zu erwarten ist, das seinen Ausgang von der Zergliederung der allerallgemeinsten, diesen ökonomischen Prozeß grundlegend charakterisierenden Bestimmungen zu nehmen hat. Soll eine Betrachtung der Methoden theoretischer Nationalökonomie mehr als ein loser, nebenher auch kritisierender Bericht darüber sein, wie der und jener Ökonom bei seinen Untersuchungen zu Werk gegangen ist; soll sie das Ziel verfolgen in diesem bunten Durcheinander eine Linie des Fortschritts aufzuweisen, der, wenn er auch zu einer wirklichen Bewältigung der Probleme noch nicht vorgedrungen ist, doch Fingerzeige für die Richtung gibt, in der man die Lösung zu suchen haben wird, so bedarf es dafür zunächst einmal des eindringendsten kritischen Verständnisses der Marxschen Gedankengänge, in denen der methodische Geist theoretisch-ökonomischer Forschung seine bisher höchste Stufe der Ausbildung erhalten hat. Es wäre da zunächst festzustellen, daß Marx, um seine Mehrwert- und Kapitaltheorie auf Grundlage des sogenannten Wertgesetzes zu deduzieren, diese im Gegensatz zu der mehr psychologischen Argumentation der Klassiker auf eine unwiderlegbar scheinende These jenseits aller psychologischen Rasonnements zu basieren sucht: darauf, daß, nach welchen Austauschätzen Mengen einer Warenart gegen die anderer sich immer austauschen, die ausgetauschten Warenmengen in ihrer Eigenschaft als Produkte menschlicher Arbeit hinsichtlich des Quantums gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, das sie in sich verkörpern, quantitativ vergleichbar, das heißt kommensurabel sind. Eine zweifellos gewisse These, die bei ihrer prinzipiellen Bedeutsamkeit für das Verständnis des ökonomischen Gesamtprozesses von ihm dann aber mit dem schlechthin unbeweisbaren und unbewiesenen Satz zusammengeworfen und identifiziert wird, daß die Austauschätze oder Austauschproportionen, in denen Mengen der verschiedenen Warenarten sich gegeneinander umsetzen, tendenziell notwendig durch die Proportionen, in denen Mengen der betreffenden Warenarten gleich große Arbeitsquanten verkörpern, geregelt und bestimmt sein müßten. Daß also der

Warenaustausch tendenziell notwendig zugleich die unbekanntenen Proportionen, in denen Mengen verschiedener Warenart gleich viel Arbeit verkörpern, zur Erscheinung bringe, und in diesem Sinn als Anzeiger der in den Waren enthaltenen Arbeitsgrößen, zugleich Anzeiger (Index) eines den Waren als Arbeitsprodukten unmittelbar inhärierenden sozusagen substantiellen, durch die Arbeitszeit meßbaren Wertes sei. Die Identifizierung jener ersten und denotwendigen Bestimmung mit dieser zweiten durchaus unbewiesenen liegt seinem Wertgesetz zugrunde und leiht diesem selbst, das ohne solche Kopulation nur den Rang einer vorläufigen und versuchsweise zum Zweck weiterer theoretischer Erforschungen aufgestellten Hypothese beanspruchen könnte, den Anschein a priori feststehender Denknotwendigkeit, der sich beim Leser durch die weiteren Deduktionen, daß und wie sich das Phänomen scheinbarer Selbstverwertung des Kapitals auf Grundlage dieses Gesetzes erklären lasse, mehr und mehr befestigt. Bis dann die weitere Ausführung im 3. Band des Kapitals bei dem Versuch: die dem kapitalistischen System bei Unterstellung freier Konkurrenz offenbar notwendige Tendenz zur Herausbildung einer für die verschiedenen Branchen der Warenproduktion tendenziell gleichen Durchschnittsprofite mit jenem hypostasierten Gesetz in Einklang zu bringen, auf unlösbare Widersprüche stößt. Wäre das sogenannte Wertgesetz ein in jeder warenproduzierenden Volkswirtschaft und darum auch in der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft gültiges oder mindestens ein bei Unterstellung freier Konkurrenz tendenziell gültiges Gesetz, so müßten die Kapitalprofite durch ihre auf Grundlage des Wertgesetzes zu berechnenden (von den Arbeitern im Betrieb erzeugten) Mehrwertmengen tendenziell bestimmt sein und könnten darum, wie leicht nachzuweisen ist, in den verschiedenen Branchen tendenziell nicht gleiche Durchschnittsgröße haben. Die tendenzielle Notwendigkeit einer Durchschnittsprofite bei freier kapitalistischer Konkurrenz beweist also, daß die kapitalistische Volkswirtschaft, zu deren innerer Erklärung doch eben das Wertgesetz dienen sollte, einem solchen Gesetz als oberster und allgemeinsten, den Warenaustausch und die Preise regulierender Bestimmung unmöglich unterworfen sein kann. Aber dieses zunächst rein negative Re-

sultat, zu dem Darstellung und Kritik der Marxschen, alle früheren Versuche an originaler Energie des Denkens gewaltig überragenden Theorie führt, weist über das Negative gleichzeitig hinaus. Es zeigt den Punkt, an dem eine positive, die Aufgaben der Theorie selbstständig fördernde Untersuchung der anzuwendenden Methoden einzusetzen hätte. Wenn auch das Marxsche Wertgesetz kein wirkliches im Wesen jeder warenproduzierenden Gesellschaft untrennbar mitbegründetes Gesetz ist, als das es zunächst im Marxschen Kapital figuriert, hat die von Marx auf dieser Basis vorgenommene Durchforschung der kapitalistischen Phänomene doch eine Fülle neuer fruchtbarer Einsichten zutage gefördert: Einsichten, die sich aus der Verbindung mit jenem Wertgesetz lösen lassen und so Handhaben ergeben, um, nach Beseitigung jenes unhaltbaren Obersatzes (des Wertgesetzes), auf anderem Weg, am Leitfaden von sicher nachweisbaren, nicht mehr nur hypothetischen Bestimmungen, das Ganze des Prozesses in seinem innern Zusammenhang klarzulegen. Nur so, durch eine solche kritische Umbildung der Marxschen Methode, die dabei das Marxsche Ziel des systematischen Begreifens unverrückt im Auge behält, ist eine Fortentwicklung der Theorie zu erhoffen.

Damit beantwortet sich auch die Frage, mit der sich die weitausgespinnene Polemik gegen Eulenburg im Schlußabschnitt des Diehlschen Buches beschäftigt: ob eine ökonomische Theorie den Nachweis für die Geltung von ökonomischen Gesetzen zu erbringen habe. Ein Hauptargument, auf das gestützt der Verfasser diese von Eulenburg für die Ökonomie (wie in allgemeiner Form für jede Art Soziologie) bejahte Frage verneint, ist die Berufung auf die Veränderlichkeit, den historischen Relativismus alles Wirtschaftslebens. Doch wenn auch die Verschiedenheit der Wirtschaftsordnungen, die im geschichtlichen Verlauf sich folgen, die Aufstellung allgemeiner, unmittelbar aus der menschlich gesellschaftlichen Natur ableitbarer Gesetze des ökonomischen Verhaltens als aussichtslos erscheinen läßt, so schließt das doch keineswegs aus, daß für einen historisch näher bestimmten Arttypus des ökonomischen Prozesses (wie den der kapitalistischen Volkswirtschaft) gesetzmäßig notwendige Bestimmungen oder Gesetze formulierbar sind. Die Beispiele, die

Eulenburg zur Begründung seiner Ansicht anführt, daß es so etwas wie ökonomische Gesetze gäbe, sind wenig glücklich, und sie erleichtern Diehl nur die Entgegnung. Aber darum bleibt der Eulenburgsche Standpunkt, daß, wenn überhaupt eine ökonomische Theorie möglich sein soll, auch so etwas wie ökonomische Gesetze existieren muß, doch unzweifelhaft im Recht. Wo, wie in dem Rahmen einer naturalwirtschaftlichen Ordnung, die Wirtschaft auf dem Produzieren von Verbänden für den eigenen Bedarf beruht, und dementsprechend das wirtschaftliche Verhalten ohne Analyse verborgener Zusammenhänge aus der Struktur und den Zwecken solcher kleinen Verbände unmittelbar verständlich ist, da bleibt natürlich auch kein Raum für eine Theorie. Da wäre die Aufgabe der ökonomischen Forschung auf bloße Deskription und genetisch geschichtliche Darstellung beschränkt. Das wird erst anders, wenn Warenaustausch und Warenproduktion jene einfachen Gebilde nach und nach zersetzen, die *Volkswirtschaft*, die ursprünglich als ein bloßes lose verbundenes Nebeneinander für ihren Eigenbedarf produzierender und relativ selbständiger Verbände existiert, in einen alle Gesellschaftsglieder einbeziehenden wirtschaftlichen Gesamtprozeß verwandelt, in dem die Produktion für den Bedarf sich durchgängig und allgemein als Warenproduktion (genauer: als kapitalistische Warenproduktion) vollzieht. Da ist die Frage schlechthin unabweisbar, wie dieser in seinem grundlegenden Zusammenhang durch das Selbstinteresse seiner Agenten ständig sich selbst erhaltende Gesamtprozeß methodisch zu erfassen sei. Eine Frage, auf die nur eine theoretisch angestellte Untersuchung Antwort geben kann, die in systematischem Fortgang seine Wesensart und die Gesetze seiner Selbsterhaltung aufdeckt. Erst eine solche kann den Nachweis liefern, daß und warum dieser Prozeß notwendigerweise den Gegensatz von Ware und Geld, von Kauf und Verkauf einschließt, wie weiter dann den Nachweis, daß und warum die in den Produktionsbetrieben des Prozesses sich vollziehende Warenproduktion den Eigentümern der Betriebe kapitalistischen Gewinn bringt, und was sich aus dem Tatbestand der Kapitalgewinne hinsichtlich des Verhältnisses der Arbeitsleistung der Lohnarbeiter in den Betrieben und des ihnen als Reallohn zufallenden Geldes ergibt.

Allein durch den Nachweis der Notwendigkeit, die im Prozeß diese und andere ihm innewohnenden Bestimmungen unlöslich verknüpft, läßt sich ein wirklicher Begriff von ihm, der so den Modus seiner Selbsterhaltung klarlegt, geben. Was aber ist ein solcher Nachweis anders als eben die Aufdeckung der dem Wesen des Prozesses innewohnenden Gesetze, denen er, um überhaupt in dieser seiner näher bestimmten Wesensart existieren und sich forterhalten zu können, von vornherein notwendig unterworfen ist. Die Möglichkeit volkswirtschaftlicher Gesetze überhaupt leugnen hieße in der Tat letzthin nichts anderes als auch die Möglichkeit jeder ökonomischen Theorie bestreiten. Daß die allermeisten Gesetze, die in den Büchern der Ökonomen aufgestellt sind, der Forderung: Ausdruck einer nachweisbaren und evidenten Notwendigkeit zu sein, so schlecht entsprechen, beweist nur etwas gegen die Theorien jener Ökonomen selbst, aber nichts gegen die Lösbarkeit der Aufgabe.

**Kurze Chronik** Das Institut für Zeitungskunde an der Universität Leipzig hat einen eigenen Studienplan für die politische, die Handels- und die Feuilletonjournalistik aufgestellt. Außerdem werden noch Fachvorlesungen über Geschichte, Organisation und Technik des Zeitungswesens sowie Übungs- und Fachkurse von dem Direktor des Instituts Karl Bücher und von Praktikern der Presse abgehalten. Dem Institut sind verschiedene Sammlungen und eine Fachbibliothek angegliedert. ◊ An die Universität Berlin wurde als einer der Nachfolger Adolph Wagners (sein Ordinariat wurde in 2 geteilt) Hermann Schumacher aus Bonn berufen. Er hat vornehmlich über Fragen aktueller Weltwirtschaftspolitik geschrieben. ◊ Der andere, neu errichtete Lehrstuhl für theoretische Nationalökonomie wurde mit Werner Sombart besetzt, dessen jetzt in 2. Auflage erscheinendes bedeutendes Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* (München, Duncker & Humblot) einen im Gegensatz zur Schmoller'schen Geschichtsbetrachtung stehenden, vom Verfasser mit Entschiedenheit betonten Einschlag historisch-konstruktiven, an Marx geschulten Geistes zeigt. ◊ Der Ordinarius der Nationalökonomie in Greifswald Waldemar Mitscherlich hat einen Ruf an die Universität Breslau angenommen.

## Literatur

Als einer der Einleitungsbände zum Handbuch des Öffentlichen Rechts / Tübingen, Mohr/ erscheint eine Finanzwissenschaft aus der Feder des Münchener Nationalökonom **Walther Lotz**. Die ersten Lieferungen (das Werk soll deren 5 umfassen) lassen Wertvolles erwarten. Die gewandte Darstellung baut sich auf der Benutzung höchst umfangreichen literarischen Materials auf, über das die Anmerkungen berichten. Der 1. Hauptabschnitt, der durch die Streiflichter, die auf die ökonomischen Verhältnisse fallen, ein besonderes Interesse bietet, skizziert in knappen allgemeinen Umrissen Literatur und Geschichte der Finanz im Lauf der Jahrhunderte; die Antike, die Araber, die Kirche und die englisch-französische Entwicklung, die Finanzen im ständischen Staat unter dem merkantilistischen Absolutismus, die finanzpolitischen Reformströmungen des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, endlich die Hauptrichtungen der finanzpolitischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Der 2. Hauptabschnitt handelt von der Finanzverfassung und -verwaltung, der 3. von den öffentlichen Ausgaben. Die weiteren Lieferungen werden vornehmlich einen detaillierten Überblick über die verschiedenen Steuer- und Abgabenarten bringen.

## KUNST

## Musik / Friedrich Schwarz

## Künneke

Eduard Künneke, der bereits mit einer Oper hervorgetreten ist, bringt nun eine Orchestersuite in 4 Sätzen, die, es sei gleich vorweggenommen, ein treffliches Werk ist. Künneke zeigt sich hier als einfallreicher Musiker. Er findet nicht neue Formen. Aber in den alten bewegt er sich so sicher und weiß sie so mit Leben zu erfüllen, daß wir sie als neu empfinden. Er hat originelle Gedanken und die Fähigkeit sie leicht und sicher auszudrücken. Sein Orchester ist bunt, von betonter Gewähltheit, die aber stets berechtigt ist und zart berührt. Diese 4 Sätze hat ein beweglicher Geist geschrieben, ein Mann von technischem Können. Diesem Können halten aber Gefühl und gerade Natur die Wage. Der Takt eines Menschen von musikalischer Kultiviertheit macht seine Schöpfungen rund, gibt ihnen jene sanfte, unmerkliche Gedrängtheit, jenen treibenden Impetus,

der alles Schwülstige, alles, was sich ohne innere Berechtigung herandrängt, abstößt und ausscheidet. Sie haben Bewegtheiten, rhythmische Schärfe und flüchtigen Witz, der im Galopp jagt.

## Regerfeier

Vom 24. bis zum 26. Juni fand in Jena eine von Frau **Elsa Reger** veranstaltete Regerfeier statt, die sich auf die Vorführung von Kammermusik, Orgelwerken und Liedern beschränkte. Erstaunlich war die Wirkung der Werke auf die Hörer: Man spürte, wie sie mitfühlend den Tongebilden folgten. Alle Schwierigkeiten schienen geschwunden zu sein, die sich bisher dem Auffassen Regerscher Musik entgegenstellten. Deutlich erkennbar war die Einheit der Persönlichkeit in den Werken, die Schönheit und innere Notwendigkeit dessen, was früher befremdend und weit hergeholt erschien; klar wurde die weit geschwungene melodische Linie in ihrer reichen harmonischen Gewandung. Zu den bekannten Vorkämpfern Regerscher Kunst **James Kwast**, **Frieda Kwast-Hodapp** und **Carl Straube** trat in diesen Konzerten **Adolf Busch** mit seinem herb-innerlichen Geigenspiel hinzu. Er ist der erste Violinist, der Regersche Musik beim Spielen wirklich erlebt. Zu nennen ist ferner besonders der seelenvolle Klangkörper des Wendlingschen Quartetts, dem sich die zarte Klarinette **Philipp Dreisbachs**, auf billige solistische Wirkung verzichtend, wundervoll einfügte.

## Kurze Chronik

Auf dem Schlachtfeld im Osten fiel **Karl Mennike** im Alter von 37 Jahren. Er war ein Schüler **Hugo Riemanns** und trat durch mehrere musikwissenschaftliche Arbeiten hervor. ◊ Im Juli starb **Philipp Scharwenka**, der vor kurzem 70 Jahre alt geworden war. Mit ihm ist ein Musiker dahingegangen, der, unbekümmert um Zeitströmungen und äußern Erfolg, eine lange Reihe von Werken geschaffen hat. Bleibenden Wert haben seine Kammermusikwerke; in ihnen lebt ein starkes Formgefühl, eine von den Klassikern, hauptsächlich **Beethoven**, genährte Kultur. ◊ Im Juni fand in München eine **Pfitznerwoche** statt. Sie brachte als Hauptstück die Uraufführung der musikalischen Legende **Paestrina**, über die nach der Berliner Aufführung noch ausführlich zu berichten sein wird.

## Literatur

Es war zu erwarten, daß den umgezüglerischen Ausführungen Busonis in seiner Neuen Ästhetik der Tonkunst (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 273 f.), die alles bisher in der Musik Geschaffene zum alten Eisen warfen, die Bach und Beethoven selbst nur als »nicht unzübertreffende Abgeschlossenheiten« und als Vorstufe zu einer geheimnisvoll zukünftigen Blütezeit auffaßten, daß diesen wirren Ideen so manche scharfe Entgegnung nachfolgen würde. Und überall dort, wo die revolutionären Forderungen der kleinen Schrift berechtigten Widerspruch erregt hatten, schärfte man die Feder zu einer Entgegnung. So kam es, daß Busonis Neue Ästhetik (denn es fanden sich auch Anhänger und Verteidiger seiner Anschauungsweise) bald im Mittelpunkt eines heftigen Meinungswechsels stand, den die Wichtigkeit der darin mit Geschmeidigkeit, aber auch desto größerer Leichtfertigkeit behandelten Probleme zu erwecken vermocht hatte. Unter den schaffenden Musikern, die das Wort zu einer ausführlichen Entgegnung nahmen, ragt Hans Pfitzner (Futuristengefahr /München, Süddeutsche Monatshefte/) durch die Schlagkraft und Bündigkeit seiner Beweise vor allen hervor. »Ich zweifle nicht«, sagt er gleich am Anfang seiner Schrift, »daß Busoni der Sprecher einer großen Anzahl moderner Menschen ist, die mit seinen Ideen und Anschauungen sympathisieren. . . Nun glaube ich aber auch, daß es viele Leute gibt, denen meine Anschauung der von Busoni angeregten Fragen näher liegt. Ihnen wird es vielleicht nicht unwillkommen sein etwas in ihrer Richtung Liegendes zu vernehmen.« Und nun geht Pfitzner auf die von Busoni angeschlagenen Themen näher ein, und zwar mit Sachlichkeit und polemischer Scharfsichtigkeit, in blitzender, geschliffener Rede. Schon nach wenigen Sätzen stürzt, man muß es zugeben, das Kartenhaus der Busonischen neuen Ästhetik in sich zusammen. Nun braucht man ja Busoni keineswegs beizupflichten, wenn er für eine fruchtbare Entwicklung der Tonkunst einen Zustand herbeisehnt, der das Chaos in der Musik bedeuten würde; auch in dieser Rundschau ist gegen derartige Forderungen Stellung genommen worden. Trotzdem wird man nicht leugnen können, daß Busonis Abhandlung anregende Wirkungen ausgelöst hat. Weite musikalische Kreise haben sich mit seinen Ideen beschäftigt,

bedeutende Geister über sein Büchlein geäußert. Eben in dieser Tatsache, daß sich eine Reihe unserer besten Köpfe mit den darin vertretenen Ansichten auseinandergesetzt hat, liegt einer der wenigen Gründe, die uns Busonis Neue Ästhetik als nicht ganz unfruchtbar erscheinen lassen. ◊ Der Amerikaner James Huneker, in Deutschland nur wenigen durch seine überaus temperamentvollen und beweglichen Schriften über Musik und Literatur bekannt, hat ein Chopinbuch geschrieben, das nun in deutscher Sprache vorliegt (Chopin, der Mensch, der Künstler /München, Georg Müller/). Ich sage mit Absicht nicht Biographie; denn, was wir von einer Biographie vor allem verlangen: systematische Verarbeitung des Materials und dessen übersichtliche Anordnung diese erste Forderung sehen wir bei Huneker nicht erfüllt. Gleichwohl ist sein Buch als Beitrag zur Chopinliteratur willkommen. Es ist lebendig und mit großer Liebe geschrieben. Es enthält geistvolle Plaudereien über Chopin, und Huneker beherrscht seinen Stoff vollkommen. Wenn der Verfasser uns auch zuweilen Neues zu sagen hat, wenn er manche Mär aus Chopins Leben zerstört, so wurzelt seine Art doch zu sehr im Anekdotischen (nicht im üblen Sinn), als daß er rein wissenschaftlich zu einem bedeutenden Resultat kommen könnte. Das gilt für die ersten 3 Kapitel, die Chopin auf seinem irdischen Weg geleiten. Hier wäre manches auszuscheiden und zu ergänzen. Wenn Huneker uns schildert, wie er persönlich diese oder jene Quelle benutzt habe, wenn er uns aufdeckt, wie er zu seinem Material gelangt sei, wenn er sich im Rahmen seines Buches mit einzelnen Chopinbiographen, so mit Niecks, auseinandersetzt, so sind das Dinge, die den Leser, am geeigneten Ort vorgebracht, sicher interessieren würden, die im Zusammenhang dieses Buches aber eher stören. Ebenso kann man das einleitende Kapitel der Übersetzer Lola Lorme und Heinrich Glücksmann verfehlt nennen. Es geht doch wohl nicht an ein Buch über Chopin mit einem Lobgesang auf dessen Autor beginnen zu lassen. Sich über dieses Chopinbuch ein Urteil zu bilden, das hätte man dem Leser überlassen müssen. Die Bemerkungen über Hunekers Persönlichkeit und seine Schriften hätten im Anhang die selben Dienste getan, während sie als Einleitung unangebracht sind. Huneker hat das künstlerische Wesen-

Chopins gut erfaßt. Die Kapitel, die sich mit seiner Musik beschäftigen, haben wirklich Originalität. Er versucht so etwas wie eine Analyse seiner Werke zu geben, und soweit überhaupt Worte den sinnlichen Eindruck von Tönen nachzuzeichnen vermögen, ist ihm das gelungen. Das Bild, das er von Chopins künstlerischer Persönlichkeit entwirft, ist glaubwürdig, der Stoff überzeugend gestaltet. In einer grundlegenden Biographie hätte freilich vor allem der äußere Lebensweg mit der innern Entwicklung innig verwoben sein und eines aus dem andern erklärt werden müssen. Doch da Hunekers Buch Liebe und Hingegebenheit durchziehen, begrüßt man es als neuen Beitrag zum Verständnis des großen Polen.

## KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Krieg und Produktion** Der Krieg hat nach und nach der gesamten Bautätigkeit ein Ende gesetzt, soweit nicht für den Krieg selbst, für den Bedarf der Heeresverwaltung oder der Kriegsindustrie gebaut wird. Was über diese Zweckbauten hinausgeht, ist unmöglich geworden, obgleich, wie in dieser Rundschau (1916 III, Seite 1188 f.) schon einmal dargelegt worden ist, in der gut verdienenden Industrie die Neigung bestand (wahrscheinlich auch noch besteht) Übergewinne in Neu- und Erweiterungsbauten zu verstecken. Was fehlt, ist weniger das Kapital noch der Wille zum Bauen, es sind vielmehr Arbeitskräfte und Materialien. Bei der Notwendigkeit an Menschen, Rohstoffen, Transporten usw. zu sparen ist man dazu gelangt die Bautätigkeit, die ja mit ihren vielartigen Hilfsindustriellen eine gewaltige Beanspruchung der heimischen Wirtschaft darstellt, einzudämmen. Man hat damit begonnen dem Baugewerbe die unerläßlichen Eisenträger vorzuenthalten, um schließlich durch Verfügungen der einzelnen Generalkommandos zu ausdrücklichen Bauverböten zu gelangen, von denen lediglich kriegsnotwendige Bauten ausgenommen sind. Auch scheint, wenn die Beobachtung nicht trügt, die Fortarbeit an den vor dem Krieg begonnenen ganz großen Bauprojekten, wie etwa dem Deutschen Museum, eingestellt worden zu sein. Unnötig zu sagen, daß mit dieser Aussetzung fast allen Bauschaffens auch alle die Gewerbe, die vorwiegend auf Bauarbeit eingestellt waren, wie die

Bautischlerei, Bauglaserei usw., zum Feiern gezwungen sind. Betätigungsgelegenheit bietet höchstens die noch verbliebene Möglichkeit der Innenausstattung, die, soweit Materialien verfügbar sind, von Kriegsgewinnlern, die sich in ihrer frühern Umgebung nicht mehr möglich vorkommen, weidlich genutzt wird. Wie man zu Riesenbeträgen Bilder oder alte Porzellanstücke irgendwelcher Art, die an den Markt kommen, einsteigert, so läßt man sich in gehöriger Zimmerzahl neu ausstatten. Es sind keineswegs nur Geschmacklosigkeiten, die da, wo Geld eine sehr geringe Rolle zu spielen scheint, entstehen. Eine Anzahl unserer bekanntesten Architekten, deren Namen immerhin einige geschmackliche Garantie bietet, wird in ziemlichem Umfang von derlei Aufträgen in Anspruch genommen. Mit ihnen haben einige der bekanntesten Ausstattungsfirmen auf diese Weise die Möglichkeit gefunden ihre Betriebe vorläufig durchzuhalten. Wirtschaftlich noch besser ergeht es den sogenannten Antiquitätenbetrieben. Selbstverständlich hat auch dieser neue Reichtum das Gelüst sich mit alter und altzeitlicher Pracht zu umgeben. Eine Neigung, die durch die Schwierigkeiten der Neuanfertigung eines jeden Möbelstücks verstärkt wird, da doch jene Ware, sofern man ihrer überhaupt habhaft werden kann, gebrauchsfertig vorliegt. Immerhin ist klar, daß es sich bei den Ansprüchen dieses neuen Reichtums um eine Ausnahmerecheinung handelt, die für die Gesamtheit des Gewerbes nicht nennenswert in Betracht kommt. Der Massenabsatz, auf den alles eingestellt war, ist zur Unmöglichkeit geworden. Fast ganz in Wegfall gekommen ist der Export, der in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch beträchtlich zu werden versprach. Sind uns doch gerade die überseeischen Gebiete abgeschnitten, die als Abnehmer am ehesten noch für deutsche Gewerkekunst in Betracht kamen. Obwohl auch im Interesse der Valuta amtlich viel getan wird, um denjenigen Betrieben Unterstützung angedeihen zu lassen, die noch Exportmöglichkeiten nach dem benachbarten neutralen Ausland haben, und trotz einigen Werbeausstellungen, die vor allem in der Schweiz veranstaltet werden konnten, ist dieser Absatz zu geringfügig, um zu einer besondern Produktivität Anstoß geben zu können. Vielleicht liegen die Verhältnisse infolge der weitgehenden Umorientierungen der Betriebe und der übrigen Kriegsum-

stände auch schon so, daß es sich gegenwärtig nur noch um Abstoßung vorhandener Bestände handelt. Daß es bei einem Krieg, dessen baldige Beendigung man doch immer wieder erhofft hat und der in seinen Folgen für eine von Geschmackswandlungen so abhängige Produktion unübersehbar geblieben ist, nicht zu einer Neuherstellung gekommen ist, die auch beträchtliche Ausgaben an Entwurfs- und Modellkosten verursacht hätte, kann nicht weiter überraschen. Hinzu kam zunächst eine Stockung allen Absatzes und dauernd für weite Volkskreise eine Zurückhaltung in jeder Art Anschaffung. Aber schließlich mußte mit der langen Dauer des Krieges der Zeitpunkt herankommen, der den notgedrungen zurückgehaltenen Bedarf wieder zur Geltung brachte. Namentlich den Bedarf an Gebrauchsmöbeln, der sich innerhalb dreier Jahre selbstverständlich einstellt. Die Zahl der neuen Haushalte hat naturgemäß nicht in dem für Friedenszeiten üblichen Maß zugenommen. Aber es sind doch, abgesehen von jenen Fällen der Kriegstraumung, die die Begründung und Einrichtung eines eigenen Hausstands zumeist bis nach Kriegsschluß vertagen, Haushaltungseinrichtungen in ständig größerer Zahl notwendig geworden. Nachdem die Produktion so lange geruht hat und angesichts der Schwierigkeiten der gesamten heimischen Wirtschaft mit ganz geringem Eifer nur wieder aufgenommen wird, hat schließlich doch die Nachfrage die greifbaren Bestände beträchtlich überstiegen. Wenn man Klagen aus den Kreisen der Konsumenten heraus, die auch zu Petitionen im Reichstag geführt haben, Glauben schenken will, scheint die Situation nicht die zu sein, daß die Möbelhäuser und Möbelfabriken vor gänzlich ausverkauften Lagern stehen; vielmehr scheint in dem Augenblick, da dieser stärkere Bedarf begann, eine künstliche Zurückhaltung zur Steigerung der Preise (man spricht sogar von einem Aufkaufen durch Großkonzerne) stattgefunden zu haben. Als Folge ergibt sich eine Möbeltauerung, die voraussichtlich ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben dürfte. Wie weit eine etwaige spekulative Zurückhaltung auch getrieben werden mag, so dürfte doch bei noch längerer Dauer des Krieges einmal der Punkt erreicht werden, wo die Vorräte an Bedarfsmöbeln aufgebraucht sein werden und die Produktion ebenso wie die Herstellung von Bauten ruht. - Das heißt, es

wird seit Menschengedenken zum erstenmal für alle architektonisch beherrschte Produktion ein völliges Neuanfangen beginnen. Für die zukünftige Produktion sind von früher her dann nur noch, wenn ich einmal so sagen darf, die Kadavers da. Es werden noch die Betriebe mit ihren technischen und organisatorischen Einrichtungen da sein, auch die Betriebsleiter, aber vielleicht nicht mehr oder doch nur in unzulänglichem Umfang die Qualitätsarbeiter, von deren Geschick und Erprobtheit die Leistungsfähigkeit nicht zuletzt abhing. Und es ist die Frage, ob die intellektuellen Stützen dieser Produktion, die Architekten und die kunstgewerblichen Zeichner, die die Entwürfe zu liefern pflegten, noch da sein werden. Nicht, als ob sie in besonderem Maß durch den Krieg aufgerieben worden wären. Davon kann keine Rede sein. Es wäre aber möglich, daß der neue Bedarf nach dem Krieg auch nach einer neuen geistigen Grundlage verlangte, daß die Produktion die Anforderungen der Menschen, die das neue Geschlecht nach dem Krieg ausmachen werden, nicht mehr mit den alten Geistern, mit ihren Ideen zu befriedigen vermag, und daß das Neuanfangen, das sich ergeben wird, in sehr vieler Beziehung nicht mehr ein Fortsetzen des vor dem Krieg Üblichen sein kann.

Über die so sich ergebenden Probleme, soweit sie sich annähernd überblicken lassen, soll in weiteren Abschnitten dieser Rundschau noch gesprochen werden.

**Backsteinbau** Man braucht nicht der Flachheit einer Materialästhetik anzuhängen, um dem nordischen Backsteinbau, wie er sich in den Gebieten des Deutschordens, der Hanse und in der Mark entwickelte, eine Sonderstellung einzuräumen. Er ist Ausdruck einer Lebensauffassung und einer Baugesinnung, wie sie diesen Kolonialländern eigen ist. Durch seine Sachlichkeit, seine Knappheit und Bestimmtheit des Ausdrucks, seine strukturelle Klarheit und Großstrebigkeit ist er wie kaum ein anderes Architekturwollen mit der Monumentalität des römischen Kolonialstils verwandt, auch mit den auf gleicher Grundlage erwachsenden Strebungen unserer jüngsten Architektengeneration. Es ist nicht Zufall, daß die architektonisch Schaffenden anscheinend nicht genug diese Backsteinbauten studieren können, wie sie in Havelberg, Jerichow, Brandenburg, Chorin, Tanger-

münde, Doberan, Lübeck, Rostock, Wismar, Danzig, Thorn, Marienwerder usw. stehen. Aus dem, was die Gegenwart als Notwendigkeit erfühlt, beginnt man sich mit neuem Eifer und neuem Verständnis diesen Dokumenten einer innerlich einheitlichen Vergangenheit zu nähern. Diese Umstellung des Auges ist nicht auf die Fachwelt beschränkt geblieben; auch das große architektonisch interessierte Publikum hat bereits begonnen sich mit dem Geist auseinanderzusetzen, der diese Baukunst bestimmt. Wenn daher heute ein für die breiteren Massen bestimmtes Werk erscheint, das durch anschauliche Abbildungen die wichtigsten Dokumente auch denen nahezubringen sucht, die sich den Genuß einer Reise durch die Mark, Mecklenburg, Pommern und Westpreußen versagen müssen, so ist man von vornherein zur Förderung der Absicht geneigt. Eine Publikation dieser Art ist das Bändchen Norddeutsche Backsteingotik von Hans Much /Hamburg, M. Glogau/, das in der Art der Langewieschenschen Blauen Bücher ausgestattet ist. Das Entscheidende an diesem Bändchen, wie an dieser Art Veröffentlichungen überhaupt, sind die Abbildungen, die etwas unsystematisch zusammengetragen sind, aber immerhin dem, der nicht Bescheid weiß, Anreiz genug bieten dürften sich mit der Eigenart dieser Baukunst näher vertraut zu machen. Ganz unnötig und fast unentschuldig war es hier mit dem in diesem Fall durchaus als Schlagwort wirkenden Begriff der Gotik zu operieren und damit in den Gesamtkomplex dieser norddeutschen Backsteinarchitektur eine Zäsur hineinzutragen, die in Wirklichkeit nicht besteht. Die innere Verwandtschaft eines Baus wie des Havelberger Doms oder der Jerichower Kirche mit dieser sogenannten Backsteingotik ist beträchtlicher als alles, was, abgesehen von der Äußerlichkeit der Vertikaltendenz, den Pelpliner Dom oder die Choriner Klosterkirche mit der süddeutschen oder der westlichen Gotik verbindet. Durch diese falsche Konstruktion werden dem Betrachter gerade die Bauwerke vorenthalten, die ihm die Einheitlichkeit dieser Entwicklung klarmachen. Der Text des Verfassers ist leider nicht dazu angetan dieses Verständnis wecken zu helfen. Es ist eine ebenso vage wie verzückte Schwärmerei, die in ihrem stetigen Überschwang die Dinge selbst

nicht sieht und daher nicht sonderlich geeignet ist die notwendige sachliche Aufklärung zu geben. Und jedenfalls ist es ein Versuch diese Backsteinarchitektur in eine Sphäre zu ziehen, in die sie ihrem Wesen nach nicht gehört.

**Kurze Chronik** In Konstantinopel ist der Architekt Julius Gräbner gestorben. Gräbner hat 1890 zusammen mit dem Sohn Johannes Schillings in Dresden ein Architekturatelier gegründet, das durch seine Bautätigkeit und durch die Gesinnung seiner Inhaber für Dresden eine wichtige Rolle bei dem Kampf um die Durchsetzung einer modernen Baugesinnung spielen sollte. Bezeichnende Werke dieses Bauschaffens sind die Christuskirche in Dresden-Strehlen, die Superintendentatur und die Ortskrankenasse in Dresden, ferner eine Anzahl protestantischer Kirchen in Böhmen. ◊ Der Assistent am Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg Wilhelm Weimar ist dort im Juni, 60 Jahre alt, plötzlich gestorben. Von seinen Arbeiten sind ein Werk über Monumentalinschriften von 1100 bis 1812 und eine Geschichte der Daguerreotypie zu nennen.

**Literatur** Von dem Handbuch neuzeitlicher Wohnungskultur /Darmstadt, Alexander Koch/, das in anschaulichen wiedergaben guter heutiger Wohnungseinrichtungen Anleitung und Vorbild geben will, ist ein neuer Band des Titels Das vornehm-bürgerliche Heim erschienen, der an charakteristischen Leistungen der letzten Jahre gewissermaßen ein Idealbild der gegenwärtigen bürgerlichen Wohnweise darbietet. ◊ In einer vom Münchener Delphinverlag herausgegebenen Buchserie Die Welt in Bildern ist ein Band Rußland erschienen. Land und Leute, Schlösser, Kirchen und Denkmäler, Großstädte und Dörfer werden dem Beschauer in geschickt zusammengestellten Photographieen vorgeführt. Die klassizistische Architektur der europäischen russischen Großstädte, die, wie man weiß, es zu beträchtlichen Leistungen gebracht hat, steht neben der trefflichen Holzarchitektur, die sich als bodenständiges Gewächs in den russischen Dörfern erhalten hat. Eine höchst anregende Zusammenstellung. Das orientierende Vorwort hat Walter Weibel geschrieben.